

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2012 — 1186

[2012/202065]

**13. FEBRUAR 2012 — Dekret zur Änderung der telekommunikationsrechtlichen Vorschriften des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**Artikel 1** - Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation und der Verordnung (EG) Nummer 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz und der Richtlinie 2009/140/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste, der Richtlinie 2002/19/EG über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung und der Richtlinie 2002/20/EG über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste.

**Art. 2** - Artikel 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird zwischen die Wortfolge "Übertragungssysteme und gegebenenfalls Vermittlungs- und Leitwegeinrichtungen sowie anderweitige Ressourcen" und die Wortfolge "die die Übertragung von Signalen" die Wortfolge "- einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile -" eingefügt;

2. Folgende Nummer 18.1 wird eingefügt:

«18.1. Funktechnische Störung: ein Störeffekt, der für das Funktionieren eines Funknavigationsdienstes oder anderer sicherheitsbezogener Dienste eine Gefahr darstellt oder einen Funkdienst, der im Einklang mit den geltenden internationalen, gemeinschaftlichen oder nationalen Vorschriften betrieben wird, anderweitig schwerwiegend beeinträchtigt, behindert oder wiederholt unterbricht»;

3. Folgende Nummer 18.2 wird eingefügt:

«18.2. GEREK: das gemäß der Verordnung (EG) Nummer 1211/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Errichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und des Büros eingesetzte Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation»;

4. Nummer 25 wird wie folgt ersetzt:

«25. länderübergreifende Märkte: von der Europäischen Kommission festgelegte Märkte, die die Europäische Union oder einen wesentlichen Teil davon, der in mehr als einem Mitgliedstaat liegt, umfassen»;

5. Folgende Nummer 27.1.1 wird eingefügt:

«27.1.1. Netzabschlusspunkt: der physische Punkt, an dem einem Teilnehmer der Zugang zu einem öffentlichen Kommunikationsnetz bereitgestellt wird; in Netzen, in denen eine Vermittlung oder Leitwegbestimmung erfolgt, wird der Netzabschlusspunkt anhand einer bestimmten Netzadresse bezeichnet, die mit der Nummer oder dem Namen eines Teilnehmers verknüpft sein kann»;

6. Nummer 31 wird wie folgt ersetzt:

«31. öffentliches Kommunikationsnetz: ein elektronisches Kommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste dient, die die Übertragung von Informationen zwischen Netzabschlusspunkten ermöglichen»;

7. Nummer 44 wird wie folgt ersetzt:

«44. Zugang: die ausschließliche oder nicht ausschließliche Bereitstellung von Einrichtungen und/oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zur Erbringung von elektronischen Kommunikationsdiensten, insofern sie zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltsdiensten verwendet werden. Dies umfasst unter anderem Folgendes: Zugang zu Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen, wozu auch der feste oder nicht feste Anschluss von Geräten gehören kann (dies beinhaltet insbesondere den Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie zu Einrichtungen und Diensten, die erforderlich sind, um Dienste über den Teilnehmeranschluss zu erbringen); Zugang zu physischen Infrastrukturen wie Gebäuden, Leitungsrohren und Masten; Zugang zu einschlägigen Softwaresystemen, einschließlich Systemen für die Betriebsunterstützung; Zugang zu informationstechnischen Systemen oder Datenbanken für Vorbestellung, Bereitstellung, Auftragserteilung, Anforderung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Abrechnung; Zugang zu Zugangsberechtigungssystemen für Digitalfernsehdienste und Zugang zu Diensten für virtuelle Netze»;

8. Folgende Nummer 45.1 wird eingefügt:

«45.1. zugehörige Dienste: diejenigen mit einem elektronischen Kommunikationsnetz und/oder einem elektronischen Kommunikationsdienst verbundenen Dienste, die die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz und/oder diesen Dienst ermöglichen und/oder unterstützen bzw. dazu in der Lage sind; hierzu gehören unter anderem Systeme zur Nummernumsetzung oder Systeme, die eine gleichwertige Funktion bieten, Zugangsberechtigungssysteme und elektronische Programmführer sowie andere Dienste wie Dienste im Zusammenhang mit Identität, Standort und Präsenz des Nutzers»;

9. Nummer 46 wird wie folgt ersetzt:

«46. zugehörige Einrichtungen: diejenigen mit einem elektronischen Kommunikationsnetz und/oder einem elektronischen Kommunikationsdienst verbundenen zugehörigen Dienste, physischen Infrastrukturen oder sonstigen Einrichtungen oder Komponenten, die die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz und/oder diesen Dienst ermöglichen und/oder unterstützen bzw. dazu in der Lage sind; hierzu gehören unter anderem Gebäude oder Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Masten, Einstiegsschächte und Verteilerkästen».

**Art. 3** - Nach Artikel 5.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 5.2 eingefügt:

«Artikel 5.2 - Aufzeichnungspflicht, Einsichtnahmerecht.

Die Sendungen sind von audiovisuellen Mediendiensteanbietern vollständig aufzuzeichnen und aufzubewahren. Bei Sendungen, die unter Verwendung einer Aufzeichnung oder eines Films verbreitet werden, kann abweichend die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.

Die in Absatz 1 genannten Pflichten enden drei Monate nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, enden die Pflichten erst, wenn die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung oder durch Schlichtung entschieden ist.

Der Medienrat kann innerhalb der Fristen des Absatzes 2 Mitschnitte der Sendungen, Aufzeichnungen und Filme jederzeit kostenlos einsehen oder ihre kostenlose Übersendung verlangen.

Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten berührt zu sein, kann vom Mediendiensteanbieter innerhalb der in Absatz 2 genannten Fristen Einsicht in die Mitschnitte der Sendungen, Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.»

**Art. 4** - Artikel 6.1 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Satz 1 wird nach dem Wort "sein" der Wortlaut "und vom redaktionellen Inhalt unterscheidbar sein" eingefügt.

2. Zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, wird folgender neuer Satz eingefügt:

«Sie muss durch optische und/oder akustische Mittel von anderen Sendungsteilen abgesetzt sein.»

**Art. 5** - In Titel 3 desselben Dekrets wird vor Artikel 20.1 folgender Artikel 20.0 eingefügt:

«Artikel 20.0 - Sicherung der Meinungsvielfalt.

§ 1 - Eine marktbeherrschende Stellung im audiovisuellen Bereich, die ein Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten hat oder mehrere solche Anbieter, an deren Kapital ein gemeinsamer Aktieninhaber mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, haben, darf die Freiheit des Publikums, Zugang auf ein pluralistisches Angebot an audiovisuellen Mediendiensten zu haben, nicht beeinträchtigen.

Unter "pluralistisches Angebot" versteht man ein Medienangebot, das durch eine Vielzahl von unabhängigen und eigenständigen Medien, die die breiteste Meinungsvielfalt widerspiegeln, gekennzeichnet ist.

§ 2 - Stellt die Beschlusskammer fest, dass ein Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung hat, so untersucht sie die Vielfalt des Angebots in den audiovisuellen Mediendiensten der in § 1 genannten Anbieter.

Eine marktbeherrschende Stellung wird vermutet, wenn insbesondere:

1. eine natürliche oder juristische Person, die mit mehr als 24% am Kapital eines Anbieters televisueller Mediendienste beteiligt ist, mit mittelbar oder unmittelbar mehr als 24% am Kapital eines anderen Anbieters televisueller Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligt ist;

2. eine natürliche oder juristische Person, die mit mehr als 24% am Kapital eines Anbieters auditiver Mediendienste beteiligt ist, mit mittelbar oder unmittelbar mehr als 24% am Kapital eines anderen Anbieters auditiver Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligt ist;

3. der Zuschaueranteil von mehreren Anbietern televisueller Mediendienste 20% der Zuschauer sämtlicher Anbieter televisueller Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreicht und eine einzige natürliche oder juristische Person an diesen Anbietern televisueller Mediendienste mittelbar oder unmittelbar, mehrheitlich oder minderheitlich beteiligt ist;

4. ein Anbieter televisueller Mediendienste mehr als ein Viertel der für private televisuelle Mediendienste vorgesehenen Funkfrequenzen nutzt;

5. der Zuhöreranteil von mehreren Anbietern auditiver Mediendienste 20% der Zuhörer sämtlicher Anbieter auditiver Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreicht und eine einzige natürliche oder juristische Person an diesen Anbietern auditiver Mediendienste mittelbar oder unmittelbar, mehrheitlich oder minderheitlich beteiligt ist;

6. ein Anbieter auditiver Mediendienste mehr als ein Viertel der für private auditive Mediendienste vorgesehenen Funkfrequenzen nutzt.

§ 3 - Stellt die Beschlusskammer fest, dass die Freiheit des Publikums, Zugang auf ein pluralistisches Angebot an audiovisuellen Mediendiensten zu haben, beeinträchtigt ist, teilt sie dem Betroffenen ihre Beanstandungen mit und leitet einen Konzertierungsprozess mit ihnen ein, der auf die Vereinbarung von Maßnahmen abzielt, die die Einhaltung der Vielfalt des Angebots ermöglichen.

§ 4 - Kommt binnen sechs Monaten nach Einleitung des Konzertierungsprozesses keine Vereinbarung über Maßnahmen, die gemäß § 3 die Einhaltung der Vielfalt des Angebots ermöglichen, zustande oder werden die vereinbarten Maßnahmen nicht eingehalten, kann die Beschlusskammer Sanktionen gemäß Artikel 120 auferlegen.

§ 5 - Für die Zwecke dieser Bestimmung kann sich die Beschlusskammer von den Wettbewerbsbehörden beraten lassen.»

**Art. 6** - In Artikel 21 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

«Die Anerkennung wird für neun Jahre erteilt.»

**Art. 7** - Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge "die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung" durch die Wortfolge "einen Dreijahresfinanzplan" ersetzt.

2. In Nummer 7 wird zwischen das Wort "vorgesehene" und das Wort "Programmschema" das Wort "wöchentliche" eingefügt.

**Art. 8** - In Artikel 26 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird zwischen dem Wort "das" und dem Wort "Programmschema" das Wort "wöchentliche" und nach dem Wort "Programmschema" die Wortfolge "samt Angaben über Programmwiederholungen, zugeliferte und unmoderierte Programmanteile" eingefügt.

**Art. 9** - In Kapitel 2 von Titel 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 26.1 eingefügt:

«Artikel 26.1 - Recht auf verpflichtete Verbreitung für lineare televisuelle Mediendienste.

§ 1 - Die Regierung kann einem Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten das Recht auf verpflichtete Verbreitung eines oder mehrerer seiner linearen televisuellen Mediendienste zuerkennen. Die Zuerkennung dieses Rechts setzt den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Mediendienstanbieter und der Regierung voraus. Dieses Recht wird gegenüber den Kabelnetzbetreibern, deren Netze von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden, gemäß Artikel 81 § 1 Nummer 2 geltend gemacht.

§ 2 - Das Recht auf verpflichtete Verbreitung wird per Einschreiben an die Regierung beantragt. Binnen dreißig Tagen ab Erhalt des Antrags bestätigt die Regierung dessen Empfang. Die Regierung übermittelt der Beschlusskammer den Antrag und den Vereinbarungsentwurf. Die Beschlusskammer gibt darüber binnen sechzig Tagen ein Gutachten ab.

§ 3 - Das Recht auf verpflichtete Verbreitung eines linearen televisuellen Mediendienstes kann nur dann zuerkannt werden, wenn dieser Dienst mindestens folgenden Verpflichtungen nachkommt:

1. über die Vorschriften des Artikels 12 § 3 hinaus das Erbe - insbesondere das Kulturerbe - der Deutschsprachigen Gemeinschaft veranschaulichen;

2. eine tägliche Mindestanzahl an Programmstunden anbieten, wobei das Programm nicht nur aus Wiederholungen bestehen darf;

3. täglich mindestens eine allgemeine Nachrichtensendung anbieten.

§ 4 - Die in § 1 genannte Vereinbarung legt die Einzelheiten bezüglich der in § 3 genannten Verpflichtungen fest. Sie kann weitergehende Verpflichtungen vorsehen, wenn dies wegen des Formats und der Art des linearen televisuellen Mediendienstes geboten ist.

§ 5 - Der Anbieter linearer televisueller Mediendienste, dem ein Recht auf verpflichtete Verbreitung zuerkannt worden ist, gibt im in Artikel 26 genannten Tätigkeitsbericht Auskunft über die Art und Weise, wie den in der Vereinbarung festgelegten Verpflichtungen nachgekommen wurde.

§ 6 - Der Anbieter linearer televisueller Mediendienste, dem ein Recht auf verpflichtete Verbreitung zuerkannt worden ist, hat den betreffenden Dienst spätestens sechs Monate ab Zuerkennung des Rechts zu verbreiten."

**Art. 10** - Artikel 28 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird um folgenden zweiten Satz wie folgt ergänzt:

«Vorbehaltlich Artikel 33 wird die Anerkennung für neun Jahre erteilt.»

**Art. 11** - Artikel 30 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "Sende- und Produktionseinrichtungen" durch das Wort "Sendeeinrichtungen" ersetzt.

2. In Nummer 5 wird die Wortfolge "Beamte des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch die Wortfolge "den Medienrat" ersetzt.

**Art. 12** - Artikel 34 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge "die Bilanzen und Jahresrechnungen der drei letzten Geschäftsjahre oder ab Gründung" durch die Wortfolge "einen Dreijahresfinanzplan" ersetzt.

2. In Nummer 5 wird die Wortfolge "die Angabe des geographischen Standorts der Produktionseinrichtungen" durch die Wortfolge "die Angabe des Gesellschafts- und Betriebssitzes des Antragstellers" ersetzt.

3. In Nummer 7 wird zwischen das Wort "vorgesehene" und das Wort "Programmschema" das Wort "wöchentliche" eingefügt;

4. Nummer 11 wird wie folgt ersetzt:

«11. im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen, die Beschreibung des vorgesehenen Informationssystems sowie gegebenenfalls den Nachweis der Beschäftigung von Journalisten oder die Verpflichtung, ab Erteilung der Anerkennung, Journalisten zu beschäftigen. Unter Journalisten versteht man gemäß dem Gesetz vom 30. Dezember 1963 über die Anerkennung und den Schutz der Berufsbezeichnung des Berufsjournalisten anerkannte Berufsjournalisten oder Personen, die die Bedingungen erfüllen, um Berufsjournalist zu werden.»

**Art. 13** - Artikel 35 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt wieder eingeführt:

«Artikel 35 - Kriterien.

Die Beschlusskammer sorgt für die Gewährleistung der Vielfalt der Hörfunklandschaft und für ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Radioformaten im Hinblick auf Musik-, Kultur- und Informationsangebot.

Sie bewertet die Anträge auf Anerkennung gemäß Artikel 27.2 unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

1. die Art und Weise, wie die Antragsteller sich verpflichten, den Bedingungen, die sich aus den Artikeln 30 bis 33 ergeben, insbesondere in Bezug auf Programmanteile über die Deutschsprachige Gemeinschaft und deren Gemeinden, nachzukommen;
2. die Relevanz des in Artikel 34 Absatz 1 Nummer 3 genannten Finanzplans;
3. die Originalität und den innovativen Charakter des Antrags;
4. der Anteil der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Produktion;
5. die im Hörfunkbereich gewonnene Erfahrung der Antragsteller;
6. die Wirtschaftlichkeit des Projekts;
7. die Sicherung der Meinungsvielfalt im Sinne von Artikel 20.0;
8. die effiziente und störungsfreie Frequenznutzung ohne Beanstandung durch das Belgische Institut für Post und Telekommunikationen;
9. die in Artikel 89 genannten Ziele.»

**Art. 14** - Artikel 36 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Regierung" durch das Wort "Beschlusskammer" ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

«Die Beschlusskammer legt das Datum fest, an dem der Bericht bei ihr eingehen muss.»

**Art. 15** - Artikel 44 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 44 - Änderung von Rechten und Pflichten.

Beabsichtigt die Beschlusskammer die Rechte, Bedingungen und Verfahren bezüglich der Allgemeingenehmigung, der Nutzungsrechte oder der Rechte zur Installation von Einrichtungen zu ändern, so gibt sie den Beteiligten, einschließlich Nutzern und Verbrauchern, die Gelegenheit, innerhalb einer Frist, die mindestens vier Wochen beträgt, Stellung zu nehmen. Bei außergewöhnlichen Umständen kann die Frist kürzer sein. Änderungen können nur in objektiv gerechtfertigten Fällen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit vorgenommen werden. Hiervon bleibt die Möglichkeit, geringfügige und mit dem Inhaber der Rechte oder Allgemeingenehmigung vereinbarte Änderungen vorzunehmen, unberührt.

Rechte zur Installation von Einrichtungen oder Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen dürfen vor Ablauf des Zeitraums, für den sie gewährt worden sind, nicht eingeschränkt oder zurückgenommen werden, außer in begründeten Fällen.»

**Art. 16** - Artikel 46 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "und der Regierung" gestrichen.
2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

«Unternehmen, die grenzüberschreitende elektronische Kommunikationsdienste für Unternehmen erbringen, die in Belgien und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten angesiedelt sind, müssen in Belgien nicht mehr als eine Meldung abgeben.»

**Art. 17** - In Artikel 48 Absatz 2 desselben Dekrets wird folgende Nummer 3 eingefügt:

«3. die Angabe der Kriterien und Verfahren, gemäß denen einzelnen Unternehmen besondere Verpflichtungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 auferlegt werden können.»

**Art. 18** - Artikel 49 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu § 1.
2. In § 1 wird das Wort "Funkfrequenzplan" durch die Wortfolge "Plan der Funkfrequenzen, die den verschiedenen audiovisuellen Mediendiensten zugeteilt werden können," ersetzt.
3. In § 1 wird zwischen die Wortfolge "föderalen technischen Normen" und das Wort "auf" die Wortfolge "und des föderalen Verteilungsplans zwischen zivilen und militärischen Frequenzbändern" eingefügt.
4. In § 1 wird zwischen das Wort "internationalen" und das Wort "Normen" die Wortfolge "und supranationalen" eingefügt.
5. Folgende §§ 2 bis 7 werden eingefügt:

«§ 2 - Die Beschlusskammer arbeitet unter Beachtung der Zuständigkeit der föderalen Behörde mit den zuständigen Stellen im In- und Ausland und mit der Europäischen Kommission bei der strategischen Planung, Koordinierung und Harmonisierung der Funkfrequenznutzung in der Europäischen Union zusammen, insofern diese Funkfrequenzen zur Übertragung der Signale von audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden. Zu diesem Zweck berücksichtigt sie unter anderem in Zusammenhang mit den Politikbereichen der Europäischen Union stehende wirtschaftliche, sicherheitstechnische, gesundheitliche, kulturelle, wissenschaftliche, soziale und technische Aspekte sowie Aspekte des öffentlichen Interesses und der freien Meinungsäußerung wie auch die verschiedenen Interessen der Nutzerkreise von Funkfrequenzen mit dem Ziel, die Nutzung der Frequenzen zu optimieren und funktechnische Störungen zu vermeiden.

§ 3 - In Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten und mit der Europäischen Kommission fördert die Beschlusskammer, insofern die Funkfrequenzen zur Übertragung der Signale von audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden, die Koordinierung der Konzepte im Bereich der Funkfrequenzpolitik in der Europäischen Union und gegebenenfalls harmonisierte Bedingungen hinsichtlich der Verfügbarkeit und effizienten Nutzung der Frequenzen, die für die Errichtung und das Funktionieren des europäischen Binnenmarkts für elektronische Kommunikation erforderlich sind.

§ 4 - Die Beschlusskammer stellt sicher, dass alle Arten der für elektronische Kommunikationsdienste eingesetzten Technologien in den Funkfrequenzbändern genutzt werden können, die im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union als für elektronische Kommunikationsdienste verfügbar erklärt wurden.

Die Beschlusskammer kann jedoch verhältnismäßige und nicht diskriminierende Beschränkungen für die Nutzung bestimmter Arten von Funknetzen oder Technologien für drahtlosen Netzzugang für elektronische Kommunikationsdienste vorsehen, wenn dies aus folgenden Gründen erforderlich ist:

1. Vermeidung funktechnischer Störungen,
2. Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsschäden durch elektromagnetische Felder,
3. Gewährleistung der technischen Dienstqualität,
4. Gewährleistung der größtmöglichen gemeinsamen Nutzung der Funkfrequenzen,
5. Sicherstellung der effizienten Nutzung von Funkfrequenzen oder,
6. Gewährleistung der Verwirklichung eines Ziels von allgemeinem Interesse gemäß § 5.

§ 5 - Die Beschlusskammer stellt sicher, dass alle Arten von elektronischen Kommunikationsdiensten in den Funkfrequenzbändern bereitgestellt werden können, die im Einklang mit dem Unionsrecht in dem nationalen Frequenzvergabeplan als für elektronische Kommunikationsdienste verfügbar erklärt wurden. Die Beschlusskammer kann jedoch verhältnismäßige und nicht diskriminierende Beschränkungen für die Bereitstellung bestimmter Arten von elektronischen Kommunikationsdiensten vorsehen, u. a. wenn dies zur Erfüllung einer Anforderung gemäß der ITU-Vollzugsordnung für den Funkdienst erforderlich ist.

Maßnahmen, aufgrund deren elektronische Kommunikationsdienste in bestimmten, für elektronische Kommunikationsdiensten zur Verfügung stehenden Frequenzbändern bereitzustellen sind, müssen dadurch gerechtfertigt sein, dass sie einem Ziel von allgemeinem Interesse dienen, das die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Unionsrecht festgelegt haben, wie unter anderem:

1. dem Schutz des menschlichen Lebens;
2. der Stärkung des sozialen, regionalen oder territorialen Zusammenhalts;
3. der Vermeidung einer ineffizienten Nutzung der Funkfrequenzen oder;
4. der Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt sowie des Medienpluralismus, beispielsweise durch die Erbringung von Rundfunk- und Fernsehdiensten.

Eine Maßnahme, die in einem bestimmten Frequenzband die Bereitstellung aller anderen elektronischen Kommunikationsdienste untersagt, ist nur zulässig, wenn sie erforderlich ist, um Dienste zum Schutz des menschlichen Lebens zu schützen. Die Beschlusskammer kann diese Maßnahmen in Ausnahmefällen auch erweitern, um anderen von den Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Unionsrecht festgelegten Zielen von allgemeinem Interesse zu entsprechen.

§ 6 - Die Beschlusskammer überprüft regelmäßig, inwieweit die in den §§ 4 und 5 genannten Beschränkungen notwendig sind, und veröffentlicht die Ergebnisse dieser Überprüfungen.

§ 7 - Die §§ 4 und 5 gelten für Funkfrequenzen für elektronische Kommunikationsdienste sowie für Allgemein genehmigungen und individuelle Nutzungsrechte für Funkfrequenzen, die nach dem 25. Mai 2011 erteilt bzw. gewährt werden.

Für Funkfrequenzzuteilungen, Allgemein genehmigungen und individuelle Nutzungsrechte, die am 25. Mai 2011 existierten, gilt Artikel 129.1.»

**Art. 19** - Artikel 50 Absatz 3 desselben Dekrets wird um folgenden Satz ergänzt:

«Im Rahmen der Zuteilung einer/mehrerer Funkfrequenz(en) an einen Mediendiensteanbieter werden zudem keine weiteren Funkfrequenzen zum Zweck der Signalzuführung zugeteilt.»

**Art. 20** - Artikel 53 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge "Produktions- und" gestrichen.
2. Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

«5. der Typ und die kennzeichnenden Merkmale der Antenne oder der Antennen, einschließlich des Antennengewinns in dBd, des Richtdiagramms sowie der detaillierten Beschreibung der Antenne (Anzahl Dipole, Anzahl und Art der Elemente),»

3. In Nummer 6 wird nach dem Wort "Antenne" die Wortfolge "mit Angabe der Dämpfung in dB" eingefügt.
4. Folgende Nummer 6.1 wird eingefügt:

«6.1. der Typ jeglicher zwischen Senderausgang und Antenneneingang eingefügter Signalzuführungselemente,»

5. In Nummer 7 wird zwischen das Wort "die" und das Wort "Betriebsgenehmigung" das Wort "städtebauliche" eingefügt.

6. In Nummer 8 wird nach dem Wort "Senders" die Wortfolge "in Watt" eingefügt.

**Art. 21** - Artikel 55 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 55 - Übertragung oder Vermietung von Funkfrequenznutzungsrechten.

Die Übertragung oder Vermietung individueller Funkfrequenznutzungsrechte ist verboten.»

**Art. 22** - Artikel 60 desselben Dekrets wird um folgende Absätze 4 bis 5 ergänzt:

«Die Beschlusskammer übermittelt dem Belgischen Institut für Post und Telekommunikation eine Kopie der Funkfrequenzzuteilung.

Der Zuteilungstitel enthält folgende Angaben:

1. die Bezeichnung des Mediendienstes;
2. der Name des Inhabers des Zuteilungstitels;
3. die Anschrift des Gesellschaftssitzes des Inhabers;
4. die zugeteilte Funkfrequenz oder die zugeteilten Funkfrequenzen;
5. den Frequenzhub pro Frequenz;
6. gegebenenfalls die Liste der Funkfrequenzen, die im Rahmen eines Betriebsvertrags oder im Rahmen jeglichen ähnlichen Vertrags zur Verfügung gestellt werden, sowie den Namen des oder der technischen Dienstleister;
7. gegebenenfalls die Anschrift des Gesellschaftssitzes des oder der technischen Dienstleister;
8. die Nutzungsart;
9. die geografischen Koordinaten in Längen- und Breitengrad des oder der Antennenstandorte unter Bezugnahme des Koordinaten-Datums WGS-84;
10. die über die Sendeantenne maximale abgegebene Strahlungsleistung in Watt und die auferlegten Einzüge;
11. die Antennenhöhe oder gegebenenfalls die Höhe des elektrischen Schwerpunktes der Antenne;
12. das Datum des Wirksamwerdens der Zuteilung;
13. die Anschrift der Betriebssitze und der Studios;
14. die maximal genehmigte Senderausgangsleistung in Watt;
15. den Typ und die kennzeichnenden Merkmale der Antenne oder der Antennen, einschließlich der Hauptstrahlrichtung in Grad, des Antennengewinns in dBd, des Richtdiagramms sowie der detaillierten Beschreibung der Antenne (Anzahl Dipole, Anzahl und Art der Elemente);
16. den Typ und die Länge des Verbindungskabels zwischen Sender und Antenne mit Angabe der Dämpfung in dB;
17. den Typ jeglicher zwischen Senderausgang und Antenneneingang eingefügter Signalführungselemente;
18. den gesamten Signalführungsverlust zwischen Senderausgang und Antenneneingang in dB.»

**Art. 23** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 60.1 eingefügt:

«Artikel 60.1 - Änderung der Funkfrequenzzuteilung.

Jede Änderung des Ausstrahlungsortes, der zugeteilten Funkfrequenz oder der Antennenhöhe oder jede Erhöhung der effektiv abgestrahlten Leistung ist schriftlich mit Angabe der Gründe beim Medienrat zu beantragen und bedarf der vorherigen Genehmigung der Beschlusskammer. Der Antrag wird im Hinblick auf seine technische Verträglichkeit überprüft. Ist diese technische Verträglichkeit nicht gegeben, so ist der Antrag abzulehnen.

Für jeden Antrag hat der Antragsteller vor Bearbeitung eine Berechnungsgebühr in Höhe von 125 Euro zu entrichten. Diese Gebühr wird jährlich aufgrund des Verbraucherpreisindex indexiert. Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn sich die Berechnung aus der Verpflichtung ergibt, die einem Mediendiensteanbieter auferlegt worden ist, einen bestehenden Rundfunksender an die von der Beschlusskammer festgelegten technischen Merkmale anzupassen. Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn eine zweite Berechnung für denselben Anpassungsvorgang erforderlich ist. Die Regierung kann den Betrag der Berechnungsgebühr ändern.»

**Art. 24** - Artikel 61 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Nummer 3 gestrichen.
2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Der Widerruf ist per Einschreiben mit Angabe der Frist bis zu seinem Wirksamwerden zu erklären.»

**Art. 25** - Artikel 61*bis* desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt wieder eingefügt:

«Artikel 61*bis* - Erlöschen der Funkfrequenzzuteilung

Die Funkfrequenzzuteilung erlischt, wenn sie länger als ein Jahr nicht oder nicht mehr genutzt wird oder wenn ihr Inhaber eine neue Funkfrequenz, die die alte ersetzt, für dasselbe Programm zugeteilt bekommt.»

**Art. 26** - Artikel 63 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird der Satz "Diese Behörde muss innerhalb von drei Monaten nach dem Datum des Versands dieser Unterlagen ein Gutachten abgeben und der betroffenen Person ihre Entscheidung mitteilen" durch den Satz "Diese Behörde muss - außer in Enteignungsfällen - innerhalb von sechs Monaten nach dem Datum des Versands dieser Unterlagen ein Gutachten abgeben und der betroffenen Person ihre Entscheidung mitteilen." ersetzt.

2. In § 5 wird zwischen das Wort "Betreibern" und das Wort "elektronischer" das Wort "öffentlicher" und zwischen das Wort "beziehungsweise" und das Wort "elektronischer" die Wortfolge "öffentlich zugänglicher" eingefügt.

**Art. 27** - Artikel 64 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 64 - Gemeinsame Unterbringung und gemeinsame Nutzung von Netzbestandteilen und dazugehörigen Einrichtungen durch Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze.

§ 1 - Darf ein Unternehmen, das elektronische Kommunikationsnetze bereitstellt, nach nationalem Recht Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken installieren oder kann es ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen, so kann die Beschlusskammer unter strenger Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die gemeinsame Nutzung dieser Einrichtungen oder Grundstücke vorschreiben, wozu unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen gehören.

§ 2 - Den Inhabern der in § 1 genannten Rechte kann die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen oder Grundstücken (einschließlich physischer Kollokation) oder das Ergreifen von Maßnahmen zur Erleichterung der Koordinierung öffentlicher Bauarbeiten aus Gründen des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung und erst nach einer öffentlichen Konsultation von angemessener Dauer vorgeschrieben werden, bei der alle interessierten Kreise Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten müssen. Solche Anordnungen können Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Einrichtungen oder Grundbesitz enthalten.

§ 3 - Die Beschlusskammer ist befugt, nach einer öffentlichen Konsultation von angemessener Dauer, bei der alle interessierten Kreise Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten, den Inhabern der in § 1 genannten Rechte und/oder dem Eigentümer einer Verkabelung die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilungspunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes liegt, vorzuschreiben, wenn dies dadurch gerechtfertigt ist, dass eine Verdopplung dieser Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Solche Anordnungen können Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Einrichtungen oder Grundbesitz - gegebenenfalls mit Risikoanpassung - enthalten.

§ 4 - Die Beschlusskammer kann von den Unternehmen verlangen, dass sie die erforderlichen Informationen liefern, damit sie in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Regulierungsbehörden ein detailliertes Verzeichnis der Art, Verfügbarkeit und geografischen Lage der in § 1 genannten Einrichtungen erstellen und interessierten Kreisen zur Verfügung stellen können.

§ 5 - Die von der Beschlusskammer gemäß diesem Artikel getroffenen Maßnahmen müssen objektiv, transparent, nicht diskriminierend und verhältnismäßig sein.

Erforderlichenfalls sind diese Maßnahmen in Abstimmung mit den lokalen Behörden durchzuführen.»

**Art. 28** - Artikel 65 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 65 - Marktdefinition.

Nach Verabschiedung der gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) erlassenen Empfehlung der Europäischen Kommission in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte oder deren etwaiger Aktualisierung oder wenn die tatsächlichen Marktgegebenheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dies erfordern, legt die Beschlusskammer die relevanten Märkte, die für eine Regulierung gemäß diesem Kapitel in Betracht kommen, in Einklang mit den Grundsätzen des Wettbewerbsrechts fest, wenn sie von den in der Empfehlung festgelegten Märkten abweicht, nachdem sie die in Artikel 103 vorgesehenen Konsultationen durchgeführt hat.»

**Art. 29** - Artikel 66 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Satz 3 wird die Wortfolge "die von der Europäischen Kommission aufgestellten Kriterien" durch die Wortfolge "die in der gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Rahmenrichtlinie erlassenen Empfehlung der Europäischen Kommission festgelegten Märkte und die aufgestellten Kriterien" ersetzt.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

«Verfügt ein Unternehmen auf einem relevanten Markt (dem ersten Markt) über beträchtliche Marktmacht, so kann es auch auf einem benachbarten, gemäß Artikel 65 bestimmten relevanten Markt (dem zweiten Markt) als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht angesehen werden. Dies ist der Fall, wenn die beiden Märkte so miteinander verbunden sind, dass sich die Marktmacht vom ersten auf den zweiten Markt übertragen lässt und die gesamte Marktmacht des Unternehmens gestärkt wird. Infolgedessen können auf dem zweiten Markt Abhilfemaßnahmen nach den Artikeln 72.1, 72.2, 72.3 und 72.5 getroffen werden, um die Übertragung dieser Marktmacht zu unterbinden; sollten sich diese Abhilfemaßnahmen als unzureichend erweisen, können Abhilfemaßnahmen nach Artikel 69 auferlegt werden.»

**Art. 30** - Artikel 68 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 wird die Ziffer "2" durch die Ziffer "3" ersetzt.

2. Absatz 4 wird wie folgt ergänzt:

«Sie notifiziert den entsprechenden Maßnahmenentwurf gemäß Artikel 103:

1. innerhalb von drei Jahren nach der Verabschiedung einer vorherigen Maßnahme im Zusammenhang mit diesem Markt. Diese Frist kann jedoch ausnahmsweise um bis zu weitere drei Jahre verlängert werden, wenn die Beschlusskammer der Europäischen Kommission einen mit Gründen versehenen Vorschlag zur Verlängerung gemeldet hat und die Kommission innerhalb eines Monats nach Meldung der Verlängerung keine Einwände erhoben hat oder

2. innerhalb von zwei Jahren nach der Verabschiedung einer Änderung der Empfehlung über relevante Märkte bei Märkten, zu denen die Europäische Kommission keine vorherige Notifizierung erhalten hat."

3. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

«Hat die Beschlusskammer die Analyse eines in der Empfehlung festgelegten relevanten Marktes nicht innerhalb der in Absatz 4 festgelegten Frist abgeschlossen, so kann sie das GEREK um Unterstützung bei der Fertigstellung der Analyse des betreffenden Marktes und der aufzuerlegenden spezifischen Verpflichtungen bitten. Mit dieser Unterstützung notifiziert die Beschlusskammer der Europäischen Kommission den Maßnahmenentwurf innerhalb von sechs Monaten gemäß Artikel 103.»

**Art. 31** - Artikel 69 Absatz 2 desselben Dekrets wird gestrichen.

**Art. 32** - Artikel 70 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Verhandlungspflicht.

Jeder angemeldete Betreiber eines öffentlichen Kommunikationsnetzes ist dazu berechtigt und auf Nachfrage verpflichtet, mit anderen Betreibern öffentlicher Kommunikationsnetze, die innerhalb der Europäischen Union die Bedingungen erfüllen, um Kommunikationsdienste und -netze bereitstellen zu dürfen, über die Zusammenschaltung zu verhandeln, um die Bereitstellung von Diensten sowie deren Interoperabilität zu gewährleisten.

Die Betreiber bieten den Unternehmen den Zugang und die Zusammenschaltung zu Bedingungen an, die mit den von der Beschlusskammer auferlegten Verpflichtungen im Einklang stehen.»

**Art. 33** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.1 eingefügt:

«Artikel 72.1 - Transparenzverpflichtungen.

Die in Artikel 72 Absatz 1 Nummer 1 genannten Verpflichtungen zur Transparenz können sich auf bestimmte Informationen beziehen, z. B. Informationen zur Buchführung, technische Spezifikationen, Netzmerkmale, Bereitstellungs- und Nutzungsbedingungen - einschließlich aller Bedingungen, die den Zugang zu Diensten und Anwendungen und/oder deren Nutzung beschränken, sofern solche Bedingungen im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union zulässig sind - sowie Tarife.

Die Beschlusskammer kann insbesondere von Betreibern mit Gleichbehandlungsverpflichtungen die Veröffentlichung eines Standardangebots verlangen, das hinreichend entbündelt ist, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht für Leistungen zahlen müssen, die für den gewünschten Dienst nicht erforderlich sind, und in dem die betreffenden Dienstangebote dem Marktbedarf entsprechend in einzelne Komponenten aufgeschlüsselt und die entsprechenden Bedingungen einschließlich der Tarife angegeben werden. Die Beschlusskammer ist unter anderem befugt, Änderungen des Standardangebots vorzuschreiben, um den gemäß diesem Dekret auferlegten Verpflichtungen zur Geltung zu verhelfen.

Die Beschlusskammer kann genau festlegen, welche Informationen mit welchen Einzelheiten in welcher Form zur Verfügung zu stellen sind.

Obliegen einem Betreiber Verpflichtungen gemäß Artikel 72.4 hinsichtlich des Zugangs zur Netzinfrastruktur auf Vorleistungsebene, so stellt die Beschlusskammer ungeachtet des Absatzes 3 sicher, dass ein Standardangebot veröffentlicht wird.»

**Art. 34** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.2 eingefügt:

«Artikel 72.2 - Gleichbehandlungsverpflichtungen.

Die in Artikel 72 Absatz 1 Nummer 2 genannten Gleichbehandlungsverpflichtungen stellen insbesondere sicher, dass der betreffende Betreiber anderen Unternehmen, die gleichartige Dienste erbringen, unter den gleichen Umständen gleichwertige Bedingungen bietet und Dienste und Informationen für Dritte zu den gleichen Bedingungen und mit der gleichen Qualität bereitstellt wie für seine eigenen Produkte oder die seiner Tochter- oder Partnerunternehmen.»

**Art. 35** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.3 eingefügt:

«Artikel 72.3 - Verpflichtung zur getrennten Buchführung.

Bei der Auferlegung der in Artikel 72 Absatz 1 Nummer 3 genannten Verpflichtungen kann die Beschlusskammer insbesondere von einem vertikal integrierten Unternehmen verlangen, seine Großkundenpreise und internen Kostentransfers transparent zu gestalten, unter anderem um sicherzustellen, dass eine etwaige Gleichbehandlungsverpflichtung gemäß Artikel 72.2 befolgt wird, oder um gegebenenfalls eine unlautere Quersubventionierung zu verhindern. Die Beschlusskammer kann das zu verwendende Format und die zu verwendende Buchführungsmethode festlegen.

Um leichter überprüfen zu können, ob die Transparenz- und die Nichtdiskriminierungsverpflichtung eingehalten werden, kann die Beschlusskammer unbeschadet der Artikel 101, 104, 105, 106 und 107 verlangen, dass die Buchungsunterlagen einschließlich Daten über die von Dritten erhaltenen Beträge auf Anforderung vorgelegt werden. Die Beschlusskammer kann diese Informationen veröffentlichen, soweit dies zu einem offenen, wettbewerbsorientierten Markt beiträgt. Dabei sind die Bestimmungen zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen einzuhalten.»

**Art. 36** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.4 eingefügt:

«Artikel 72.4 - Verpflichtungen über den Zugang zu bestimmten Netzeinrichtungen und deren Nutzung.

§ 1 - Gemäß Artikel 72 Absatz 1 Nummer 5 kann die Beschlusskammer Betreiber dazu verpflichten, berechtigten Anträgen auf Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und zugehörigen Einrichtungen und auf deren Nutzung stattzugeben, unter anderem wenn die Beschlusskammer der Auffassung ist, dass die Verweigerung des Zugangs oder unangemessene Bedingungen mit ähnlicher Wirkung die Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes auf Endverbraucherebene behindern oder den Interessen der Endnutzer zuwiderlaufen würden.

Betreibern darf unter anderem Folgendes auferlegt werden:

1. die Verpflichtung, Dritten Zugang zu bestimmten Netzkomponenten und/oder -einrichtungen, einschließlich des Zugangs zu nicht aktiven Netzkomponenten und/oder des entbündelten Zugangs zum Teilnehmeranschluss, zu gewähren, um unter anderem die Betreiberauswahl und/oder die Betreibervorauswahl und/oder Weiterverkaufsangebote für Teilnehmeranschlüsse zu ermöglichen;
2. mit Unternehmen, die einen Antrag auf Zugang stellen, nach Treu und Glauben zu verhandeln;
3. die Verpflichtung, den bereits gewährten Zugang zu Einrichtungen nicht nachträglich zu verweigern;
4. die Verpflichtung, bestimmte Dienste zu Großhandelsbedingungen zwecks Weitervertrieb durch Dritte anzubieten;
5. die Verpflichtung, offenen Zugang zu technischen Schnittstellen, Protokollen oder anderen Schlüsseltechnologien zu gewähren, die für die Interoperabilität von Diensten oder Diensten für virtuelle Netze unverzichtbar sind;
6. die Verpflichtung, eine gemeinsame Unterbringung (Kollokation) oder andere Formen der gemeinsamen Nutzung zugehöriger Einrichtungen zu ermöglichen;
7. die Verpflichtung, bestimmte für die Interoperabilität durchgehender Nutzerdienste notwendige Voraussetzungen zu schaffen, einschließlich der Bereitstellung von Einrichtungen für intelligente Netzdienste oder Roaming in Mobilfunknetzen;
8. die Verpflichtung, Zugang zu Systemen für die Betriebsunterstützung oder ähnlichen Softwaresystemen zu gewähren, die zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs bei der Bereitstellung von Diensten notwendig sind;
9. die Verpflichtung zur Zusammenschaltung von Netzen oder Netzeinrichtungen;
10. die Verpflichtung, Zugang zu zugehörigen Diensten wie einem Identitäts-, Standort- und Präsenzdienst zu gewähren.

Die Beschlusskammer kann diese Verpflichtungen mit Bedingungen in Bezug auf Fairness, Billigkeit und Rechtzeitigkeit verknüpfen.



§ 2 - Wenn die Beschlusskammer prüft, ob die Verpflichtungen gemäß § 1 aufzuerlegen sind, insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob derartige Verpflichtungen in einem angemessenen Verhältnis zu den Zielen gemäß Artikel 89 stehen, trägt sie insbesondere den folgenden Faktoren Rechnung:

1. technische und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Nutzung oder Installation konkurrierender Einrichtungen angesichts des Tempos der Marktentwicklung, wobei die Art und der Typ der Zusammenschaltung und/oder des Zugangs berücksichtigt werden, einschließlich der Tragfähigkeit anderer vorgelagerter Zugangsprodukte, wie etwa des Zugangs zu Leitungsrohren;
2. Möglichkeit der Gewährung des vorgeschlagenen Zugangs angesichts der verfügbaren Kapazität;
3. Anfangsinvestition des Eigentümers der Einrichtung unter Berücksichtigung etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und der Investitionsrisiken;
4. Notwendigkeit zur langfristigen Sicherung des Wettbewerbs, unter besonderer Berücksichtigung eines wirtschaftlich effizienten Wettbewerbs im Bereich Infrastruktur;
5. gegebenenfalls gewerbliche Schutzrechte oder Rechte an geistigem Eigentum;
6. Bereitstellung europaweiter Dienste.

§ 3 - Wenn die Beschlusskammer im Einklang mit diesem Artikel einem Betreiber die Verpflichtung auferlegt, den Zugang bereitzustellen, kann sie technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber und/oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Netzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zugrunde zu legen, müssen mit den gemäß Artikel 69 Absatz 1 festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.»

**Art. 37** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.5 eingefügt:

«Artikel 72.5 - Verpflichtung zur Preiskontrolle und Kostenrechnung.

§ 1 - Weist eine Marktanalyse darauf hin, dass ein Betreiber aufgrund eines Mangels an wirksamem Wettbewerb seine Preise zum Nachteil der Endnutzer auf einem übermäßig hohen Niveau halten oder Preisdiskrepanzen praktizieren könnte, so kann die Beschlusskammer dem betreffenden Betreiber gemäß Artikel 72 Absatz 1 Nummer 6 hinsichtlich bestimmter Arten von Zusammenschaltung und/oder Zugang Verpflichtungen betreffend die Kostendeckung und die Preiskontrolle einschließlich kostenorientierter Preise auferlegen und ihm bestimmte Auflagen in Bezug auf Kostenrechnungsmethoden erteilen. Um zu Investitionen der Betreiber auch in Netze der nächsten Generation anzuregen, trägt die Beschlusskammer den Investitionen des Betreibers Rechnung und ermöglicht ihm eine angemessene Rendite für das entsprechend eingesetzte Kapital, wobei gegebenenfalls die spezifischen Risiken im Zusammenhang mit einem bestimmten neuen Netzprojekt, in das investiert wird, zu berücksichtigen sind.

§ 2 - Die Beschlusskammer stellt sicher, dass alle vorgeschriebenen Kostendeckungsmechanismen und Tarifsysteme die wirtschaftliche Effizienz und einen nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Verbraucher möglichst vorteilhaft sind. In diesem Zusammenhang kann die Beschlusskammer auch Preise berücksichtigen, die auf vergleichbaren, dem Wettbewerb geöffneten Märkten gelten.

§ 3 - Wurde ein Betreiber dazu verpflichtet, seine Preise an den Kosten zu orientieren, so obliegt es dem betreffenden Betreiber, gegebenenfalls nachzuweisen, dass die Preise sich aus den Kosten sowie einer angemessenen Investitionsrendite errechnen. Zur Ermittlung der Kosten einer effizienten Leistungsbereitstellung kann die Beschlusskammer eine von der Kostenberechnung des Unternehmens unabhängige Kostenrechnung anstellen. Die Beschlusskammer kann von einem Betreiber die umfassende Rechtfertigung seiner Preise und gegebenenfalls deren Anpassung verlangen.

§ 4 - Falls im Interesse der Preiskontrolle eine Kostenrechnungsmethode vorgeschrieben wird, stellt die Beschlusskammer sicher, dass eine Beschreibung der Kostenrechnungsmethode öffentlich verfügbar gemacht wird, in der zumindest die wichtigsten Kostenarten und die Regeln der Kostenzuweisung aufgeführt werden. Die Anwendung der Kostenrechnungsmethode wird von einer qualifizierten unabhängigen Stelle überprüft. Eine diesbezügliche Erklärung wird jährlich veröffentlicht.»

**Art. 38** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.6 eingefügt:

«Artikel 72.6 - Funktionelle Trennung.

§ 1 - Gelangt die Beschlusskammer zu dem Schluss, dass die gemäß Artikel 72 Absatz 1 auferlegten angemessenen Verpflichtungen nicht zu einem wirksamen Wettbewerb geführt haben und wichtige und andauernde Wettbewerbsprobleme und/oder Marktversagen auf den Märkten für bestimmte Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene bestehen, so kann sie als außerordentliche Maßnahme im Einklang mit Artikel 73 Absatz 1 vertikal integrierten Unternehmen die Verpflichtung auferlegen, ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der betreffenden Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen. Dieser Geschäftsbereich stellt Zugangsprodukte und -dienste allen Unternehmen, einschließlich der anderen Geschäftsbereiche des eigenen Mutterunternehmens, mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Preise und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung.

§ 2 - Beabsichtigt die Beschlusskammer, eine Verpflichtung zur funktionellen Trennung aufzuerlegen, so unterbreitet sie der Europäischen Kommission einen Vorschlag, der Folgendes umfasst:

1. den Nachweis, dass die in § 1 genannte Schlussfolgerung der Beschlusskammer begründet ist;
2. eine mit Gründen versehene Einschätzung, dass keine oder nur geringe Aussichten dafür bestehen, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens einen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb im Bereich Infrastruktur gibt;
3. eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf die Beschlusskammer, auf das Unternehmen, insbesondere auf das Personal des getrennten Unternehmens und auf den Sektor der elektronischen Kommunikation insgesamt, und auf die Anreize, in einen Sektor insgesamt zu investieren, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu wahren, sowie auf sonstige Interessengruppen, insbesondere einschließlich einer Analyse der erwarteten Auswirkungen auf den Wettbewerb und möglicher Folgen für die Verbraucher;
4. eine Analyse der Gründe, die dafür sprechen, dass diese Verpflichtung das effizienteste Mittel zur Durchsetzung von Abhilfemaßnahmen wäre, mit denen auf festgestellte Wettbewerbsprobleme bzw. Fälle von Marktversagen reagiert werden soll.

§ 3 - Der Maßnahmenentwurf umfasst Folgendes:

1. genaue Angabe von Art und Ausmaß der Trennung, insbesondere Angabe des rechtlichen Status des getrennten Geschäftsbereichs;

2. Angabe der Vermögenswerte des getrennten Geschäftsbereichs sowie der von diesem bereitzustellenden Produkte bzw. Dienstleistungen;
3. die organisatorischen Modalitäten zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Personals des getrennten Geschäftsbereichs sowie die entsprechenden Anreize;
4. Vorschriften zur Gewährleistung der Einhaltung der Verpflichtungen;
5. Vorschriften zur Gewährleistung der Transparenz der betrieblichen Verfahren, insbesondere gegenüber den anderen Interessengruppen;
6. ein Überwachungsprogramm, um die Einhaltung der Verpflichtungen sicherzustellen, einschließlich der Veröffentlichung eines jährlichen Berichts.

§ 4 - Im Anschluss an die Entscheidung der Europäischen Kommission über den Entwurf der Maßnahme gemäß Artikel 73 Absatz 1 führt die Beschlusskammer nach dem Verfahren des Artikels 66 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Beschlusskammer gemäß Artikel 103 Verpflichtungen auf, behält sie bei, ändert sie oder hebt sie auf.

§ 5 - Einem Unternehmen, dem die funktionelle Trennung auferlegt wurde, kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem es als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gemäß Artikel 66 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 sowie jede sonstige von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 73 Absatz 1 genehmigte Verpflichtung auferlegt werden.»

**Art. 39** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 72.7 eingefügt:

«Artikel 72.7 - Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen.

§ 1 - Unternehmen, die gemäß Artikel 66 auf einem oder mehreren relevanten Märkten als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurden, unterrichten die Beschlusskammer im Voraus und rechtzeitig, damit die Beschlusskammer die Wirkung der geplanten Transaktion einschätzen kann, von ihrer Absicht, die Anlagen ihres Ortsanschlussnetzes ganz oder zu einem großen Teil auf eine eigene Rechtsperson mit einem anderen Eigentümer zu übertragen oder einen getrennten Geschäftsbereich einzurichten, um allen Anbietern auf der Endkundenebene, einschließlich der eigenen im Endkundenbereich tätigen Unternehmensbereiche, völlig gleichwertige Zugangsprodukte zu liefern.

Die Unternehmen unterrichten die Beschlusskammer auch über alle Änderungen dieser Absicht sowie über das Endergebnis des Trennungsprozesses.

§ 2 - Die Beschlusskammer prüft die Folgen der geplanten Transaktion auf die bestehenden Verpflichtungen.

Hierzu führt die Beschlusskammer entsprechend dem Verfahren des Artikels 66 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht.

Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Beschlusskammer gemäß Artikel 103 Verpflichtungen auf, behält sie bei, ändert sie oder hebt sie auf.

§ 3 - Dem rechtlich und/oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem er als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht gemäß Artikel 66 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 sowie jede sonstige von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 73 Absatz 1 genehmigte Verpflichtung auferlegt werden.»

**Art. 40** - Artikel 73 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Unbeschadet des Artikels 76 kann die Beschlusskammer unter außergewöhnlichen Umständen und nach Genehmigung der Europäischen Kommission Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht andere als die in Artikel 72 Absatz 1 genannten Verpflichtungen über den Zugang und die Zusammenschaltung auferlegen.»

**Art. 41** - Artikel 74 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "weitere Zusatzverpflichtungen" und das Wort "auferlegen" die Wortfolge "und Verpflichtungen, ihre Dienste interoperabel zu machen," eingefügt.

2. Absatz 2 wird um folgenden zweiten Satz ergänzt:

«Die gemäß Absatz 1 auferlegten Verpflichtungen und Bedingungen müssen objektiv, transparent, verhältnismäßig und nicht diskriminierend sein.»

**Art. 42** - In Artikel 80 § 1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird die Wortfolge "Nummern 2 und 3" durch die Wortfolge "Nummer 2 oder zu Hass aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion oder Staatsangehörigkeit aufstachelt" ersetzt.

**Art. 43** - Artikel 81 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird zwischen die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" und die Wortfolge "Rechnung zu tragen" die Wortfolge "als Grenzregion in einem mehrsprachigen Staat ohne nationale Rundfunkanstalt" eingefügt.

2. § 1 Nummer 2, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«2. die linearen televisuellen Mediendienste, denen ein Recht gemäß Artikel 26.1 zusteht;»

3. In § 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "zwei lineare televisuelle Mediendienste" durch die Wortfolge "die linearen televisuellen Mediendienste" ersetzt.

4. In § 1 Nummer 4 wird die Wortfolge "zwei lineare televisuelle Mediendienste" durch die Wortfolge "die linearen televisuellen Mediendienste" ersetzt.

5. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Die Beschlusskammer kann Kabelnetzbetreiber, deren Netze von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden, dazu verpflichten, weitere audiovisuelle Mediendienste anzubieten. Die Regierung legt die diesbezüglichen Kriterien fest und gibt die damit verfolgten Ziele von allgemeinem Interesse ausdrücklich an. Vor Annahme ihres Beschlusses bittet die Beschlusskammer die betreffenden Kabelnetzbetreiber und die Verbraucher über ihre Website darum, eine Stellungnahme zum Beschlussentwurf innerhalb einer Frist von mindestens sechzig Tagen abzugeben. Wird keine Stellungnahme innerhalb dieser Frist abgegeben, kann die Beschlusskammer ihren Beschluss erlassen.»

6. In § 3, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird zwischen den ersten Satz und den zweiten Satz, der zum dritten Satz wird, folgender Satz eingefügt:

«Die Ergebnisse der Überprüfung werden auf der Website des Medienrates veröffentlicht.»

**Art. 44** - Artikel 82 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 82 - Zusätzliche Pflichtdienste.

Die Beschlusskammer kann Kabelnetzbetreibern, deren Netze von einer erheblichen Anzahl von Endnutzern als Hauptmittel zum Empfang von linearen audiovisuellen Mediendiensten genutzt werden, dazu verpflichten, ergänzende, insbesondere zugangserleichternde Dienste, die behinderten Endnutzern einen angemessenen Zugang ermöglichen, anzubieten.»

**Art. 45** - In Artikel 85 desselben Dekrets wird folgender § 3 eingefügt:

«§ 3 - Anbieter digitaler Fernsehdienste und -geräte haben bei der Bereitstellung inter-operabler Fernsehdienste für behinderte Endnutzer zusammenzuarbeiten.»

**Art. 46** - Artikel 86 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird zwischen den ersten Satz und den zweiten Satz, der zum dritten Satz wird, folgender Satz eingefügt:

«Er ist eine Regulierungsbehörde, die ihre Befugnisse unparteiisch, transparent und innerhalb eines angemessenen Zeitraums ausübt.»

2. In § 1 Satz 2, der zu Satz 3 wird, wird die Wortfolge "die der Genehmigung der Regierung bedarf" durch die Wortfolge "die im *Belgischen Staatsblatt* zu veröffentlichen ist" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach der Wortfolge "die Gutachtenkammer" wird die Wortfolge ", das Büro und das Auditorat" eingefügt.

4. In § 2 Absatz 2 wird nach der Wortfolge "bezeichnet den Präsidenten" die Wortfolge "der Beschlusskammer. Der Präsident der Gutachtenkammer wird aus deren Mitte durch die Mitglieder dieser Kammer gewählt" eingefügt.

5. § 2 Absatz 3 wird gestrichen.

6. § 3, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«§ 3 - Die Regierung stellt dem Medienrat angemessene finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung, damit er die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann.»

7. in § 4 wird zwischen die Wortfolge "von dem" und das Wort "Präsidenten" das Wort "jeweiligen" eingefügt.

8. § 4 wird wie folgt ergänzt:

«Das Mitglied des Büros, das die Beschlusskammer betreut, nimmt an den Sitzungen der Beschlusskammer mit dem Recht, sich zu den Beratungsthemen zu äußern, teil. Das Mitglied des Büros, das die Gutachtenkammer betreut, nimmt an den Sitzungen der Gutachtenkammer mit dem Recht, sich zu den Beratungsthemen zu äußern, teil. Berater und Sachverständige können an den Sitzungen der Kammern mit dem Recht, sich zu den Beratungsthemen zu äußern, teilnehmen.»

**Art. 47** - Artikel 87 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden der erste und zweite Satz wie folgt ersetzt:

«Die Amtszeit der Mitglieder der Beschlusskammer und der ordentlichen Mitglieder der Gutachtenkammer und ihrer Ersatzmitglieder beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der ersten Zusammenkunft des Medienrates.»

2. In Absatz 1 Satz 3 wird jeweils das Wort "Organe" durch das Wort "Kammern" ersetzt.

3. Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

«Das Mandat des Präsidenten einer jeden Kammer ist einmal erneuerbar.»

**Art. 48** - Artikel 89 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 89 - Ziele.

§ 1 - Die Beschlusskammer hat die Aufgabe, durch die Durchführung der in diesem Dekret aufgezählten Maßnahmen die folgenden Ziele zu erreichen:

1. Die Förderung des Wettbewerbs bei der Bereitstellung audiovisueller Mediendienste, indem sie unter anderem:

a) sicherstellt, dass für die Nutzer, einschließlich behinderter Nutzer, älterer Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen, der größtmögliche Nutzen in Bezug auf Auswahl, Preise und Qualität erbracht wird;

b) gewährleistet, dass es keine Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen im Bereich der elektronischen Kommunikation, einschließlich der Bereitstellung von Inhalten, gibt;

c) für eine effiziente Nutzung der Funkfrequenzen sorgt und deren effiziente Verwaltung sicherstellt.

2. Die Leistung eines Beitrags zur Entwicklung des Binnenmarktes, indem sie unter anderem:

a) verbleibende Hindernisse für die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste auf europäischer Ebene abbaut;

b) den Aufbau und die Entwicklung transeuropäischer Netze und die Interoperabilität europaweiter Dienste sowie die durchgehende Konnektivität fördert;

c) mit den anderen nationalen Regulierungsbehörden sowie mit der Europäischen Kommission und dem GEREK zusammenarbeitet, um die Entwicklung einer einheitlichen Regulierungspraxis und die einheitliche Anwendung des europäischen Rechtsrahmens sicherzustellen.

3. Die Förderung der Interessen der Bürger der Europäischen Union, indem sie unter anderem:

a) sicherstellt, dass alle Bürger gemäß der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie) Zugang zum Universaldienst erhalten;

b) einen weit gehenden Verbraucherschutz in den Beziehungen zwischen Kunden und Anbietern gewährleistet, insbesondere durch einfache, kostengünstige Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten; diese Verfahren werden von einer von den Betroffenen unabhängigen Stelle durchgeführt;

- c) dazu beiträgt, dass ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet wird;
- d) für die Bereitstellung klarer Informationen sorgt, indem sie insbesondere transparente Tarife und Bedingungen für die Nutzung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste fördert;
- e) die Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere von behinderten Nutzern, älteren Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen, berücksichtigt;
- f) sicherstellt, dass die Integrität und Sicherheit der öffentlichen Kommunikationsnetze gewährleistet sind;
- g) die Endnutzer in die Lage versetzt, Informationen abzurufen und zu verbreiten oder beliebige Anwendungen und Dienste zu benutzen.

§ 2 - Die Beschlusskammer wendet bei der Verfolgung der in § 1 festgelegten politischen Ziele objektive, transparente, nicht diskriminierende und verhältnismäßige Regulierungsgrundsätze an, indem sie unter anderem:

- a) die Vorhersehbarkeit der Regulierung dadurch fördert, dass sie über angemessene Überprüfungszeiträume ein einheitliches Regulierungskonzept beibehalten;
- b) gewährleistet, dass Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste unter vergleichbaren Umständen keine diskriminierende Behandlung erfahren;
- c) den Wettbewerb zum Nutzen der Verbraucher schützt und gegebenenfalls den infrastrukturbasierten Wettbewerb fördert;
- d) effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen, auch dadurch fördert, dass sie dafür sorgt, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird, und dass sie verschiedene Kooperationsvereinbarungen zur Diversifizierung des Investitionsrisikos zwischen Investoren und Zugangsbewerbern zulässt, während sie gleichzeitig gewährleistet, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden;
- e) die vielfältigen Bedingungen im Zusammenhang mit Wettbewerb und Verbrauchern, die in den verschiedenen geografischen Gebieten innerhalb der Mitgliedstaaten herrschen, gebührend berücksichtigt;
- f) regulatorische Vorabverpflichtungen nur dann auferlegt, wenn es keinen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb gibt, und diese Verpflichtungen lockert oder aufhebt, sobald diese Voraussetzung erfüllt ist.

§ 3 - Die Beschlusskammer trägt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dazu bei, dass die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt sowie des Pluralismus der Medien sichergestellt werden.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben trägt die Beschlusskammer weitestgehend den relevanten Empfehlungen der Europäischen Kommission Rechnung. Mit Gründen versehene Abweichungen teilt sie der Europäischen Kommission mit. Artikel 103 bleibt unberührt.

Sie fördert und garantiert ferner einen angemessenen Zugang und eine geeignete Zusammenschaltung sowie die Interoperabilität der Dienste und nimmt ihre Zuständigkeit in einer Weise wahr, die Effizienz und nachhaltigen Wettbewerb, effiziente Investitionen und Innovation fördert und den Endnutzern größtmöglichen Nutzen bringt.»

**Art. 49** - Artikel 90 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird um einen dritten Satz wie folgt ergänzt:

«Die Mandate der Mitglieder der Beschlusskammer sind öffentlich auszusprechen.»

2. In Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "vorgesehenen Eid" und das Wort "ab" die Wortfolge "in den Händen des für den audiovisuellen Sektor zuständigen Ministers" eingefügt.

**Art. 50** - Artikel 93 wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

«Die Entscheidung über die Abberufung von Mitgliedern der Beschlusskammer muss zum Zeitpunkt der Abberufung im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht werden. Die abberufenen Personen müssen eine Begründung erhalten und haben das Recht, die Veröffentlichung dieser Begründung zu verlangen, wenn diese Veröffentlichung nicht ohnehin erfolgen würde; in diesem Fall ist die Begründung zu veröffentlichen.»

**Art. 51** - Artikel 94 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird das Wort "und" gestrichen.

2. Eine neue Nummer 4.1 wird wie folgt eingefügt:

«4.1. mit dem GEREK gemäß Artikel 107.2 und».

**Art. 52** - Artikel 95 desselben Dekrets wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

«Die Beschlusskammer sammelt Informationen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Inhalt der eingeleiteten Rechtsbehelfe, deren Anzahl, der Dauer der Beschwerdeverfahren und der Anzahl der Entscheidungen über den Erlass einstweiliger Maßnahmen. Sie stellt diese Informationen der Europäischen Kommission und dem GEREK jeweils auf deren begründetes Ersuchen zur Verfügung.»

**Art. 53** - Artikel 96 Absatz 2 desselben Dekrets wird gestrichen.

**Art. 54** - Artikel 97 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 97 - Grundsatz.

Die Beschlusskammer nimmt gemäß diesem Dekret und unter Berücksichtigung der in Artikel 89 genannten Ziele insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. die Mitteilung des RDS-PI-Code gemäß Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4;
2. den Empfang der Meldungen gemäß Artikel 20.1, 27.1 und 38;
3. die Anerkennungen gemäß Artikel 21, 27.2 und 33;
4. den Widerruf der Anerkennungen gemäß Artikel 21 und 28;
5. den Empfang der Tätigkeitsberichte gemäß Artikel 26, 36 und 41;
6. die Aufsicht über Vereinbarungen über die Zulieferung von Programmanteilen gemäß Artikel 30 § 3;

7. die Abgabe eines Gutachtens über den ihr gemäß Artikel 26.1 vorgelegten Antrag und Vereinbarungsentwurf bezüglich des Rechts auf verpflichtete Verbreitung;
8. alle vier Jahre, erstmals zum 1. Juli 2011, die Abfassung eines Berichts über die Förderung der Herstellung europäischer Werke und den Zugang hierzu in den nichtlinearen audiovisuellen Mediendiensten;
9. die Einhaltung der Bedingungen der Allgemeingenehmigung oder der Funkfrequenznutzung sowie der in Artikel 48 Absatz 3 genannten besonderen Verpflichtungen;
10. den Empfang der Meldungen in Bezug auf die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste gemäß Artikel 46;
11. die Führung und Veröffentlichung eines Verzeichnisses der Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und der Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste gemäß Artikel 46 Absatz 3;
12. die Ausstellung der in Artikel 48 genannten Meldeerklärung;
13. die Funkfrequenzuteilungen gemäß Artikel 50 und 57;
14. die Bekanntmachung von Informationen zur Verfügbarkeit von Funkfrequenzen gemäß Artikel 51;
15. den Empfang der Anzeige gemäß Artikel 54;
16. den Widerruf der Funkfrequenzuteilungen gemäß Artikel 61 § 1;
17. den Empfang von Verzichtserklärungen gemäß Artikel 61 § 2;
18. die Maßnahmen gemäß Artikel 64;
19. die Marktregulierung gemäß Kapitel 3 des Titel IV, einschließlich der Durchführung der Marktanalyse gemäß Artikel 66 und des Erlasses von Regulierungsmaßnahmen;
20. den Empfang von Informationen über die Verbreitung auditiver Mediendienste durch Kabelnetzbetreiber gemäß Artikel 79 § 2;
21. die Anordnung von vorübergehenden Aussetzungen und Verboten der Weiterverbreitung von Mediendiensten gemäß Artikel 80;
22. den Erlass von Maßnahmen gegen bestimmte nichtlineare audiovisuelle Mediendienste gemäß Artikel 80.1;
23. die Anordnung und die Überprüfung von Verpflichtungen gemäß Artikel 81 und 82;
24. die Bereitstellung von Informationen zur Verringerung der digitalen Kluft gemäß den in Artikel 89 genannten Zielen;
25. die Zusammenarbeit gemäß Artikel 94 und 107.1;
26. die in Artikel 99 und 100 genannten Maßnahmen zur Streitbeilegung;
27. die Mitteilungen an die Europäische Kommission gemäß Artikel 101;
28. das Verlangen von Auskünften gemäß Artikel 102;
29. die Durchführung von Konsultationen gemäß Artikel 103;
30. die Einhaltung des in Artikel 103.1 beschriebenen Verfahrens;
31. die Anhörung Betroffener gemäß Artikel 104;
32. die Veröffentlichung von Informationen gemäß Artikel 105;
33. die Erteilung von Informationen gemäß Artikel 106 und 107;
34. die Anordnung von Ordnungsstrafen gemäß Abschnitt 1 des Titels VII;
35. das Unterbreiten von Vorschlägen gemäß Artikel 119.1;
36. die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben.»

**Art. 55** - In Artikel 98 desselben Dekrets werden die Sätze 2 bis 4 gestrichen.

**Art. 56** - Artikel 99 Absatz 1 Satz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte können Streitfälle zwischen Verbrauchern und Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze und -dienste bereitstellen, in Bezug auf die Bedingungen und/oder die Ausführung der Verträge über die Bereitstellung solcher Netze und/oder Dienste, der Beschlusskammer vorgelegt werden. Dieses Verfahren entzieht dem Verbraucher nicht seinen Rechtsschutz nach anderen Rechtsvorschriften.»

**Art. 57** - Artikel 100 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen das Wort "bereitstellen" und das Wort ", Streitigkeiten" die Wortfolge "oder zwischen diesen Unternehmen und anderen Unternehmen in den Mitgliedstaaten, denen Zugangs- und/oder Zusammenschaltungsverpflichtungen zugute kommen" eingefügt.

2. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

«Sie haben das Recht, das GEREK zu konsultieren, um die Streitigkeit im Einklang mit den in Artikel 89 genannten Zielen dauerhaft beizulegen. Die Verpflichtungen, die die nationalen Regulierungsbehörden einem Unternehmen im Rahmen der Streitbeilegung auferlegen, stehen im Einklang mit Titel IV und berücksichtigen weitgehend die vom GEREK verabschiedete Stellungnahme.»

3. § 2 wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

«Die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden können die Beilegung einer Streitigkeit gemeinsam ablehnen, wenn es andere Mechanismen, einschließlich der Schlichtung, gibt, die sich besser für eine rasche Beilegung der Streitigkeit im Einklang mit Artikel 89 eignen. Sie unterrichten die Parteien unverzüglich davon. Sind die Streitigkeiten nach vier Monaten noch nicht beigelegt und auch nicht von der Beschwerde führenden Partei vor Gericht gebracht worden, so koordinieren die nationalen Regulierungsbehörden, sofern eine der Parteien dies beantragt, ihre Bemühungen, um die Streitigkeit im Einklang mit Artikel 89 beizulegen; hierbei berücksichtigen sie weitestgehend die vom GEREK verabschiedete Stellungnahme.»

**Art. 58** - Artikel 102 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Wortfolge "aus diesem Dekret" durch die Wortfolge "aus der Allgemeingenehmigung sowie der besonderen Verpflichtungen gemäß Artikel 48 Absatz 3" ersetzt.

2. Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:

«2.1 die effiziente Nutzung und Gewährleistung der wirksamen Verwaltung der Funkfrequenzen sicherstellen zu können;»

3. Folgende Nummer 2.2 wird eingefügt:

«2.2 künftige Entwicklungen im Netz- oder Dienstleistungsbereich, die sich auf die Dienstleistungen an Wettbewerber auf Vorleistungsebene auswirken könnten, bewerten zu können;»

4. Folgende Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

«Von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf Vorleistungsmärkten kann ferner verlangt werden, Rechnungslegungsdaten zu den mit diesen Vorleistungsmärkten verbundenen Endnutzermärkten vorzulegen.

Die Unternehmen legen diese Informationen auf Anfrage umgehend sowie im Einklang mit dem Zeitplan und in den Einzelheiten vor, die von der Beschlusskammer verlangt werden. Die von der Beschlusskammer angeforderten Informationen müssen in angemessenem Verhältnis zur Wahrnehmung dieser Aufgabe stehen. Die Beschlusskammer begründet ihr Ersuchen um Informationen und behandelt die Informationen nach Maßgabe des Artikels 108.»

**Art. 59** - Artikel 103 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 103 - Konsultationsverfahren.

§ 1 - Abgesehen von den Fällen gemäß § 2 Absatz 5 oder Artikel 100 gibt die Beschlusskammer interessierten Kreisen innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf von Maßnahmen, die sie gemäß diesem Dekret zu treffen gedenkt oder mit denen sie beabsichtigt, Einschränkungen gemäß Artikel 49 § 4 und § 5 aufzuerlegen, die beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt haben werden. Die Anhörungsverfahren sowie deren Ergebnisse werden von der Beschlusskammer veröffentlicht. Hiervon unberührt ist die Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen der Beteiligten gemäß Artikel 108. Die Beschlusskammer richtet zu diesem Zweck eine einheitliche Informationsstelle ein, bei der eine Liste aller laufenden Anhörungen geführt wird.

§ 2 - Darüber hinaus teilt die Beschlusskammer der Europäischen Kommission, dem GEREK sowie den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten den Entwurf von gemäß diesem Dekret getroffenen Maßnahmen mit, insofern Letztere unter Artikel 65, 66, 73 oder 74 fallen und Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hätten und in Empfehlungen oder Leitlinien der Europäischen Kommission nicht etwas anderes bestimmt ist.

Die Beschlusskammer hat den Stellungnahmen der Europäischen Kommission, des GEREK und der Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten, die innerhalb einer bestimmten Frist abgegeben werden, weitgehend Rechnung zu tragen. Den sich daraus ergebenden Entwurf übermittelt sie der Europäischen Kommission.

Beinhaltet ein Entwurf die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen unterscheidet, die in der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Europäische Kommission gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) veröffentlicht, in ihrer jeweils geltenden Fassung definiert sind, oder die Festlegung, inwieweit ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen, wobei die Entscheidung Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hätte, und erklärt die Europäische Kommission innerhalb der in Absatz 1 Satz 2 genannten Frist, der Entwurf würde ein Hemmnis für den Binnenmarkt schaffen, oder sie habe ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht und insbesondere den Zielen des Artikels 8 der Rahmenrichtlinie, schiebt die Beschlusskammer den Beschluss über den Maßnahmenentwurf um weitere zwei Monate auf. Beschließt die Europäische Kommission innerhalb dieses Zeitraums, die Beschlusskammer aufzufordern, den Entwurf zurückzuziehen, so ist die Beschlusskammer an diesen Beschluss gebunden. Will die Beschlusskammer den Änderungsvorschlägen der Europäischen Kommission folgen, ändert sie den Entwurf im Einklang mit der Entscheidung der Europäischen Kommission innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Erlasses der Entscheidung der Kommission ab, führt ein Anhörungsverfahren gemäß § 1 und übermittelt den geänderten Entwurf der Kommission.

Die Beschlusskammer übermittelt der Europäischen Kommission und dem GEREK alle angenommenen endgültigen Maßnahmen, auf die Absatz 1 Satz 1 zutrifft.

Ist die Beschlusskammer bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände der Ansicht, dass dringend - ohne Einhaltung des Verfahrens gemäß § 1 und den Absätzen 1 bis 3 - gehandelt werden muss, um den Wettbewerb zu gewährleisten und die Nutzerinteressen zu schützen, so kann sie umgehend angemessene vorläufige Maßnahmen erlassen. Sie teilt diese der Europäischen Kommission und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden unverzüglich mit einer vollständigen Begründung mit. Ein Beschluss der Beschlusskammer, diese Maßnahmen dauerhaft zu machen oder ihre Geltungsdauer zu verlängern, unterliegt den Bestimmungen des § 1 und der Absätze 1 bis 4.»

**Art. 60** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 103.1 eingefügt:

«Artikel 103.1 - Verfahren zur einheitlichen Anwendung bestimmter Maßnahmen.

Informiert die Europäische Kommission die Beschlusskammer innerhalb der in Artikel 103 § 2 Absatz 1 festgelegten Einmonatsfrist darüber, warum sie der Auffassung ist, dass der Maßnahmenentwurf ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstellen würde, oder warum sie erhebliche Zweifel an dessen Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht hat, kann der Maßnahmenentwurf innerhalb eines Zeitraums von weiteren drei Monaten nach der Mitteilung der Kommission nicht angenommen werden. Erfolgt keine solche Mitteilung, kann die Beschlusskammer den Maßnahmenentwurf annehmen, wobei sie weitestgehend die Stellungnahmen der Kommission, des GEREK oder anderer nationaler Regulierungsbehörden berücksichtigt.

Innerhalb der in Absatz 1 genannten Dreimonatsfrist arbeiten die Europäische Kommission, das GEREK und die Beschlusskammer eng zusammen, um die am besten geeignete und wirksamste Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des Artikels 89 zu ermitteln, wobei die Ansichten der Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, eine einheitliche Regulierungspraxis zu entwickeln, berücksichtigt werden.

Vor Ablauf des in Absatz 1 genannten Dreimonatszeitraums kann die Beschlusskammer:

1. ihren Maßnahmenentwurf unter Berücksichtigung der in Absatz 1 genannten Mitteilung der Kommission und der Stellungnahme und Empfehlung des GEREK ändern oder zurückziehen;

2. ihren Maßnahmenentwurf beibehalten.

Binnen eines Monats, nachdem die Europäische Kommission ihre Empfehlung gemäß Artikel 7a Absatz 5 Buchstabe *a* der Rahmenrichtlinie ausgesprochen hat oder ihre Vorbehalte gemäß Absatz 5 Buchstabe *b* der Rahmenrichtlinie zurückgezogen hat, teilt die Beschlusskammer der Kommission und dem GEREK die angenommene endgültige Maßnahme mit. Dieser Zeitraum kann verlängert werden, damit die Beschlusskammer eine öffentliche Konsultation gemäß Artikel 103 § 1 durchführen kann.

Beschließt die Beschlusskammer, den Maßnahmenentwurf auf der Grundlage der Empfehlung gemäß Artikel 7a Absatz 5 Buchstabe *a* der Rahmenrichtlinie nicht zu ändern oder zurückzuziehen, so begründet sie dies.

Die Beschlusskammer kann den vorgeschlagenen Maßnahmenentwurf in jeder Phase des Verfahrens zurückziehen.»

**Art. 61** - Artikel 104 desselben Dekrets wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

«Die Beschlusskammer richtet einen Konsultationsmechanismus ein, mit dem gewährleistet wird, dass in ihren Entscheidungen in allen mit Endnutzer- und Verbraucherrechten bei öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsdiensten zusammenhängenden Fragen die Interessen der Verbraucher bei der elektronischen Kommunikation gebührend berücksichtigt werden.»

**Art. 62** - In Artikel 105 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "Nutzungsrechten" und die Wortfolge "und Marktregulierung" die Wortfolge "Rechten zur Installation von Einrichtungen" eingefügt.

**Art. 63** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 107.2 eingefügt:

«Artikel 107.2 - GEREK

Die Beschlusskammer unterstützt aktiv die Ziele des GEREK in Bezug auf bessere regulatorische Koordinierung und mehr Kohärenz.

Die Beschlusskammer trägt den vom GEREK verabschiedeten Stellungnahmen und gemeinsamen Standpunkten bei Entscheidungen, die ihre Märkte betreffen, weitestgehend Rechnung.»

**Art. 64** - In Artikel 108 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Die Beschlusskammer muss" durch die Wortfolge "Die Mitglieder, Ersatzmitglieder, Mitglieder des Büros, Berater, Sachverständige und Personalkräfte des Medienrates müssen" und das Wort "ihr" durch das Wort "ihnen" ersetzt.

**Art. 65** - Artikel 110 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 werden zwischen den ersten Satz und den zweiten Satz, der zum vierten Satz wird, folgende Sätze 2 und 3 eingefügt:

«Erhebt die Beschlusskammer Verwaltungsabgaben, so veröffentlicht sie einen jährlichen Überblick über ihre Verwaltungskosten und die insgesamt eingenommenen Abgaben. Entsprechend der Differenz der Gesamtsumme der Abgaben und der Verwaltungskosten werden entsprechende Berichtigungen vorgenommen.»

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

«Die Beschlusskammer verfügt über einen eigenen jährlichen Haushaltsplan, den das Büro erstellt. Die Haushaltspläne werden auf der Website des Medienrates veröffentlicht. Ferner verfügt die Beschlusskammer über ausreichende finanzielle Mittel, sodass sie in der Lage ist, einen Beitrag zum GEREK zu leisten.»

**Art. 66** - In Kapitel 2 von Titel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 110.1 eingefügt:

«Artikel 110.1 - Transparenzpflichten

Jährlich erstellt das Büro einen Jahresabschluss und einen Haushaltsplan für beide Kammern. Diese Unterlagen werden der Regierung übermittelt. Das Büro führt die Buchhaltung des Medienrates.»

**Art. 67** - Artikel 114 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 2, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird gestrichen.

2. In § 1 Nummer 5, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird das Wort "Beschwerden" gestrichen.

**Art. 68** - In Titel 5 desselben Dekrets wird nach Artikel 116 ein Kapitel 4 mit der Überschrift "KAPITEL 4 - BÜRO UND AUDITORAT" eingefügt.

**Art. 69** - In Kapitel 4, eingefügt durch Artikel 68, wird folgender Artikel 116.1 eingefügt:

«Artikel 116.1 - Büro.

Das Büro setzt sich aus dem Betreuer der Beschlusskammer, aus dem Betreuer der Gutachtenkammer und aus einem juristischen Berater zusammen. Es nimmt die in diesem Dekret genannten Aufgaben wahr. Es vertritt den Medienrat gerichtlich und außergerichtlich, führt die laufenden Geschäfte, bereitet die Entscheidungen der Kammern vor und vollzieht deren Beschlüsse. Das Büro handelt als Kollegium. Die Artikel 91, 93, 96 Absatz 1 Satz 1 und 108 gelten entsprechend.

Das Büro legt den Umfang der Befugnisse fest, die es einem Mitglied oder Mitarbeitern überträgt, sowie Form und Bedingungen dieser Übertragung. Das Büro kann insbesondere die tägliche Geschäftsführung des Medienrates, die mit dieser Geschäftsführung zusammenhängenden Vertretungen und den Vollzug seiner Beschlüsse übertragen.

Das Büro koordiniert und gestaltet die Arbeiten des Medienrates, sorgt für die Übereinstimmung der Gutachten und Beschlüsse mit dem Völkerrecht und dem europäischen Recht und legt Streitigkeiten aller Art, die zwischen den Kammern entstehen könnten, bei. Es kann der Regierung Empfehlungen, die es für die Durchführung der Aufgaben des Medienrates für nützlich hält, zukommen lassen. Es kann von den Dienststellen der Regierung Auskünfte und Berichte anfordern, die für die Ausübung der Aufgaben des Medienrates und der Kammern erforderlich sind. Es kann sich an dritte Dienststellen oder an Sachverständige wenden, um den Medienrat und die Kammern bei der Ausübung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die Regierung teilt dem Büro mit, wie sie die Empfehlungen und Gutachten des Büros zu behandeln beabsichtigt. Das Büro unterrichtet jede der betroffenen Kammern darüber.

Das Büro gibt sich eine Geschäftsordnung, die im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.»

**Art. 70** - In Kapitel 4, eingefügt durch Artikel 68, wird folgender Artikel 116.2 eingefügt:

«Artikel 116.2 - Auditorat.

Das Auditorat bearbeitet die Beschwerden, die an den Medienrat gerichtet sind und die Anwendung dieses Dekrets oder dessen Ausführungsbestimmungen betreffen, mit Ausnahme der Beschwerden, die sich auf Beschlüsse des Medienrates beziehen. Die Artikel 91, 93, 96 Absatz 1 Satz 1 und 108 gelten entsprechend.

Zwecks Durchführung der ihm anvertrauten Aufgaben kann das Auditorat:

1. sich aus der Ferne oder vor Ort von den Verwaltungsbehörden, den Antragstellern, den angemeldeten oder anerkannten audiovisuellen Mediendiensteanbietern, den Betreibern von elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten alle erforderlichen Auskünfte erteilen lassen, die es ermöglichen, festzustellen, ob den Verpflichtungen, die sich aus diesem Dekret oder aufgrund dieses Dekrets ergeben, nachgekommen wird;

2. gemäß den von der Regierung festgelegten Einzelheiten bei den in Nummer 1 genannten Personen untersuchen.

Die Regierung bestellt vereidigte Bedienstete aus der Mitte des Auditorats, die befugt sind, Protokolle aufzusetzen. Diese Protokolle gelten bis zum Beweis des Gegenteils. Diese Bediensteten werden gemäß Artikel 572 des Gerichtsgesetzbuchs vereidigt.»

**Art. 71** - In Artikel 117.1 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird das Wort "Postproduktion" durch das Wort "Produktion" ersetzt.

**Art. 72** - Artikel 120 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "bei Verletzung der rundfunkrechtlichen Gesetze" und die Wortfolge "kann die Beschlusskammer" die Wortfolge ", insbesondere bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen gemäß Artikel 20.0 und 26.1 oder bei Verletzung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben," eingefügt.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge "nach Gutachten der Gutachtenkammer" durch die Wortfolge "sowie, bei Verletzung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben, dem BRF," ersetzt.

3. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "nach Anhörung" gestrichen.

4. In Absatz 1 Nummer 4 wird die Wortfolge "nach Anhörung" gestrichen.

5. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Bei Rückfall binnen einer Frist von fünf Jahren wird der Betrag der Ordnungsstrafe auf 5% des jährlichen Umsatzes ohne Steuern gesetzt. Die Ordnungsstrafe kann neben jeder anderen in diesem Artikel vorgesehenen Strafe angeordnet werden.»

**Art. 73** - Artikel 121 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 3 wird folgende Nummer 2.1 eingefügt:

«2.1 die Anordnung, wonach die Erbringung eines Dienstes oder eines Pakets von Diensten, die - wenn sie fortgeführt würden - zu einer spürbaren Beeinträchtigung des Wettbewerbs führen würden, bis zur Erfüllung der Zugangsverpflichtungen, die nach einer Marktanalyse gemäß Artikel 66 ff. auferlegt wurden, einzustellen oder aufzuschieben ist;»

2. § 2 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen können für den gesamten Zeitraum der Nichterfüllung angewendet werden, auch wenn in der Folge die Bedingungen bzw. Verpflichtungen erfüllt wurden.»

3. Zwischen § 2 und § 3, der zu § 4 wird, wird folgender § 3 eingefügt:

«§ 3 - Bei unmittelbarer und ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit oder beim Entstehen von ernsten wirtschaftlichen oder betrieblichen Problemen bei anderen Anbietern oder Nutzern elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste oder anderen Nutzern von Frequenzen kann die Beschlusskammer einstweilige Sofortmaßnahmen treffen. Das betreffende Unternehmen erhält anschließend angemessene Gelegenheit, seinen Standpunkt darzulegen und eine Lösung vorzuschlagen. Gegebenenfalls kann die Beschlusskammer die einstweiligen Maßnahmen bestätigen; diese können höchstens bis zu drei Monate gelten, können aber für den Fall, dass Vollstreckungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind, um einen weiteren Zeitraum von bis zu drei Monaten verlängert werden.»

**Art. 74** - Artikel 122 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 122 - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Vollstreckung.

Für die Verfolgung von in den Artikeln 120 und 121 genannten Ordnungswidrigkeiten ist das Auditorat gemäß Artikel 127.2 zuständig. Für die Ahndung der selbigen ist die Beschlusskammer zuständig.

Das Büro ist mit der Vollstreckung der Entscheidung der Beschlusskammer, einschließlich der Eintreibung der fälligen Ordnungsstrafen und mit der Vollstreckung der Beschlagnahme beauftragt. Vor Erstellung des Vollstreckungstitels fordert das Büro den Schuldner der Strafe per Einschreiben auf, die Ordnungsstrafe zu zahlen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, erstellt das Büro den Vollstreckungstitel binnen drei Monaten ab dieser Aufforderung. Der Vollstreckungstitel wird innerhalb von acht Tagen nach der Zustellung an den Schuldner der Strafe rechtskräftig. Der Gerichtsvollzieher nimmt die Vollstreckung gemäß den im Gerichtsgesetzbuch vorgesehenen Formen vor.

Die in Absatz 2 genannte Dreimonatsfrist ist nicht zur Vermeidung der Nichtigkeit vorgeschrieben. Die Durchführung des Vollstreckungstitels kann nur durch mit Gründen versehenen Einspruch mit Ladung ausgesetzt werden. Zur Vermeidung des Verfalls muss dieser Einspruch per Gerichtsvollzieherurkunde dem Kabinett des Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft binnen dem Monat der Zustellung des Vollstreckungstitels zugestellt werden. Die Rechtsklage wird beim Gericht, im Amtsbereich dessen der Schuldner seinen Gesellschaftssitz hat, eingereicht.

Die Ordnungsstrafen fließen in die Kasse der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»



**Art. 75** - Artikel 123 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 123 - Ausstrahlung ohne Anerkennung.

Wer wissentlich einen audiovisuellen Mediendienst bereitstellt oder eine Funkfrequenz nutzt, ohne sich angemeldet zu haben oder die in diesem Dekret vorgesehenen Anerkennungen oder Funkfrequenzzuteilung erhalten zu haben, oder wenn diese Anerkennungen oder Funkfrequenzzuteilung ausgesetzt oder entzogen wurden oder abgelaufen sind, wird mit einer Freiheitsstrafe von acht Tagen bis fünf Jahren und mit einer Geldbuße von mindestens 26 Euro oder einer dieser Strafen bestraft.»

**Art. 76** - Artikel 126 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 126 - Unzulässige Programme.

Wer wissentlich einen audiovisuellen Mediendienst bereitstellt, der gegen Artikel 4 verstößt, wird mit einer Freiheitsstrafe von acht Tagen bis fünf Jahren und mit einer Geldbuße von mindestens 26 Euro oder einer dieser Strafen bestraft.»

**Art. 77** - In Titel 7 desselben Dekrets wird nach Artikel 127 ein Abschnitt 3 mit der Überschrift "Abschnitt 3 - Zivilrechtliche Sanktionen" eingefügt.

**Art. 78** - In Abschnitt 3, eingefügt durch Artikel 77, wird folgender Artikel 127.1 eingefügt:

«Artikel 127.1 - Zivilrechtliche Sanktionen.

Unbeschadet der Zuständigkeit des Handelsgerichts kann dessen Präsident das Bestehen jeder in Artikel 125 genannten Handlung feststellen und deren Beendigung anordnen.

Die Rechtsklage wird eingeleitet und behandelt gemäß den Formen der einstweiligen Verfügung.

Es wird über die Rechtsklage entschieden ungeachtet jeder Verfolgung, die aufgrund derselben Tatbestände vor einer Strafgerichtsbarkeit geführt wird.

Das Urteil ist einstweilen vollstreckbar ungeachtet jeden Einspruchs und ohne Bürgschaft, es sei denn, der Richter hat angeordnet, selbige zu leisten.

Über die Beendigung der strittigen Handlung hinaus kann der Präsident des Handelsgerichts gemäß der ihm für geeignet gehaltenen Art und Weise die Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts oder von Teilen des Urteils auf Kosten des Zuwiderhandelnden anordnen.

Darüber hinaus kann der Zuwiderhandelnde mit der Beschlagnahme der rechtswidrigen Vorrichtungen oder gegebenenfalls, wenn er diese rechtswidrigen Vorrichtungen bereits veräußert hat, mit der Zahlung eines Betrags im Wert der rechtswidrigen Vorrichtungen, bestraft werden.»

**Art. 79** - In Titel 7 desselben Dekrets wird nach Abschnitt 3, eingefügt durch Artikel 77, ein Abschnitt 4 mit der Überschrift "Abschnitt 4 - Verfahrensvorschriften" eingefügt.

**Art. 80** - In Abschnitt 4, eingefügt durch Artikel 79, wird folgender Artikel 127.2 eingefügt:

«Artikel 127.2 - Verfahrensvorschriften.

§ 1 - Sobald eine Beschwerde oder eine Tat, die eine in Artikel 120 oder 121 genannte Verletzung oder Nichteinhaltung darstellen könnte, zur Kenntnis des Medienrates gelangt, leitet das Auditorat ein Verfahren ein und entscheidet über die Zulässigkeit der Akte.

Ist die Akte zulässig, führt das Auditorat die Verfolgung. Es kann die Verfolgung einstellen.

Regelmäßig unterrichtet das Auditorat die Beschlusskammer über die beim Medienrat eingereichten Akten.

Die Beschlusskammer kann die Entscheidungen des Auditorat über Nichtzulässigkeit und Einstellung der Verfolgung an sich nehmen.

Der Verfolgungsbericht wird der Beschlusskammer übermittelt.

§ 2 - Die Beschlusskammer teilt dem Zuwiderhandelnden ihre Klagegründe und den Verfolgungsbericht mit. Der Zuwiderhandelnde verfügt über einen Monat, um die Akte einzusehen und seine schriftlichen Bemerkungen vorzulegen.

§ 3 - Der Zuwiderhandelnde wird geladen, an dem vom Büro des Medienrates festgelegten und per Einschreiben mitgeteilten Datum zu erscheinen. Er kann sich vertreten lassen. Die Beschlusskammer kann jede Person, die nützlich zu ihrer Information beitragen kann, anhören.

§ 4 - Die Beschlusskammer gibt eine mit Gründen versehene Entscheidung binnen sechzig Tagen ab Schließung der Verhandlung ab. Diese wird per Einschreiben mitgeteilt. Die Beschlusskammer kann im Versäumniswege entscheiden.

§ 5 - Wird die Entscheidung im Versäumniswege gefällt, so kann der Zuwiderhandelnde Einspruch binnen fünfzehn Tagen ab dem Datum der Mitteilung der Entscheidung der Beschlusskammer per Einschreiben einlegen.

Ein neues Verhandlungsdatum wird festgelegt. Versäumt der Zuwiderhandelnde es, wieder zu erscheinen, kann er keinen Einspruch mehr einlegen.»

**Art. 81** - In Artikel 129 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

«Die Amtszeit der Mitglieder der Beschlusskammer und der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Gutachtenkammer, die zum 30. April 2011 im Amt waren, endet vier Jahre nach Zusammentritt dieser Mitglieder am 5. Mai 2010.»

**Art. 82** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 129.1 eingefügt:

«Artikel 129.1 - Überprüfung der Beschränkungen bestehender Rechte.

§ 1 - Während eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem 25. Mai 2011 können die Inhaber von Frequenznutzungsrechten, die vor diesem Datum gewährt wurden und nach diesem Datum für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ihre Gültigkeit behalten, bei der Beschlusskammer einen Antrag auf Überprüfung der Beschränkungen ihrer Rechte gemäß Artikel 49 §§ 4 und 5 stellen.

Bevor die Beschlusskammer eine Entscheidung trifft, unterrichtet sie den Inhaber der Rechte über die von ihr durchgeführte Überprüfung der Beschränkungen - unter Angabe des Umfangs des Rechts nach der Überprüfung - und gewährt ihm eine angemessene Frist, um seinen Antrag gegebenenfalls zurückzuziehen.

Zieht der Inhaber der Rechte seinen Antrag zurück, bleibt das Recht bis zum Ablauf seiner Geltungsdauer, längstens jedoch bis zum Ablauf des Fünfjahreszeitraums, unverändert, wobei der jeweils frühere Zeitpunkt maßgebend ist.

§ 2 - Nach Ablauf des in § 1 genannten Fünfjahreszeitraums ergreift die Beschlusskammer geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Artikel 49 §§ 4 und 5 für alle verbleibenden Allgemeingenehmigungen oder individuellen Nutzungsrechte und Funkfrequenzuteilungen für elektronische Kommunikationsdienste gilt, die am 25. Mai 2011 existierten.

§ 3 - Im Rahmen der Anwendung dieses Artikels ergreift die Beschlusskammer die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung eines lautereren Wettbewerbs.

§ 4 - Maßnahmen, die gemäß diesem Artikel erlassen werden, stellen keine Gewährung neuer Nutzungsrechte dar.»

**Art. 83** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 129.2 eingefügt:

«Artikel 129.2 - Bestehende Genehmigungen.

Unbeschadet des Artikels 129.1 werden am 31. Dezember 2009 bereits bestehende Allgemeingenehmigungen und individuelle Nutzungsrechte spätestens bis zum 19. Dezember 2011 mit den Artikeln 45 bis 61 in Einklang gebracht.

Führt die Anwendung von Absatz 1 zu einer Einschränkung der Rechte oder einer Erweiterung der bereits bestehenden Allgemeingenehmigungen und individuellen Nutzungsrechte, so wird die Gültigkeit dieser Genehmigungen und Rechte bis höchstens zum 30. September 2012 verlängert, sofern dies die Rechte, die andere Unternehmen aufgrund des Rechts der Europäischen Union genießen, nicht beeinträchtigt. Die Beschlusskammer teilt der Europäischen Kommission diese Verlängerungen unter Angabe der Gründe mit.»

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 13. Februar 2012

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden  
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus  
Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales  
H. MOLLERS

---

Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2011-2012*

*Nummerierte Dokumente:* 97 (2011-2012), Nr. 1 Dekretentwurf.

97 (2011-2012), Nr. 2 Abänderungsvorschläge.

97 (2011-2012), Nr. 3 Bericht.

*Ausführlicher Bericht:* 13. Februar 2012 - Nr. 34 Diskussion und Abstimmung.

---

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2012 — 1186

[2012/202065]

**13 FEVRIER 2012.** — **Décret modifiant, en matière de télécommunications, les règles de droit contenues dans le décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Ce décret transpose la Directive 2009/136/CE du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2009 modifiant la Directive 2002/22/CE concernant le service universel et les droits des utilisateurs au regard des réseaux et services de communications électronique, la Directive 2002/58/CE concernant le traitement des données à caractère personnel et la protection de la vie privée dans le secteur des communications électroniques et le Règlement (CE) n° 2006/2004 relatif à la coopération entre les autorités nationales chargées de veiller à l'application de la législation en matière de protection des consommateurs et la Directive 2009/140/CE du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2009 modifiant les Directives 2002/21/CE relative à un cadre réglementaire commun pour les réseaux et services de communications électroniques, 2002/19/CE relative à l'accès aux réseaux de communications électroniques et aux ressources associées, ainsi qu'à leur interconnexion, et 2002/20/CE relative à l'autorisation des réseaux et services de communications électroniques.

**Art. 2.** A l'article 2 du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 8°, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les mots " - y compris les éléments de réseau qui ne sont pas actifs -" sont insérés entre les mots "autres ressources" et les mots "qui permettent";

2° il est inséré un 18.1, rédigé comme suit :

« 18.1 brouillage préjudiciable : le brouillage qui compromet le fonctionnement d'un service de radionavigation ou d'autres services de sécurité ou qui, de toute autre manière, altère gravement, entrave ou interrompt de façon répétée le fonctionnement d'un service de radiocommunications opérant conformément à la réglementation internationale, communautaire ou nationale applicable; »

3° il est inséré un 18.2, rédigé comme suit :

« 18.2 ORECE : l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques installé conformément au Règlement (CE) n° 1211/2009 du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2009 établissant l'organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE) et l'Office; »;

4° le 25° est remplacé par ce qui suit :

« 25° marchés transnationaux : les marchés définis par la Commission européenne, qui couvrent l'Union européenne ou une partie importante de celle-ci s'étendant sur plus d'un Etat membre; »;

5° il est inséré un 27.1.1, rédigé comme suit :

« 27.1.1 point de terminaison du réseau (PTR) : point physique par lequel un abonné obtient l'accès à un réseau de communications public; dans le cas de réseaux utilisant la commutation et l'acheminement, le PTR est identifié par une adresse réseau spécifique qui peut être rattachée au numéro ou au nom de l'abonné; »;

6° le 31° est remplacé par ce qui suit :

« 31° réseau de communications public : un réseau de communications électroniques utilisé entièrement ou principalement pour la fourniture de services de communications électroniques accessibles au public permettant la transmission d'informations entre les points de terminaison du réseau; »;

7° le 44° est remplacé par ce qui suit :

« 44° accès : la mise à la disposition d'une autre entreprise, dans des conditions bien définies et de manière exclusive ou non exclusive, de ressources et/ou de services en vue de la fourniture de services de communications électroniques, dans la mesure où ils servent à la fourniture de services de la société de l'information ou de contenu radiodiffusé. Cela couvre notamment : l'accès à des éléments de réseaux et à des ressources associées et éventuellement à la connexion des équipements par des moyens fixes ou non (cela comprend en particulier l'accès à la boucle locale ainsi qu'aux ressources et services nécessaires à la fourniture de services par la boucle locale); l'accès à l'infrastructure physique, y compris aux bâtiments, gaines et pylônes; l'accès aux systèmes logiciels pertinents, y compris aux systèmes d'assistance à l'exploitation; l'accès aux systèmes d'information ou aux bases de données pour la préparation de commandes, l'approvisionnement, la commande, les demandes de maintenance et de réparation et la facturation; l'accès aux systèmes d'accès conditionnel pour les services de télévision numérique et l'accès aux services de réseaux virtuels; »;

8° il est inséré un 45.1, rédigé comme suit :

« 45.1 services associés : les services associés à un réseau de communications électroniques et/ou à un service de communications électroniques, qui permettent et/ou soutiennent la fourniture de services via ce réseau et/ou ce service ou en ont le potentiel, et comprennent notamment la conversion du numéro d'appel ou des systèmes offrant des fonctionnalités équivalentes, les systèmes d'accès conditionnel et les guides électroniques de programmes, ainsi que d'autres services tels que ceux relatifs à l'identité, l'emplacement et l'occupation; »;

9° le 46° est remplacé par ce qui suit :

« 46° ressources associées : les services associés, infrastructures physiques et autres ressources ou éléments associés à un réseau de communications électroniques et/ou à un service de communications électroniques, qui permettent et/ou soutiennent la fourniture de services via ce réseau et/ou ce service ou en ont le potentiel, et comprennent, entre autres, les bâtiments ou accès aux bâtiments, le câblage des bâtiments, les antennes, tours et autres constructions de soutien, les gaines, conduites, pylônes, trous de visite et boîtiers; ».

**Art. 3.** Après l'article 5.1 du même décret, il est inséré un article 5.2, rédigé comme suit :

« Article 5.2. Obligation d'enregistrement et droit de consultation.

Les programmes doivent être enregistrés entièrement et conservés par les fournisseurs de services de médias audiovisuels. Par dérogation, lorsqu'il s'agit de programmes diffusés en utilisant un enregistrement ou un film, l'enregistrement ou le film peut être conservé ou son remplacement garanti.

Les obligations mentionnées au premier alinéa prennent fin trois mois après le jour de la diffusion. Si, durant ce délai, un programme est contesté, les obligations ne prennent fin que lorsque la contestation a été levée par décision judiciaire coulée en force de chose jugée ou par médiation.

Durant les délais prévus au deuxième alinéa, le Conseil des médias peut en tout temps consulter gratuitement des plages de programmes, des enregistrements et des films ou se les faire expédier gratuitement.

Quiconque rend vraisemblable par écrit qu'il est porté atteinte à ses droits peut, durant les délais prévus au deuxième alinéa, exiger du fournisseur de services de médias de pouvoir consulter les plages de programmes, les enregistrements et les films. Les enregistrements, extraits ou copies d'enregistrements ou de films doivent lui être expédiés contre paiement du prix de revient. »

**Art. 4.** A l'article 6.1, § 1<sup>er</sup>, du même décret, inséré par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° la première phrase est remplacée par ce qui suit : "Les communications commerciales audiovisuelles doivent être aisément identifiables comme telles et pouvoir être distinguées du contenu éditorial.";

2° la phrase suivante est insérée entre la première et la deuxième, qui devient la troisième :

« Elles doivent être séparées du reste du programme par des moyens optiques et/ou acoustiques. »

**Art. 5.** Dans le titre 3 du même décret, avant l'article 20.1, il est inséré un article 20.0, rédigé comme suit :

« Article 20.0. Garantie de la diversité d'opinions.

§ 1<sup>er</sup>. L'exercice d'une position dominante dans le secteur audiovisuel par un fournisseur de services de médias audiovisuels ou par plusieurs de ceux-ci au capital desquels un actionnaire commun participe directement ou indirectement, ne peut porter atteinte à la liberté du public d'accéder à une offre pluraliste dans les services de médias audiovisuels.

Par "offre pluraliste", il faut entendre une offre médiatique à travers une pluralité de médias indépendants et autonomes reflétant la diversité la plus large possible d'opinions.

§ 2. Si la chambre décisionnelle constate qu'une entreprise exerce une position dominante sur le marché, elle examine le pluralisme de l'offre dans les services de médias audiovisuels proposés par les fournisseurs mentionnés au § 1<sup>er</sup>.

Une position dominante sur le marché est notamment supposée :

1° lorsqu'une personne physique ou morale détenant plus de 24 % du capital d'un fournisseur de services télévisuels détient, directement ou indirectement, plus de 24 % du capital d'un autre fournisseur de services télévisuels de la Communauté germanophone;

2° lorsqu'une personne physique ou morale détenant plus de 24 % du capital d'un fournisseur de services sonores détient, directement ou indirectement, plus de 24 % du capital d'un autre fournisseur de services sonores de la Communauté germanophone;

3° lorsque l'audience cumulée de plusieurs fournisseurs de services télévisuels atteint 20 % de l'audience totale des fournisseurs de services télévisuels de la Communauté germanophone et que ces fournisseurs de services télévisuels sont détenus directement ou indirectement, majoritairement ou minoritairement, par une même personne physique ou morale;

4° lorsqu'un fournisseur de services télévisuels utilise plus d'un quart des radiofréquences prévues pour les services télévisuels privés;

5° lorsque l'audience cumulée de plusieurs fournisseurs de services sonores atteint 20 % de l'audience totale des fournisseurs de services sonores de la Communauté germanophone et que ces fournisseurs de services sonores sont détenus directement ou indirectement, majoritairement ou minoritairement, par une même personne physique ou morale;

6° lorsqu'un fournisseur de services sonores utilise plus d'un quart des radiofréquences prévues pour les services sonores privés.

§ 3. Si la chambre décisionnelle constate une atteinte à la liberté du public d'accéder à une offre pluraliste de services de médias audiovisuels, elle notifie ses griefs aux intéressés et engage avec eux une concertation afin de convenir de mesures permettant le respect du pluralisme de l'offre.

§ 4. Si la concertation n'aboutit pas, dans un délai de six mois, à la conclusion d'un accord sur les mesures qui permettent de respecter la pluralité de l'offre conformément au § 3 ou si les mesures ne sont pas respectées, la chambre décisionnelle peut infliger des sanctions conformément à l'article 120.

§ 5. A cette fin, la chambre décisionnelle peut consulter les autorités compétentes en matière de concurrence. »

**Art. 6.** Dans l'article 21, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, la deuxième phrase est remplacée par la phrase suivante :

« L'agrégation est octroyée pour neuf ans. »

**Art. 7.** A l'article 24, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, les mots "les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création" sont remplacés par les mots "un plan financier triennal";

2° le 7° est remplacé par ce qui suit : la grille hebdomadaire des programmes projetée.

**Art. 8.** Dans l'article 26, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° la grille hebdomadaire des programmes, ainsi que les données relatives aux rediffusions, aux parties de programmes fournies et ininterrompues; ».

**Art. 9.** Dans le titre 3, chapitre 2, du même décret, il est inséré un article 26.1, rédigé comme suit :

« Article 26.1. Droit de diffusion obligatoire pour les services télévisuels linéaires.

§ 1<sup>er</sup>. Le Gouvernement peut accorder à un fournisseur de services de médias audiovisuels le droit de diffusion obligatoire pour un ou plusieurs de ses services télévisuels linéaires. L'attribution de ce droit suppose que le Gouvernement conclut une convention avec le fournisseur de services de médias. Conformément à l'article 81, § 1<sup>er</sup>, 2°, ce droit peut être invoqué à l'égard des exploitants de réseaux câblés dont les réseaux sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels.

§ 2. Le droit de diffusion obligatoire est demandé au Gouvernement par recommandé. Le Gouvernement accuse réception de la demande dans les trente jours. Le Gouvernement transmet la demande et le projet d'accord à la chambre décisionnelle. La chambre décisionnelle émet un avis dans les soixante jours.

§ 3. Le droit de diffusion obligatoire d'un service télévisuel linéaire ne peut être octroyé que lorsque ce service remplit au moins les conditions suivantes :

1° au-delà des dispositions de l'article 12, § 3, illustrer le patrimoine de la Communauté germanophone, en particulier le patrimoine culturel;

2° offrir quotidiennement un nombre minimal d'heures de programmes, le programme ne pouvant être constitué exclusivement de rediffusions;

3° offrir quotidiennement au moins une émission d'information générale.

§ 4. La convention visée au § 1<sup>er</sup> fixe les détails quant aux obligations mentionnées au § 3. Elle peut prévoir des obligations plus larges lorsque le format et la nature des services télévisuels linéaires l'imposent.

§ 5. Le fournisseur de services télévisuels linéaires auquel un droit de diffusion obligatoire a été accordé indique dans le rapport d'activités visé à l'article 26 comment il a rempli les obligations mentionnées dans la convention.

§ 6. Le fournisseur de services télévisuels linéaires auquel un droit de diffusion obligatoire a été octroyé doit diffuser le service concerné au plus tard six mois après octroi du droit."

**Art. 10.** L'article 28, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est complété par la phrase suivante :

« Sous réserve de l'article 33, l'agrément est octroyé pour neuf ans. »

**Art. 11.** A l'article 30, § 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots "établissements de diffusion et de production" sont remplacés par les mots "établissements de diffusion";

2° dans le 5°, les mots "aux agents du Ministère de la Communauté germanophone" sont remplacés par les mots "au Conseil des médias".

**Art. 12.** A l'article 34, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, les mots "les bilans et comptes annuels des trois derniers exercices ou à partir de la création" sont remplacés par les mots "un plan financier triennal";

2° dans le 5°, les mots "l'implantation géographique des installations de production" sont remplacés par les mots "la mention de l'adresse du siège social et du siège d'exploitation du demandeur";

3° le 7° est remplacé par ce qui suit : la grille hebdomadaire des programmes projetée";

4° le 11° est remplacé par ce qui suit :

« 11° lorsque sont diffusés des programmes d'actualités, la description du système d'information prévu ainsi que, le cas échéant, la preuve que le demandeur occupe des journalistes ou l'obligation d'en occuper à partir de l'octroi de l'agrément. Par "journalistes", l'on entend conformément à la loi du 30 décembre 1963 relative à la reconnaissance et à la protection du titre de journaliste, les journalistes professionnels reconnus ou des personnes travaillant dans des conditions qui permettent de le devenir. »

**Art. 13.** L'article 35 du même décret, abrogé par le décret du 3 décembre 2009, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Article 35. Critères.

La chambre décisionnelle veille à garantir la diversité du paysage radiophonique et à l'équilibre entre les différents formats radiophoniques en ce qui concerne l'offre musicale, culturelle et informative.

Elle apprécie les demandes d'agrément conformément à l'article 27.2, en tenant compte des critères suivants :

1° la manière dont les demandeurs s'engagent à répondre aux exigences découlant des articles 30 à 33, relatives notamment aux parties de programmes concernant la Communauté germanophone et ses communes;

2° la pertinence du plan financier visé à l'article 34, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°;

3° l'originalité et le caractère novateur de la demande;

4° la part de la production réalisée en Communauté germanophone;

5° l'expérience acquise par le demandeur dans le secteur radiophonique;

6° la viabilité économique du projet;

7° la garantie de la diversité d'opinions au sens de l'article 20.0;

8° l'utilisation de fréquences de manière efficace et sans interférences, sans objection de la part de l'Institut belge des Postes et Télécommunications;

9° les objectifs mentionnés à l'article 89. »

**Art. 14.** A l'article 36 du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots "du Gouvernement" sont remplacés par les mots "de la chambre décisionnelle";

2° l'article est complété par un alinéa, rédigé comme suit :

« La chambre décisionnelle fixe la date à laquelle le rapport doit lui être remis. »

**Art. 15.** L'article 44 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Modification de droits et d'obligations.

Si la chambre décisionnelle envisage de modifier les droits, conditions et procédures relatifs à l'autorisation générale, aux droits d'utilisation ou aux droits de mise en place de ressources, elle donne l'occasion aux parties prenantes, y compris les utilisateurs et les consommateurs, de prendre position dans un délai minimal de quatre semaines. Lors de circonstances particulières, le délai peut être réduit. Des modifications ne peuvent intervenir que dans des cas objectivement motivés et dans le respect de la proportionnalité. Ceci ne porte pas préjudice à la faculté de procéder à des modifications minimales, concertées avec le titulaire des droits ou de l'autorisation générale.

Les droits de mise en place de ressources ou les droits d'utilisation de radiofréquences ne peuvent être limités ou retirés avant l'expiration du terme pour lequel ils ont été accordés que dans des cas motivés. »

**Art. 16.** A l'article 46 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots "et au Gouvernement" sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa, rédigé comme suit :

« Les entreprises fournissant des services de communications électroniques transfrontaliers à des entreprises installées en Belgique et dans un ou plusieurs Etats membres ne sont tenues de soumettre qu'une seule notification en Belgique ».

**Art. 17.** L'article 48, alinéa 2, du même décret est complété par un 3°, rédigé comme suit :

« 3° l'indication des critères et procédures selon lesquels des obligations particulières peuvent être imposées aux différentes entreprises conformément à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 18.** A l'article 49 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> devient le § 1<sup>er</sup>;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots "plan de radiofréquences" sont remplacés par les mots "plan des radiofréquences pouvant être attribuées aux différents services de médias audiovisuels";

3° dans le § 1<sup>er</sup>, la première phrase est complétée par les mots "ainsi que du plan fédéral de répartition entre les bandes de fréquences civiles et militaires";

4° dans le § 1<sup>er</sup>, la deuxième phrase est complétée par les mots "et supranationales";

5° l'article est complété par les §§ 2 à 7, rédigés comme suit :

« § 2. Dans le respect de la compétence de l'autorité fédérale, la chambre décisionnelle coopère avec les instances nationales et étrangères compétentes et avec la Commission européenne lors de la planification stratégique, la coordination et l'harmonisation de l'utilisation de radiofréquences dans l'Union européenne, dans la mesure où ces radiofréquences servent à transmettre des signaux de services de médias audiovisuels. A cette fin, elle prend notamment en considération les aspects économiques, de sécurité, sanitaires, d'intérêt public, de liberté d'expression, culturels, scientifiques, sociaux et techniques des politiques de l'Union européenne ainsi que les différents intérêts des communautés d'utilisateurs du spectre radioélectrique dans le but d'optimiser l'utilisation de ce dernier et d'éviter le brouillage préjudiciable.

§ 3. En coopérant avec les autres Etats membres ainsi qu'avec la Commission européenne, la chambre décisionnelle promeut, dans la mesure où les radiofréquences servent à transmettre des signaux de services de médias audiovisuels, la coordination des politiques à l'égard du spectre radioélectrique dans l'Union européenne et, le cas échéant, la mise en place de conditions harmonisées concernant la disponibilité et l'utilisation efficace du spectre radioélectrique nécessaires à l'établissement et au fonctionnement du marché intérieur européen des communications électroniques.

§ 4. La chambre décisionnelle veille à ce que tous les types de technologies utilisés pour les services de communications électroniques puissent être utilisés dans les bandes de fréquences déclarées disponibles pour les services de communications électroniques conformément au droit de l'Union européenne.

La chambre décisionnelle peut toutefois prévoir des restrictions proportionnées et non discriminatoires aux types de réseau de radiocommunications et de technologie sans fil utilisés pour les services de communications électroniques si cela est nécessaire pour :

- 1° éviter le brouillage préjudiciable;
- 2° protéger la santé publique contre les champs électromagnétiques;
- 3° assurer la qualité technique du service;
- 4° optimiser le partage des radiofréquences;
- 5° préserver l'efficacité de l'utilisation du spectre, ou
- 6° réaliser un objectif d'intérêt général conformément au § 5.

§ 5. La chambre décisionnelle veille à ce que tous les types de services de communications électroniques puissent être utilisés dans les bandes de fréquences déclarées disponibles pour les services de communications électroniques dans le plan national d'attribution des fréquences conformément au droit de l'Union. La chambre décisionnelle peut toutefois prévoir des restrictions proportionnées et non discriminatoires aux types de services de communications électroniques à fournir, y compris, si nécessaire, pour satisfaire à une exigence du règlement des radiocommunications de l'UIT.

Les mesures imposant qu'un service de communications électroniques soit fourni dans une bande de fréquences spécifique disponible pour les services de communications électroniques se justifient par la nécessité d'assurer la réalisation d'un objectif d'intérêt général tel que défini par les Etats membres conformément au droit de l'Union, tel que notamment, mais non exclusivement :

- 1° la sauvegarde de la vie humaine;
- 2° la promotion de la cohésion sociale, régionale ou territoriale;
- 3° l'évitement d'une utilisation inefficace des radiofréquences; ou
- 4° la promotion de la diversité culturelle et linguistique ainsi que du pluralisme des médias, par exemple par la fourniture de services de radiodiffusion sonore et télévisuelle.

Une mesure interdisant la fourniture de tout autre service de communications électroniques dans une bande de fréquences spécifique ne peut être prise que si elle se justifie par la nécessité de protéger des services visant à assurer la sauvegarde de la vie humaine. La chambre décisionnelle peut en outre étendre exceptionnellement la portée d'une telle mesure pour atteindre d'autres objectifs d'intérêt général, déterminés par d'autres Etats membres conformément au droit de l'Union.

§ 6. La chambre décisionnelle réexamine régulièrement la nécessité des restrictions visées aux §§ 4 et 5 et rend publics les résultats de ces réexamens.

§ 7. Les §§ 4 et 5 s'appliquent au spectre attribué aux fins des services de communications électroniques, ainsi qu'aux autorisations générales et aux droits individuels d'utilisation des radiofréquences octroyés après le 25 mai 2011.

Les attributions de fréquences, les autorisations générales et les droits individuels d'utilisation existant à la date du 25 mai 2011 sont soumis à l'article 129.1."

**Art. 19.** L'article 50, alinéa 3, du même décret est complété par la phrase suivante :

« En outre, dans le cadre de l'attribution d'une ou plusieurs radiofréquences à un fournisseur de services de médias, aucune autre radiofréquence n'est attribuée pour un système d'alimentation d'une antenne. »

**Art. 20.** A l'article 53, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, les mots "de production et" sont abrogés;

2° le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° le type et les caractéristiques de l'antenne ou des antennes, y compris le gain d'antenne en dBd, le diagramme de directivité ainsi que la description détaillée de l'antenne (nombre de dipôles, nombre et nature des éléments); »;

3° le 6° est complété par les mots "avec indication de l'atténuation en dB;";

4° il est inséré un 6.1, rédigé comme suit :

« 6.1. le type de tout élément d'alimentation de l'antenne inséré entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne; »;

5° dans le 7°, les mots "permis d'exploitation" sont remplacés par les mots "permis d'exploitation visé par la législation sur l'urbanisme";

6° le 8° est complété par les mots "exprimée en watts;".

**Art. 21.** L'article 55 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 55. Cession ou location de droits d'utilisation de radiofréquences.

La cession ou la location de droits individuels d'utilisation de radiofréquences sont interdites. »

**Art. 22.** L'article 60 du même décret est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« La chambre décisionnelle transmet une copie de l'attribution de radiofréquences à l'Institut belge des Postes et Télécommunications.

Le titre d'attribution mentionne :

1° la dénomination du service de médias;

2° le nom du titulaire;

3° l'adresse du siège social du titulaire;

4° la ou les radiofréquence(s) attribuée(s);

5° la déviation de fréquence par fréquence;

6° le cas échéant, la liste des radiofréquences mises à disposition dans le cadre d'un contrat de gestion ou de tout autre contrat similaire ainsi que le nom du ou des prestataire(s) de services techniques;

7° le cas échéant, l'adresse du siège social du ou des prestataire(s) de services techniques;

8° le mode d'utilisation;

9° les coordonnées géographiques, en longitude et latitude, du ou des lieu(x) d'implantation des antennes, en utilisant le système géodésique mondial WGS-84;

10° la puissance de rayonnement maximale produite par l'antenne, exprimée en watts, et les limitations imposées;

11° la hauteur de l'antenne ou, le cas échéant, la hauteur du milieu de l'antenne;

12° la date de prise d'effet de l'attribution;

13° l'adresse des sièges d'exploitation et des studios;

14° la puissance de sortie maximale autorisée de l'émetteur, exprimée en watts;

15° le type et les caractéristiques de l'antenne ou des antennes, y compris la direction de rayonnement principal, le gain d'antenne en dBd, le diagramme de directivité ainsi que la description détaillée de l'antenne (nombre de dipôles, nombre et nature des éléments);

16° le type et la longueur du câble de connexion entre l'émetteur et l'antenne, avec indication de l'atténuation en dB;

17° le type de tout élément d'alimentation de l'antenne inséré entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne;

18° la perte totale en alimentation de l'antenne entre la sortie de l'émetteur et l'entrée de l'antenne, exprimée en dB."

**Art. 23.** Dans le même décret, il est inséré un article 60.1, rédigé comme suit :

« Article 60.1. Modification de l'attribution de radiofréquences.

Toute modification du lieu de diffusion, de la radiofréquence attribuée ou de la hauteur d'antenne, ou toute augmentation de la puissance effectivement émise doit être demandée par écrit au Conseil des médias en indiquant les motifs, et nécessite l'approbation préalable de la chambre décisionnelle. La demande est examinée pour voir si elle est techniquement compatible. Si ce n'est pas le cas, la demande est rejetée.

Préalablement à l'examen de toute demande, le demandeur acquitte un droit de calcul de 125 euros. Ce droit est indexé annuellement sur la base de l'indice des prix à la consommation. Ce droit n'est pas prélevé lorsque le calcul découle de l'obligation faite à un fournisseur de services de médias d'adapter un émetteur radio existant aux caractéristiques techniques fixées par la chambre décisionnelle. Le droit n'est pas prélevé lorsque le même processus d'adaptation requiert un second calcul. Le Gouvernement peut modifier le montant du droit de calcul. »

**Art. 24.** A l'article 61, § 1<sup>er</sup>, du même décret les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 3° est abrogé;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le retrait sera déclaré par recommandé en indiquant le délai de prise d'effet. »

**Art. 25.** L'article 61bis du même décret, abrogé par le décret du 3 décembre 2009, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Article 61bis. Caducité de l'attribution de radiofréquences.

L'attribution de radiofréquences devient caduque lorsque les fréquences ne sont pas ou n'ont plus été utilisées depuis plus d'un an ou lorsque le détenteur se voit attribuer, pour le même programme, une nouvelle radiofréquence qui remplace l'ancienne. »

**Art. 26.** A l'article 63 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, la phrase "Cette autorité devra statuer dans les trois mois de la date d'envoi de ces documents et donner notification de sa décision à la personne concernée." est remplacée par la phrase "Sauf dans le cas d'expropriations, cette autorité devra statuer dans les six mois de la date d'envoi de ces documents et donner notification de sa décision à la personne concernée.";

2° dans le § 5, le mot "publics" est inséré entre les mots "de réseaux" et les mots "de communications" et les mots "accessibles au public" sont insérés entre les mots "de communications électroniques" et les mots ", opèrent une distinction".

**Art. 27.** L'article 64 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 64. Colocalisation et partage des éléments de réseaux et des ressources associées par des fournisseurs de réseaux de communications électroniques.

§ 1<sup>er</sup>. Lorsqu'une entreprise fournissant des réseaux de communications électroniques a le droit, en vertu de la législation nationale, de mettre en place des ressources sur, au-dessus ou au-dessous de propriétés publiques ou privées, ou peut bénéficier d'une procédure d'expropriation ou d'utilisation d'un bien foncier, la chambre décisionnelle, tenant pleinement compte du principe de proportionnalité, peut imposer le partage de ces ressources ou de ce bien foncier, notamment des bâtiments, des accès aux bâtiments, du câblage des bâtiments, des pylônes, antennes, tours et autres constructions de soutènement, gaines, conduites, trous de visite et boîtiers.

§ 2. Les titulaires des droits visés au § 1<sup>er</sup> peuvent se voir imposer de partager des ressources ou des biens fonciers (y compris la colocalisation physique) ou de prendre des mesures visant à faciliter la coordination de travaux publics pour protéger l'environnement, la santé publique ou la sécurité publique, ou pour réaliser des objectifs d'urbanisme ou d'aménagement du territoire, et uniquement après une période de consultation publique appropriée au cours de laquelle toutes les parties intéressées ont la possibilité de donner leur avis. Ces arrangements en matière de partage ou de coordination peuvent inclure des règles de répartition des coûts du partage de la ressource ou du bien foncier.

§ 3. La chambre décisionnelle est dotée des compétences permettant d'imposer aux titulaires des droits visés au § 1<sup>er</sup> et/ou au propriétaire de ce câblage, après une période appropriée de consultation publique pendant laquelle toutes les parties intéressées ont la possibilité d'exposer leurs points de vue, de partager du câblage à l'intérieur des bâtiments ou jusqu'au premier point de concentration ou de distribution s'il est situé à l'extérieur du bâtiment, lorsque cela est justifié par le fait que le doublement de cette infrastructure serait économiquement inefficace ou physiquement irréalisable. De tels accords de partage ou de coordination peuvent inclure une réglementation concernant la répartition des coûts du partage des ressources ou des biens fonciers, adaptés le cas échéant en fonction des risques.

§ 4. La chambre décisionnelle peut exiger que les entreprises fournissent les informations nécessaires pour qu'elle puisse établir, en collaboration avec d'autres autorités réglementaires nationales, un inventaire détaillé de la nature, de la disponibilité et de l'emplacement des ressources visées au § 1<sup>er</sup> et le mettre ensuite à la disposition des parties intéressées.

§ 5. Les mesures prises par la chambre décisionnelle conformément au présent article sont objectives, transparentes, non discriminatoires et proportionnées.

Lorsque cela est pertinent, ces mesures sont exécutées en coopération avec les autorités locales. »

**Art. 28.** L'article 65 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 65. Définition de marché.

Après adoption par la Commission européenne - conformément à l'article 15, § 1<sup>er</sup>, de la Directive 2002/21/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 mars 2002 relative à un cadre réglementaire commun pour les réseaux et services de communications électroniques (directive "cadre") - de sa recommandation sur les marchés pertinents de produits et de services ou de sa mise à jour éventuelle, ou si les circonstances du marché en Communauté germanophone l'exigent, la chambre décisionnelle détermine les marchés pertinents qui entrent en ligne de compte pour une régulation en vertu de ce chapitre, et ce dans le respect des principes du droit de la concurrence et - si elle déroge aux marchés déterminés dans la recommandation - après avoir effectué les consultations prévues à l'article 103. »

**Art. 29.** A l'article 66 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, la troisième phrase est remplacée par ce qui suit : "Lors de l'examen, la chambre décisionnelle tient le plus grand compte des marchés déterminés dans la recommandation que la Commission européenne a adoptée conformément à l'article 15, § 1<sup>er</sup>, de la directive-cadre et des critères établis dans les lignes directrices de la Commission sur l'analyse des marchés et l'évaluation de la puissance sur le marché.";

2° le troisième alinéa est remplacé par ce qui suit :

« Si une entreprise dispose d'une puissance significative sur un marché pertinent (le premier marché), elle peut aussi être considérée comme disposant d'une puissance significative sur un marché voisin considéré comme pertinent au sens de l'article 65 (le second marché). C'est le cas lorsque les relations entre les deux marchés permettent de transposer la puissance du premier au second et de renforcer ainsi la puissance totale de l'entreprise. Par conséquent, des mesures visant à prévenir cet effet de levier peuvent être appliquées sur le second marché conformément aux articles 72.1, 72.2, 72.3 et 72.5; lorsque ces mesures se révèlent insuffisantes, des mesures conformes aux dispositions de l'article 69 peuvent être imposées. »



**Art. 30.** A l'article 68 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 4, le chiffre "2" est remplacé par le chiffre "3";

2° l'alinéa 4 est complété par la phrase suivante :

« La chambre décisionnelle notifie le projet de mesure conformément à l'article 103 :

1° dans les trois ans suivant l'adoption d'une précédente mesure concernant ce marché. Ce délai peut toutefois, à titre exceptionnel, être prolongé jusqu'à trois ans supplémentaires lorsque la chambre décisionnelle a notifié à la Commission une proposition motivée de prolongation et que cette dernière n'y a pas opposé d'objection dans le mois suivant la notification ou

2° dans les deux ans suivant l'adoption d'une recommandation révisée sur les marchés pertinents pour les marchés qui n'ont pas été préalablement notifiés à la Commission européenne. »;

3° l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 4 et 5 :

« Lorsque la chambre décisionnelle n'a pas achevé son analyse du marché pertinent recensé dans la recommandation dans le délai fixé à l'alinéa 4, elle peut demander à l'ORECE de lui fournir une assistance en vue d'achever l'analyse du marché pertinent et des obligations spécifiques à imposer. Avec cette assistance, la chambre décisionnelle notifie le projet de mesure à la Commission européenne dans les six mois, conformément à l'article 103. »

**Art. 31.** L'article 69, alinéa 2, du même décret est abrogé.

**Art. 32.** L'article 70 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Obligation de négocier.

Afin de garantir la fourniture de services et l'interopérabilité, tout opérateur enregistré d'un réseau de communications public est autorisé et, sur demande, obligé de négocier l'interconnexion avec d'autres opérateurs de réseaux de communications publics qui, au sein de l'Union européenne, remplissent les conditions pour fournir des services ou réseaux de communications.

Les opérateurs offrent l'accès et l'interconnexion aux entreprises à conditions compatibles avec les obligations imposées par la chambre décisionnelle. »

**Art. 33.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.1, rédigé comme suit :

« Article 72.1. Obligations de transparence.

Les obligations de transparence visées à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, peuvent se rapporter à certaines informations, p.ex. les informations comptables, les spécifications techniques, les caractéristiques du réseau, les conditions de fourniture et d'utilisation - y compris toutes les conditions limitant l'accès aux services et applications ou leur utilisation, dans la mesure où de telles conditions sont autorisées conformément au droit de l'Union européenne - et les prix.

La chambre décisionnelle peut notamment imposer, aux opérateurs ayant des obligations de non-discrimination, de publier une offre de référence, qui soit suffisamment détaillée pour garantir que les entreprises ne payent pour des ressources qui ne sont pas nécessaires pour le service demandé, comprenant une description des offres pertinentes réparties en divers éléments selon les besoins du marché, accompagnée des modalités et conditions correspondantes, y compris des prix. La chambre décisionnelle a notamment le pouvoir d'imposer des modifications aux offres de référence afin de donner effet aux obligations imposées en vertu de ce décret.

La chambre décisionnelle peut préciser les informations à fournir, le niveau de détail requis et le mode de publication.

Nonobstant l'alinéa 3, la chambre décisionnelle veille à la publication d'une offre de référence lorsqu'un opérateur est soumis à des obligations au titre de l'article 72.4 concernant l'accès de gros aux infrastructures de réseaux. »

**Art. 34.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.2, rédigé comme suit :

« Article 72.2. Obligations de non-discrimination.

Les obligations de non-discrimination mentionnées à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, garantissent entre autres que l'opérateur concerné applique des conditions équivalentes dans des circonstances équivalentes aux autres entreprises fournissant des services équivalents, et qu'il fournisse aux autres des services et informations dans les mêmes conditions et avec la même qualité que ceux qu'il assure pour ses propres services ou pour ceux de ses filiales ou partenaires. »

**Art. 35.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.3, rédigé comme suit :

« Article 72.3. Obligation de séparation comptable.

Lors de l'imposition des obligations mentionnées à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, la chambre décisionnelle peut notamment obliger une entreprise intégrée verticalement à rendre ses prix de gros et ses prix de transferts internes transparents, entre autres pour garantir le respect de l'obligation de non-discrimination prévue à l'article 72.2 ou, en cas de nécessité, pour empêcher des subventions croisées abusives. La chambre décisionnelle peut spécifier le format et les méthodologies comptables à utiliser.

Afin de faciliter la vérification du respect des obligations de transparence et de non discrimination, la chambre décisionnelle peut exiger que les documents comptables, y compris les données concernant les recettes provenant de tiers, lui soient fournis si elle en fait la demande, et ce nonobstant les articles 101, 104, 105, 106 et 107. La chambre décisionnelle peut publier ces informations dans la mesure où elles contribuent à l'instauration d'un marché ouvert et concurrentiel, dans le respect des dispositions relatives aux secrets commerciaux. »

**Art. 36.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.4, rédigé comme suit :

« Article 72.4. Obligations relatives à l'accès à des ressources de réseau spécifiques et à leur utilisation.

§ 1<sup>er</sup>. Conformément à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, la chambre décisionnelle peut imposer à des opérateurs l'obligation de satisfaire les demandes raisonnables d'accès à des éléments de réseau spécifiques et à des ressources associées et d'en autoriser l'utilisation, notamment lorsqu'elle considère qu'un refus d'octroi de l'accès ou des modalités et conditions déraisonnables ayant un effet similaire empêcheraient l'émergence d'un marché de détail concurrentiel durable, ou risqueraient d'être préjudiciables à l'utilisateur final.

Les opérateurs peuvent notamment se voir imposer :

1° d'accorder à des tiers l'accès à des éléments et/ou ressources de réseau spécifiques, y compris l'accès à des éléments de réseau qui ne sont pas actifs et/ou l'accès dégroupé à la boucle locale, notamment afin de permettre la sélection et/ou présélection des opérateurs et/ou l'offre de revente de lignes d'abonné;

2° de négocier de bonne foi avec des entreprises qui demandent un accès;

3° de ne pas retirer l'accès aux ressources lorsqu'il a déjà été accordé;

4° d'offrir des services particuliers en gros en vue de la revente à des tiers;

5° d'accorder un accès ouvert aux interfaces techniques, protocoles ou autres technologies clés qui revêtent une importance essentielle pour l'interopérabilité des services ou des services de réseaux virtuels;

6° de fournir une possibilité de colocalisation ou d'autres formes de partage des ressources associées;

7° de créer les conditions spécifiques nécessaires pour garantir aux utilisateurs l'interopérabilité des services de bout en bout, notamment en ce qui concerne les ressources destinées aux services de réseaux intelligents ou permettant l'itinérance sur les réseaux mobiles;

8° de fournir l'accès à des systèmes d'assistance opérationnelle ou à des systèmes logiciels similaires nécessaires pour garantir l'existence d'une concurrence loyale dans la fourniture des services;

9° d'interconnecter des réseaux ou des ressources de réseau;

10° de donner accès à des services associés comme ceux relatifs à l'identité, à l'emplacement et à l'occupation.

La chambre décisionnelle peut associer à ces obligations des conditions concernant le caractère équitable ou raisonnable et le délai.

§ 2. Lorsque la chambre décisionnelle examine si les obligations visées au § 1<sup>er</sup> doivent être imposées, et en particulier lorsqu'elle évalue si ces obligations sont proportionnées aux objectifs énoncés à l'article 89, elle prend notamment en considération les éléments suivants :

1° la viabilité technique et économique de l'utilisation ou de la mise en place de ressources concurrentes, compte tenu du rythme auquel le marché évolue et de la nature et du type d'interconnexion et/ou d'accès concerné, y compris la viabilité d'autres produits d'accès en amont, tels que l'accès aux gaines;

2° le degré de faisabilité de la fourniture d'accès proposée, compte tenu de la capacité disponible;

3° l'investissement initial réalisé par le propriétaire des ressources, en tenant compte des investissements publics réalisés et des risques inhérents à l'investissement;

4° la nécessité de préserver la concurrence à long terme, en apportant une attention particulière à la concurrence économiquement efficace fondée sur les infrastructures;

5° le cas échéant, les éventuels droits d'exploitation industrielle ou de propriété intellectuelle;

6° la fourniture de services paneuropéens.

§ 3. Lorsque la chambre décisionnelle impose à un opérateur l'obligation de fournir un accès conformément aux dispositions du présent article, elle peut fixer des conditions techniques ou opérationnelles auxquelles le fournisseur et/ou les bénéficiaires de l'accès doivent satisfaire lorsque cela est nécessaire pour assurer le fonctionnement normal du réseau. L'obligation de respecter des normes ou spécifications techniques particulières doit être compatible avec les normes et spécifications établies conformément à l'article 69, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 37.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.5, rédigé comme suit :

« Article 72.5. Obligation de contrôler les prix et de comptabiliser les coûts.

§ 1<sup>er</sup>. La chambre décisionnelle peut, conformément aux dispositions de l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, 6°, imposer des obligations liées à la récupération des coûts et au contrôle des prix, y compris des obligations concernant l'orientation des prix en fonction des coûts et des obligations concernant les systèmes de comptabilisation des coûts, pour la fourniture de types particuliers d'interconnexion et/ou d'accès, lorsqu'une analyse du marché indique que l'opérateur concerné peut, en l'absence de concurrence efficace, maintenir des prix à un niveau excessivement élevé, ou comprimer les prix, au détriment des utilisateurs finals. Afin d'encourager l'opérateur à investir notamment dans les réseaux de prochaine génération, la chambre décisionnelle tient compte des investissements qu'il a réalisés, et lui permet une rémunération raisonnable du capital adéquat engagé, compte tenu de tout risque spécifiquement lié à un nouveau projet d'investissement particulier.

§ 2. La chambre décisionnelle veille à ce que tous les mécanismes de récupération des coûts ou les méthodologies de tarification prescrits visent à promouvoir l'efficacité économique, à favoriser une concurrence durable et à optimiser les avantages pour le consommateur. A cet égard, la chambre décisionnelle peut également prendre en compte les prix en vigueur sur les marchés concurrentiels comparables.

§ 3. Lorsqu'un opérateur est soumis à une obligation d'orientation des prix en fonction des coûts, c'est à lui qu'il incombe de prouver que les redevances sont déterminées en fonction des coûts, en tenant compte d'un retour sur investissements raisonnable. Afin de calculer les coûts de la fourniture d'une prestation efficace, la chambre décisionnelle peut utiliser des méthodes de comptabilisation des coûts distinctes de celles appliquées par l'entreprise. La chambre décisionnelle peut demander à une entreprise de justifier intégralement ses prix et, si nécessaire, en exiger l'adaptation.

§ 4. Lorsque la mise en place d'un système de comptabilisation des coûts est rendue obligatoire dans le cadre d'un contrôle des prix, la chambre décisionnelle veille à ce que soit mise à la disposition du public une description du système de comptabilisation des coûts faisant apparaître au moins les principales catégories au sein desquelles les coûts sont regroupés et les règles appliquées en matière de répartition des coûts. Le respect du système de comptabilisation des coûts est vérifié par un organisme compétent indépendant. Une attestation de conformité est publiée annuellement. »

**Art. 38.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.6, rédigé comme suit :

« Article 72.6. Séparation fonctionnelle.

§ 1<sup>er</sup>. Lorsque la chambre décisionnelle conclut que les obligations appropriées imposées en vertu de l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, n'ont pas permis d'assurer une concurrence effective et que d'importants problèmes de concurrence et/ou défaillances du marché persistent en ce qui concerne la fourniture en gros de certains marchés de produits d'accès, elle peut, à titre de mesure exceptionnelle, conformément aux dispositions de l'article 73, alinéa 1<sup>er</sup>, imposer à une entreprise verticalement intégrée l'obligation de confier ses activités de fourniture en gros des produits concernés à une entité économique fonctionnellement indépendante. Cette entité économique fournit des produits et services d'accès à toutes les entreprises, y compris aux autres entités économiques au sein de la société mère, aux mêmes échéances et conditions, y compris en termes de tarif et de niveaux de service, et à l'aide des mêmes systèmes et procédés.

§ 2. Lorsque la chambre décisionnelle entend imposer une obligation de séparation fonctionnelle, elle soumet à la Commission européenne une proposition qui comporte :

1° des éléments justifiant la conclusion à laquelle la chambre décisionnelle est arrivée au titre du § 1<sup>er</sup>;

2° une appréciation motivée selon laquelle il n'y a pas ou guère de perspectives d'une concurrence effective et durable fondée sur les infrastructures dans un délai raisonnable;

3° une analyse de l'effet escompté sur la chambre décisionnelle, sur l'entreprise, en particulier sur les travailleurs de l'entreprise séparée et sur le secteur des communications électroniques dans son ensemble, et sur les incitations à l'investissement dans un secteur dans son ensemble, notamment en ce qui concerne la nécessité d'assurer la cohésion sociale et territoriale, ainsi que sur d'autres parties intéressées, y compris, en particulier, une analyse de l'effet escompté sur la concurrence, ainsi que des effets potentiels pour les consommateurs;

4° une analyse des raisons justifiant que cette obligation serait le moyen le plus efficace d'appliquer des mesures visant à résoudre les problèmes de concurrence/défaillances des marchés identifiés.

§ 3. Le projet de mesure comporte les éléments suivants :

1° la nature et le degré précis de séparation et, en particulier, le statut juridique de l'entité économique distincte;

2° la liste des actifs de l'entité économique distincte ainsi que des produits ou services qu'elle doit fournir;

3° les modalités de gestion visant à assurer l'indépendance du personnel employé par l'entité économique distincte, et les mesures incitatives correspondantes;

4° les règles visant à assurer le respect des obligations;

5° les règles visant à assurer la transparence des procédures opérationnelles, en particulier pour les autres parties intéressées;

6° un programme de contrôle visant à assurer la conformité et comportant la publication d'un rapport annuel.

§ 4. A la suite de la décision de la Commission européenne sur le projet de mesure prise conformément à l'article 73, alinéa 1<sup>er</sup>, la chambre décisionnelle procède à une analyse coordonnée des différents marchés liés au réseau d'accès selon la procédure visée à l'article 66. Sur la base de son évaluation, la chambre décisionnelle impose des obligations, les maintient, les modifie ou les lève conformément à l'article 103.

§ 5. Une entreprise à laquelle a été imposée la séparation fonctionnelle peut être soumise à toute obligation visée à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, sur tout marché particulier où elle a été désignée comme puissante conformément à l'article 66, ou à toute autre obligation autorisée par la Commission européenne conformément à l'article 73, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 39.** Dans le même décret, il est inséré un article 72.7, rédigé comme suit :

« Article 72.7. Séparation sur une base volontaire par une entreprise verticalement intégrée.

§ 1<sup>er</sup>. Les entreprises qui ont été désignées comme puissantes sur un ou plusieurs marchés pertinents conformément à l'article 66 notifient à la chambre décisionnelle, au préalable et en temps utile, afin de lui permettre d'évaluer l'incidence de la transaction envisagée, leur intention de céder leurs actifs de réseau d'accès local, ou une partie importante de ceux-ci, à une entité juridique distincte sous contrôle d'un tiers, ou d'instituer une entité économique distincte afin de fournir à tous les détaillants, y compris à leurs divisions "vente au détail", des produits d'accès parfaitement équivalents.

Les entreprises notifient également à la chambre décisionnelle tout changement quant à cette intention ainsi que le résultat final du processus de séparation.

§ 2. La chambre décisionnelle évalue l'incidence de la transaction envisagée sur les obligations existantes.

A cet effet, la chambre décisionnelle procède à une analyse coordonnée des différents marchés liés au réseau d'accès selon la procédure visée à l'article 66.

Sur la base de son évaluation, la chambre décisionnelle impose des obligations, les maintient, les modifie ou les lève conformément à l'article 103.

§ 3. L'entité économique juridiquement et/ou fonctionnellement distincte peut être soumise à toute obligation visée à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>, sur tout marché particulier où elle a été désignée comme puissante conformément à l'article 66, ou à toute autre obligation autorisée par la Commission européenne conformément à l'article 73, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 40.** L'article 73, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Sans préjudice de l'article 76, la chambre décisionnelle peut, dans des circonstances exceptionnelles et après approbation par la Commission européenne, imposer aux entreprises disposant d'une puissance significative d'autres obligations d'accès que celles énoncées à l'article 72, alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 41.** A l'article 74 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, la deuxième phrase est complétée par ce qui suit : ", ainsi que l'obligation de rendre leurs services interopérables.;"

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Les obligations et conditions imposées conformément au premier alinéa sont objectives, transparentes, proportionnées et non discriminatoires. »

**Art. 42.** A l'article 80, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, du même décret, remplacé par le décret du 3 décembre 2009, les mots "2° et 3°" sont remplacés par les mots "2°", ou incite à la haine fondée sur la race, le sexe, la religion ou la nationalité".

**Art. 43.** A l'article 81 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les mots „, en tant que région frontalière dans un état multilingue sans organisme national de radiodiffusion” sont insérés entre les mots „Communauté germanophone” et les mots „, de retransmettre”;

2° le § 1<sup>er</sup>, 2°, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« 2° les services télévisuels linéaires auxquels un droit a été accordé en vertu de l'article 26.1; »;

3° dans le § 1<sup>er</sup>, 3°, les mots „deux services télévisuels linéaires” sont remplacés par les mots „les services télévisuels linéaires”;

4° dans le § 1<sup>er</sup>, 4°, les mots „deux services télévisuels linéaires” sont remplacés par les mots „les services télévisuels linéaires”;

5° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« La chambre décisionnelle peut imposer aux exploitants de réseaux câblés dont les réseaux sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels linéaires l'obligation de diffuser d'autres services de médias audiovisuels. Le Gouvernement fixe les critères et indique expressément les objectifs d'intérêt général poursuivis. Avant de prendre sa décision, la chambre décisionnelle invite les exploitants de réseaux câblés et les utilisateurs, via son site Internet, à prendre position dans un délai de soixante jours au moins sur son projet de décision. Si aucune prise de position n'est communiquée dans le délai imparti, la chambre décisionnelle peut prendre sa décision. »;

6° dans le § 3, inséré par le décret du 25 juin 2007, la phrase suivante est insérée après la première phrase :

« Les résultats de ce contrôle sont publiés sur le site Internet du Conseil des médias. »

**Art. 44.** L'article 82 du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Article 82. Services obligatoires additionnels.

La chambre décisionnelle peut imposer à des exploitants de réseaux câblés dont les réseaux sont utilisés par un nombre important d'utilisateurs finaux comme principal moyen de réception de services de médias audiovisuels l'obligation de proposer des services complémentaires, notamment les services d'accessibilité destinés à assurer un accès approprié pour les utilisateurs finals handicapés. »

**Art. 45.** L'article 85 du même décret est complété par un § 3, rédigé comme suit :

« § 3. Les fournisseurs de services et d'équipement de télévision numérique coopèrent à la fourniture de services télévisuels interopérables pour les utilisateurs finals handicapés. »

**Art. 46.** A l'article 86 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, la phrase suivante est insérée après la première phrase :

« Il s'agit d'une autorité réglementaire exerçant ses compétences de manière impartiale, transparente et dans un délai raisonnable. »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, deuxième phrase actuelle (= nouvelle troisième phrase), les mots „qui doit être approuvé par le Gouvernement” sont remplacés par les mots „qui doit être publié au *Moniteur belge*”;

3° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots „et la chambre consultative” sont remplacés par les mots „, la chambre consultative, le bureau et l'auditorat”;

4° dans le § 2, alinéa 2, la première phrase est complétée par les mots „de la chambre décisionnelle”. L'alinéa est complété par la phrase suivante : „Le président de la chambre consultative est élu, en son sein, par les membres de cette chambre.”;

5° le § 2, alinéa 3 est abrogé;

6° le § 3, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« § 3. Le Gouvernement met des ressources financières et humaines suffisantes à disposition du Conseil des médias afin qu'il puisse accomplir les tâches qui lui sont assignées. »;

7° dans le § 4, première phrase, les mots „le président” sont remplacés par les mots „leur président”;

8° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le membre du bureau qui assure le suivi de la chambre décisionnelle participe aux séances de cette chambre avec le droit de s'exprimer à propos des thèmes discutés. Le membre du bureau qui assure le suivi de la chambre consultative participe aux séances de cette chambre avec le droit de s'exprimer à propos des thèmes discutés. Des conseillers et experts peuvent participer aux séances des chambres avec le droit de s'exprimer à propos des thèmes discutés. »

**Art. 47.** A l'article 87 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les deux premières phrases sont remplacées par ce qui suit :

« Le mandat des membres de la chambre décisionnelle et des membres effectifs et suppléants de la chambre consultative a une durée de quatre ans. Il prend cours avec la première réunion du Conseil des médias. »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, troisième phrase, le mot „organes” est remplacé par le mot „chambres”;

3° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Le mandat de président de chacune des chambres est renouvelable une fois. »

**Art. 48.** L'article 89 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 89. Objectifs.

§ 1<sup>er</sup>. En mettant en œuvre les mesures énumérées dans le présent décret, la chambre décisionnelle a pour mission d'atteindre les objectifs suivants :

1° promouvoir la concurrence en matière de fourniture de services de médias audiovisuels, notamment :

a) en veillant à ce que les utilisateurs, y compris les personnes handicapées, les personnes âgées et les personnes ayant des besoins sociaux spécifiques, retirent un bénéfice maximal en termes de choix, de prix et de qualité;

b) en veillant à ce que la concurrence ne soit pas faussée ni entravée dans le secteur des communications électroniques, y compris pour la transmission de contenu;

c) en encourageant l'utilisation et la gestion efficaces des radiofréquences.

2° contribuer au développement du marché intérieur, notamment :

a) en supprimant les derniers obstacles à la fourniture de services de médias audiovisuels au niveau européen;

b) en encourageant la mise en place et le développement de réseaux transeuropéens et l'interopérabilité des services paneuropéens et la connectivité de bout en bout;

c) en coopérant avec les autres autorités réglementaires ainsi qu'avec la Commission européenne et l'ORECE, afin de veiller à l'élaboration de pratiques réglementaires cohérentes et à l'application cohérente du cadre réglementaire européen;

3° soutenir les intérêts des citoyens de l'Union européenne, notamment :

a) en assurant à tous l'accès à un service universel spécifié dans la Directive 2002/22/CE concernant le service universel et les droits des utilisateurs au regard des réseaux et services de communications électroniques (directive "service universel");

b) en assurant un niveau élevé de protection des consommateurs dans leurs relations avec les fournisseurs, en particulier en garantissant l'existence de procédures de règlement des litiges simples et peu coûteuses mises en œuvre par un organisme indépendant des parties concernées;

c) en contribuant à assurer un niveau élevé de protection des données à caractère personnel;

d) en encourageant la fourniture d'informations claires, notamment en exigeant la transparence des tarifs et des conditions d'utilisation des services de communications électroniques accessibles au public;

e) en répondant aux besoins de groupes sociaux particuliers, notamment des personnes handicapées, des personnes âgées et des personnes ayant des besoins sociaux spécifiques;

f) en garantissant l'intégrité et la sécurité des réseaux de communications publics;

g) en favorisant la capacité des utilisateurs finals à accéder à l'information et à en diffuser, ainsi qu'à utiliser des applications et des services de leur choix.

§ 2. Lors de la poursuite des objectifs politiques déterminés au § 1<sup>er</sup>, la chambre décisionnelle applique des principes réglementaires objectifs, transparents, non discriminatoires et proportionnés, notamment :

a) en promouvant la prévisibilité réglementaire en assurant une approche réglementaire cohérente sur des périodes de révision appropriées;

b) en veillant à ce que, dans des circonstances similaires, il n'y ait pas de discrimination dans le traitement des entreprises fournissant des réseaux et services de communications électroniques;

c) en préservant la concurrence au profit des consommateurs et en promouvant, s'il y a lieu, une concurrence fondée sur les infrastructures;

d) en promouvant des investissements efficaces et des innovations dans des infrastructures nouvelles et améliorées, notamment en veillant à ce que toute obligation d'accès tienne dûment compte du risque encouru par les entreprises qui investissent et en permettant diverses modalités de coopération entre les investisseurs et ceux qui recherchent un accès, afin de diversifier le risque d'investissement, tout en veillant à ce que la concurrence sur le marché et le principe de non-discrimination soient respectés;

e) en tenant dûment compte de la diversité des situations en matière de concurrence et de consommation dans les différentes zones géographiques d'un Etat membre;

f) en n'imposant des obligations de réglementation ex ante que lorsqu'il n'y a pas de concurrence efficace et durable, et en suspendant ou supprimant celles-ci dès que cette condition est satisfaite.

§ 3. La chambre décisionnelle contribue, dans la limite de ses compétences, à garantir la mise en œuvre de mesures visant à promouvoir la diversité culturelle et linguistique ainsi que le pluralisme des médias.

Lorsqu'elle remplit ses missions, la chambre décisionnelle tient largement compte des recommandations pertinentes de la Commission européenne. Elle communique à la Commission européenne les dérogations motivées. Il n'est pas porté préjudice à l'article 103.

En outre, elle encourage et assure un accès et une interconnexion adéquats, ainsi que l'interopérabilité des services et elle s'acquitte de sa tâche de façon à promouvoir l'efficacité économique, à favoriser une concurrence durable, à encourager des investissements efficaces et l'innovation et à procurer un avantage maximal à l'utilisateur final. »

**Art. 49.** A l'article 90 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par la phrase suivante :

« Les mandats de membre de la chambre décisionnelle doivent faire l'objet d'un appel public aux candidats. »

2° dans l'alinéa 2, les mots ", dans les mains du Ministre compétent pour le secteur audiovisuel, " sont insérés entre les mots "prêtent" et les mots "le serment".

**Art. 50.** L'article 93 du même décret est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« La décision relative à la révocation de membres de la chambre décisionnelle est publiée au *Moniteur belge* au moment de la révocation. Les personnes révoquées doivent obtenir la motivation et ont le droit d'en exiger la publication si celle-ci n'intervient pas d'office; dans ce cas, la motivation sera publiée. »

**Art. 51.** A l'article 94, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le mot "et" est abrogé;

2° il est inséré un 4.1, rédigé comme suit :

« 4.1 l'ORECE conformément à l'article 107.2., ainsi qu'avec ».

**Art. 52.** L'article 95 du même décret est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« La chambre décisionnelle recueille des informations sur l'objet général des recours, le nombre de recours, la durée des procédures et le nombre de décisions d'octroi de mesures provisoires. Elle fournit ces informations à la Commission européenne et à l'ORECE à la demande motivée de l'une ou de l'autre. »

**Art. 53.** L'article 96, alinéa 2, du même décret est abrogé.

**Art. 54.** L'article 97 du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Article 97. Principe.

« Conformément à ce décret et en tenant compte des objectifs mentionnés à l'article 89, la chambre décisionnelle remplit notamment les missions suivantes :

- 1° communiquer le Code RDS-PI, conformément à l'article 17, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°;
- 2° réceptionner les enregistrements, conformément aux articles 20.1, 27.1 et 38;
- 3° octroyer les agréments, conformément aux articles 21, 27.2 et 33;
- 4° retirer les agréments, conformément aux articles 21 et 28;
- 5° réceptionner les rapports d'activités, conformément aux articles 26, 36 et 41;
- 6° exercer le contrôle sur les conventions de fourniture de parties de programmes, conformément à l'article 30, § 3;
- 7° émettre un avis sur la demande relative au droit de diffusion obligatoire et sur le projet de convention qui lui sont soumis conformément à l'article 26.1;
- 8° tous les quatre ans, et pour la première fois le 1<sup>er</sup> juillet 2011, rédiger un rapport sur le soutien apporté à la production d'œuvres européennes et l'accès à celles-ci dans les services de médias audiovisuels non linéaires;
- 9° vérifier que les conditions de l'autorisation générale ou de l'utilisation de radiofréquences ainsi que les obligations particulières mentionnées à l'article 48, alinéa 3, sont respectées;
- 10° réceptionner les enregistrements relatifs à la fourniture de réseaux et services de communications électroniques, conformément à l'article 46;
- 11° tenir et publier un registre des opérateurs de réseaux de communications électroniques et des fournisseurs de services de communications électroniques, conformément à l'article 46, alinéa 3;
- 12° délivrer la déclaration d'enregistrement mentionnée à l'article 48;
- 13° attribuer des radiofréquences, conformément aux articles 50 et 57;
- 14° publier des informations quant à la disponibilité de radiofréquences, conformément à l'article 51;
- 15° réceptionner les communications, conformément à l'article 54;
- 16° retirer les attributions de radiofréquences conformément à l'article 61, § 1<sup>er</sup>;
- 17° réceptionner des renoncations, conformément à l'article 61, § 2;
- 18° prendre les mesures conformément à l'article 64;
- 19° réguler le marché, conformément au chapitre 3 du titre IV, y compris réaliser une analyse du marché conformément à l'article 66 et adopter des mesures de régulation;
- 20° réceptionner des informations relatives à la diffusion, par des exploitants de réseaux câblés, de services de médias sonores, conformément à l'article 79, § 2;
- 21° ordonner des suspensions provisoires et interdictions de retransmettre des services de médias, conformément à l'article 80;
- 22° adopter des mesures à l'encontre de certains services de médias audiovisuels non linéaires, conformément à l'article 80.1;
- 23° ordonner des obligations et vérifier leur respect, conformément aux articles 81 et 82;
- 24° diffuser des informations relatives à la réduction du fossé digital, conformément aux objectifs mentionnés à l'article 89;
- 25° coopérer conformément aux articles 94 et 107.1;
- 26° prendre les mesures mentionnées aux articles 99 et 100 en matière de résolution de litiges;
- 27° procéder aux communications à la Commission européenne, conformément à l'article 101;
- 28° exiger des renseignements, conformément à l'article 102;
- 29° mener des consultations, conformément à l'article 103;
- 30° respecter la procédure décrite à l'article 103.1;
- 31° entendre les intéressés, conformément à l'article 104;
- 32° publier des informations, conformément à l'article 105;
- 33° distribuer des informations, conformément aux articles 106 et 107;
- 34° infliger des amendes administratives, conformément à la section 1<sup>re</sup> du titre 7;
- 35° soumettre des propositions, conformément à l'article 119.1;
- 36° contrôler le respect des dispositions relatives à la mission de droit public du BRF et découlant du décret du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone. »

**Art. 55.** Dans l'article 98 du même décret, les phrases 2 à 4 sont abrogées.

**Art. 56.** Dans l'article 99, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, la première phrase est remplacée par les phrases suivantes :

« Sans préjudice de la compétence des tribunaux ordinaires, des litiges opposant utilisateurs et fournisseurs de réseaux et services de communications électroniques et relatifs aux conditions et/ou à l'exécution de contrats de fourniture de tels réseaux ou services, peuvent être soumis à la chambre décisionnelle. Cette procédure n'enlève pas au consommateur la protection juridique qui lui est garantie par d'autres législations. »

**Art. 57.** A l'article 100 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots "ou entre ces entreprises et d'autres entreprises situées dans l'Etat membre bénéficiant d'obligations d'accès et/ou d'interconnexion" sont insérés entre les mots ""communications électroniques" et "surviennent";

2° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les phrases suivantes :

« Elles ont le droit de consulter l'ORECE afin de régler le litige conformément aux objectifs énoncés à l'article 89. Toute obligation imposée aux entreprises par les autorités réglementaires nationales dans le cadre du règlement d'un litige est conforme au titre 4 et tient compte largement de l'avis émis par l'ORECE. »;

3° le § 2 est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« Les autorités réglementaires nationales compétentes peuvent refuser conjointement de régler un litige lorsque d'autres mécanismes, notamment la médiation, existent et conviendraient mieux au règlement du litige en temps utile conformément aux dispositions de l'article 89. Elles en informent les parties dans les meilleurs délais. Si, après une période de quatre mois, le litige n'est pas réglé et s'il n'a pas été porté devant une juridiction par la partie qui demande réparation, les autorités réglementaires nationales, à la demande d'une des parties, coordonnent leurs efforts pour parvenir au règlement du litige conformément aux dispositions prévues à l'article 89 et en tenant le plus grand compte de tout avis adopté par l'ORECE. »

**Art. 58.** A l'article 102 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 2°, les mots "de ce décret" sont remplacés par les mots "de l'agrégation générale ainsi que de obligations particulières conformément à l'article 48, alinéa 3°";

2° il est inséré un 2.1, rédigé comme suit :

« 2.1 pouvoir préserver l'efficacité de l'utilisation et de la gestion des radiofréquences; »

3° il est inséré un 2.2, rédigé comme suit :

« 2.2 pouvoir évaluer l'évolution des réseaux ou des services susceptible d'avoir une incidence sur les services fournis en gros aux concurrents; »;

4° l'article est complété par deux alinéas, rédigés comme suit :

« Les entreprises puissantes sur les marchés de gros peuvent également être tenues de fournir des données comptables sur les marchés de détail associés à ces marchés de gros.

Les entreprises fournissent ces informations rapidement et sur demande, en respectant les délais et le niveau de détail exigés par la chambre décisionnelle. Les informations demandées par la chambre décisionnelle sont proportionnées à ses besoins pour l'accomplissement de cette tâche. La chambre décisionnelle indique les motifs justifiant sa demande d'information et traite les informations conformément à l'article 108. »

**Art. 59.** L'article 103 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 103. Procédure de consultation.

§ 1<sup>er</sup>. Sauf dans les cas relevant du § 2, alinéa 5, ou de l'article 100, la chambre décisionnelle - lorsqu'elle a l'intention, en application du présent décret, de prendre des mesures ou entend prévoir des restrictions conformément à l'article 49, §§ 4 et 5, ayant des incidences importantes sur le marché pertinent - donne aux parties intéressées la possibilité de présenter leurs observations sur le projet de mesures dans un délai raisonnable. La procédure d'audition ainsi que les résultats sont publiés par la chambre décisionnelle. Il n'est pas porté préjudice à la sauvegarde des secrets de fabrique et des secrets commerciaux des parties conformément à l'article 108. A cette fin, la chambre décisionnelle installe un point d'information unique où est tenue une liste de toutes les auditions en cours.

§ 2. De plus, la chambre décisionnelle communique à la Commission européenne, à l'ORECE, ainsi qu'aux autorités réglementaires nationales des autres Etats membres le projet des mesures à prendre conformément à ce décret, dans la mesure où ces dernières tombent sous le coup des articles 65, 66, 73 ou 74, pourraient avoir des répercussions sur le commerce entre les Etats membres et que les recommandations et instructions de la Commission européenne ne prévoient rien d'autre.

La chambre décisionnelle doit tenir largement compte des positions adoptées dans un certain délai par la Commission européenne, l'ORECE et les autorités réglementaires des autres Etats membres. Elle communique à la Commission européenne le projet qui en découle.

Si un projet comporte la définition d'un marché pertinent se distinguant de ceux définis dans la "recommandation sur les marchés pertinents de produits et de services" que la Commission européenne publie conformément à l'article 15, § 1<sup>er</sup>, de la Directive 2002/21/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 mars 2002 relative à un cadre réglementaire commun pour les réseaux et services de communications électroniques (directive "cadre"), dans la version respectivement applicable, ou la définition de la mesure dans laquelle une ou plusieurs entreprises dispose(nt) d'une puissance significative sur ce marché, et si la Commission européenne déclare dans le délai fixé conformément à la deuxième phrase de l'alinéa 1<sup>er</sup> que le projet créerait un obstacle pour le marché intérieur ou si elle a des doutes sérieux quant à la compatibilité avec le droit de l'Union et en particulier avec les objectifs de l'article 8 de la directive "cadre", la chambre décisionnelle reporte de deux mois la décision sur le projet de mesure. Si la Commission européenne décide dans ce délai d'inviter la chambre décisionnelle à retirer le projet, cette décision est contraignante pour la chambre décisionnelle. Si la chambre décisionnelle veut suivre les modifications proposées par la Commission européenne, elle modifie le projet conformément à la décision de la Commission européenne dans les six mois suivant la décision de la Commission, mène une procédure d'audition conformément au § 1<sup>er</sup> et transmet le projet modifié à la Commission.

La chambre décisionnelle transmet à la Commission européenne et à l'ORECE toutes les mesures définitives auxquelles s'applique l'alinéa 1<sup>er</sup>, première phrase.

Si la chambre décisionnelle est d'avis, lorsque se présentent des circonstances exceptionnelles, qu'il faut agir d'urgence - sans suivre la procédure du § 1<sup>er</sup> et des alinéas 1<sup>er</sup> à 3 - afin de garantir la concurrence et de protéger les intérêts des utilisateurs, elle peut prendre directement des mesures ad hoc provisoires. Elle communique immédiatement celles-ci à la Commission européenne et aux autres autorités réglementaires nationales avec une motivation complète. Une décision de la chambre décisionnelle de rendre ces mesures durables ou de prolonger leur durée de validité est soumise aux dispositions du § 1<sup>er</sup> et des alinéas 1<sup>er</sup> à 4. »

**Art. 60.** Dans le même décret, il est inséré un article 103.1, rédigé comme suit :

« Article 103.1. Procédure pour la mise en place cohérente de certaines mesures.

Si la Commission européenne notifie, dans le délai d'un mois prévu à l'article 103, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, à la chambre décisionnelle les raisons pour lesquelles elle estime que le projet de mesure constitue une entrave au marché unique ou a de sérieux doutes quant à sa compatibilité avec le droit de l'Union, le projet de mesure ne peut être adopté dans un délai de trois mois supplémentaires après la notification par la Commission. A défaut d'une telle notification, la chambre décisionnelle peut adopter le projet de mesure en tenant le plus grand compte de toutes les observations formulées par la Commission, l'ORECE, ou toute autre autorité réglementaire nationale.

Dans le délai de trois mois visé au premier alinéa, la Commission européenne, l'ORECE et la chambre décisionnelle coopèrent étroitement pour identifier la mesure la plus efficace et appropriée au regard des objectifs visés à l'article 89, tout en prenant dûment en considération les avis des acteurs économiques et la nécessité de veiller à la mise en place de pratiques réglementaires cohérentes.

Avant la fin de la période de trois mois visée au premier alinéa, la chambre décisionnelle peut :

1<sup>o</sup> modifier ou retirer son projet de mesure en tenant le plus grand compte de la notification de la Commission visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> ainsi que de l'avis et des conseils de l'ORECE;

2<sup>o</sup> maintenir son projet de mesure.

Dans un délai d'un mois à partir de l'émission de la recommandation de la Commission européenne conformément à l'article 7bis, 5<sup>o</sup>, a), de la directive "cadre" ou de la levée des réserves conformément au 5<sup>o</sup>, b), de la directive "cadre", la chambre décisionnelle communique à la Commission et à l'ORECE la mesure définitive adoptée. Cette période peut être prolongée pour permettre à la chambre décisionnelle d'entreprendre une consultation publique conformément à l'article 103, § 1<sup>er</sup>.

Lorsque la chambre décisionnelle décide de ne pas modifier ni retirer le projet de mesure sur la base de la recommandation émise conformément à l'article 7bis, § 5, a), de la directive "cadre" elle fournit une justification motivée.

La chambre décisionnelle peut retirer le projet de mesure proposé à tout stade de la procédure. »

**Art. 61.** L'article 104, alinéa 3, du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La chambre décisionnelle établit un mécanisme de consultation garantissant que, lorsqu'elle statue sur des questions relatives aux droits des utilisateurs finals et des consommateurs en ce qui concerne les services de communications électroniques accessibles au public, les intérêts des consommateurs en matière de communications électroniques sont dûment pris en compte. »

**Art. 62.** Dans l'article 105, alinéa 1<sup>er</sup>, première phrase, du même décret, les mots ", les droits de mettre en place des ressources" sont insérés entre les mots "droits d'utilisation" et les mots "et la régulation du marché".

**Art. 63.** Dans le même décret, il est inséré un article 107.2, rédigé comme suit :

« Article 107.2. ORECE.

La chambre décisionnelle soutient activement les objectifs de l'ORECE s'agissant de promouvoir une meilleure coordination et une plus grande cohérence en matière de réglementation.

La chambre décisionnelle tient le plus grand compte des avis de l'ORECE et de ses positions communes lorsqu'elle adopte des décisions concernant ses propres marchés. »

**Art. 64.** Dans l'article 108 du même décret, les mots "La chambre décisionnelle doit" sont remplacés par les mots "Les membres effectifs et suppléants, les membres du bureau, les conseillers, les experts et les membres du personnel du Conseil des médias doivent".

**Art. 65.** A l'article 110 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les phases suivantes sont insérées après la première phrase :

« Si la chambre décisionnelle prélève des redevances administratives, elle publie annuellement un relevé de ses frais administratifs et du total des redevances encaissées. Des corrections sont apportées selon la différence entre le total des redevances et des frais administratifs. »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un alinéa 3, rédigé comme suit :

« La chambre décisionnelle dispose d'un budget annuel propre, établi par le bureau. "Les budgets sont rendus publics sur le site internet du Conseil des médias." En outre, la chambre décisionnelle dispose de suffisamment de moyens financiers pour pouvoir contribuer à l'ORECE. »

**Art. 66.** Dans le titre 5, chapitre 2, du même décret, il est inséré un article 110.1, rédigé comme suit :

« Article 110.1. Obligations de transparence.

Chaque année, le bureau établit un compte annuel et un budget pour les deux chambres. Ces documents sont transmis au Gouvernement. Le bureau tient la comptabilité du Conseil des médias. »

**Art. 67.** A l'article 114 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, le 2<sup>o</sup>, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est abrogé;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>, modifié par le décret du 3 décembre 2009, les mots "les plaintes," sont abrogés.

**Art. 68.** Dans le titre 5 du même décret, il est inséré après l'article 116 un chapitre 4, intitulé "Chapitre 4 - Bureau et auditorat".



**Art. 69.** Dans le chapitre 4, inséré par l'article 68, il est inséré un article 116.1, rédigé comme suit :

« Article 116.1. Bureau.

Le bureau se compose de l'agent de suivi de la chambre décisionnelle, de l'agent de suivi de la chambre consultative et d'un conseiller juridique. Le bureau assume les tâches mentionnées dans ce décret. Il représente le Conseil des médias dans tous les actes judiciaires et extrajudiciaires, mène les opérations courantes, prépare les décisions des chambres et exécute leurs décisions. Le bureau agit collégalement. Les articles 91, 93, 96, alinéa 1<sup>er</sup>, première phrase, et 108 sont applicables mutatis mutandis.

Le bureau détermine les compétences qu'il délègue à un membre ou à des collaborateurs, ainsi que les forme et conditions d'une telle délégation. Le bureau peut notamment déléguer la gestion journalière du Conseil des médias, les représentations y afférentes ainsi que l'exécution de ses décisions.

Le bureau coordonne et organise les travaux du Conseil des médias, veille à la concordance des avis et décisions avec le droit international et le droit européen et règle les litiges de toute nature qui pourraient se faire jour entre les chambres. Il peut transmettre au Gouvernement les recommandations qu'il juge utiles pour l'exercice des missions du Conseil des médias. Il peut exiger des services du Gouvernement les renseignements et rapports nécessaires pour l'exercice des missions du Conseil des médias et des chambres. Il peut s'adresser à des services tiers ou à des experts pour aider le Conseil des médias et les chambres dans l'exercice de leurs missions. Le Gouvernement communique au bureau la manière dont il compte traiter ses recommandations et avis. Le bureau en informe la chambre concernée.

Le bureau se dote d'un règlement d'ordre intérieur, qui sera publié au *Moniteur belge*. »

**Art. 70.** Dans le chapitre 4, inséré par l'article 68, il est inséré un article 116.2, rédigé comme suit :

« Article 116.2. Auditorat.

L'auditorat examine les plaintes qui sont adressées au Conseil des médias et concernent l'application de ce décret ou de ses dispositions d'exécution, à l'exception des plaintes se rapportant aux décisions du Conseil des médias. Les articles 91, 93, 96, alinéa 1<sup>er</sup>, première phrase, et 108 sont applicables mutatis mutandis.

En vue de l'exécution des tâches qui lui sont confiées, l'auditorat peut :

1° se faire communiquer, à distance ou sur place, par les autorités administratives, les demandeurs, les fournisseurs enregistrés ou agréés de services de médias audiovisuels, les opérateurs de réseaux et services de communications électroniques tous les renseignements nécessaires permettant de déterminer si les obligations découlant de ce décret sont rencontrées ou non;

2° enquêter chez les personnes mentionnées au 1° selon les modalités fixées par le Gouvernement.

Au sein de l'auditorat, le Gouvernement désigne des agents assermentés chargés d'établir des procès-verbaux. Ces procès-verbaux valent jusqu'à preuve du contraire. Ces agents sont assermentés conformément à l'article 572 du code judiciaire. »

**Art. 71.** A l'article 117.1, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, inséré par le décret du 3 décembre 2009, le mot "postproduction" est remplacé par le mot "production".

**Art. 72.** L'article 120, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Article 120. Sanction des dispositions des titres 2 et 3.

En cas d'infraction aux dispositions des titres 2 et 3 de ce décret, à ses dispositions d'exécution ainsi qu'aux lois relatives à la radiodiffusion, notamment en cas de non respect de conventions conclues conformément aux articles 20.0 et 26.1 ou de violation des dispositions relatives à la mission de droit public du BRF et découlant du décret du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, la chambre décisionnelle peut imposer les sanctions suivantes aux organismes privés de radiodiffusion télévisuelle agréés, aux organismes privés de radiodiffusion sonores agréés, aux fournisseurs agréés d'autres services que des programmes télévisés et sonores, ainsi qu'au BRF s'il viole les dispositions relatives à la mission de droit public du BRF et découlant du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone :

1° un avertissement;

2° la publication d'une annonce dans la presse;

3° la suspension provisoire, la réduction ou le retrait de l'agrément;

4° le paiement d'une amende administrative allant jusqu'à 25.000 euros.

En cas de récidive dans un délai de cinq ans, le montant de l'amende administrative est fixé à 5 % du chiffre d'affaires annuel non taxé. L'amende administrative peut être ordonnée en sus de toute autre sanction prévue dans cet article. »

**Art. 73.** A l'article 121 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, il est inséré un 2.1, rédigé comme suit :

« 2.1. L'injonction de cesser ou de retarder la fourniture d'un service ou d'un ensemble de services qui, s'ils se poursuivaient, seraient de nature à entraver la concurrence de manière significative, jusqu'au respect des obligations imposées en matière d'accès à la suite d'une analyse du marché réalisée en application des articles 66 et suivants; »

2° dans le § 2, la deuxième phrase est remplacée par la phrase suivante :

« Il peut être infligé des sanctions effectives, proportionnées et dissuasives, pour toute la durée du manquement, même si celui-ci a été ultérieurement corrigé. »;

3° un § 3, rédigé comme suit est inséré entre le § 2 et le § 3 actuel (qui devient le § 4) :

« § 3. En cas de menace immédiate et grave de l'ordre public, de la sécurité publique ou de la santé publique ou en cas de graves problèmes économiques ou opérationnels chez d'autres fournisseurs ou utilisateurs de réseaux ou de services de communications électroniques, ou d'autres utilisateurs de fréquences, la chambre décisionnelle peut prendre des mesures provisoires d'urgence. L'entreprise concernée se voit ensuite accorder une possibilité raisonnable d'exprimer son point de vue et de proposer des solutions. Le cas échéant, la chambre décisionnelle peut confirmer les mesures provisoires, dont la validité est de trois mois au maximum mais qui peuvent être prorogées pour une nouvelle durée de trois mois au maximum si la mise en œuvre des procédures d'exécution n'est pas terminée. »

**Art. 74.** L'article 122 du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Article 122. Poursuite et répression des infractions, exécution des sanctions.

L'auditorat est compétent pour poursuivre les infractions mentionnées aux articles 120 et 121, conformément à l'article 127.2. Pour leur répression, c'est la chambre décisionnelle qui est compétente.

Le bureau est chargé d'exécuter la décision de la chambre décisionnelle, y compris le recouvrement des amendes administratives dues, et la saisie. Avant de dresser contrainte, le bureau invite le débiteur, par recommandé, à payer l'amende administrative. S'il n'est pas donné suite à cette invitation, le bureau dresse contrainte dans les trois mois suivant cette invitation. La contrainte est exécutoire dans les huit jours de la notification qui en est faite au débiteur de l'amende. Elle est exécutée par huissier de justice dans les formes prévues par le code judiciaire.

Le délai de trois mois mentionné à l'alinéa 2 n'est pas prescrit sous peine de nullité. L'exécution de la contrainte ne peut être suspendue que par une opposition motivée. Sous peine de forclusion, ce recours doit être notifié par exploit d'huissier au cabinet du Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone dans le mois qui suit la notification de la contrainte. L'action en justice est introduite auprès du tribunal du siège social du débiteur.

Les amendes administratives alimentent les caisses de la Communauté germanophone. »

**Art. 75.** L'article 123 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 123. Diffusion sans agréation.

Sera puni d'une peine d'emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende d'au moins 26 euros ou d'une de ces peines seulement, quiconque aura sciemment diffusé un service de médias audiovisuels ou utilisé une radiofréquence sans s'être enregistré ou sans avoir obtenu les agréations ou l'attribution de radiofréquences prévues par le présent décret ou lorsque ces agréations ou l'attribution de radiofréquences ont été suspendues ou retirées ou sont venues à échéance. »

**Art. 76.** L'article 126 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 126. Programmes interdits.

Sera puni d'une peine d'emprisonnement de huit jours à cinq ans et d'une amende de 26 euros au moins, ou d'une de ces peines seulement, quiconque aura sciemment diffusé un service de médias audiovisuels contraire à l'article 4. »

**Art. 77.** Dans le titre 7 du même décret, il est inséré après l'article 127 une section 3, intitulée "Section 3. Sanctions civiles".

**Art. 78.** Dans la section 3, insérée par l'article 77, il est inséré un article 127.1, rédigé comme suit :

« Article 127.1. Sanctions civiles.

Sans préjudice de la compétence du tribunal de commerce, le président de celui-ci peut constater l'existence et ordonner la cessation de tout acte visé à l'article 125.

L'action est formée et instruite selon les formes du référé.

Il est statué sur l'action nonobstant toute poursuite exercée en raison des mêmes faits devant une juridiction pénale.

Le jugement est exécutoire par provision nonobstant tout recours et sans caution, sauf si le juge a ordonné qu'il en soit fourni une.

Outre la cessation de l'acte litigieux, le président du tribunal de commerce peut ordonner selon la manière qu'il jugera appropriée, la publication de tout ou partie du jugement aux frais du contrevenant.

Le contrevenant peut en outre être condamné à la confiscation des dispositifs illicites ou, le cas échéant, au paiement d'une somme égale au prix des dispositifs illicites déjà cédés. »

**Art. 79.** Dans le titre 7 du même décret, il est inséré après la section 3, insérée par l'article 77, une section 4, intitulée "Section 4. Règles de procédure".

**Art. 80.** Dans la section 4, insérée par l'article 79, il est inséré un article 127.2, rédigé comme suit :

« Article 127.2. Règles de procédure.

§ 1<sup>er</sup>. Dès qu'une plainte ou qu'un fait susceptible de constituer une violation ou un manquement visés aux articles 120 ou 121 est porté à la connaissance du Conseil des médias, l'auditorat ouvre une information et statue sur la recevabilité du dossier.

Si le dossier est recevable, l'auditorat en assure l'instruction. Il peut classer sans suite.

Régulièrement, l'auditorat informe la chambre décisionnelle sur les dossiers introduits auprès du Conseil des médias.

La chambre décisionnelle peut faire siennes les décisions prises par l'auditorat quant à la non recevabilité ou au classement sans suite.

Les actes de poursuite sont transmis à la chambre décisionnelle.

§ 2. La chambre décisionnelle notifie ses griefs et le les actes de poursuite au contrevenant. Celui-ci dispose d'un délai d'un mois pour consulter le dossier et présenter ses observations écrites.

§ 3. Le contrevenant est invité à comparaître à la date fixée par le bureau du Conseil des médias et communiquée par lettre recommandée. Il peut se faire représenter. La chambre décisionnelle peut entendre toute personne pouvant contribuer utilement à son information.

§ 4. La chambre décisionnelle rend une décision motivée dans les soixante jours qui suivent la clôture des débats. Celle-ci est notifiée par lettre recommandée. La chambre décisionnelle peut statuer par défaut.

§ 5. Lorsqu'une décision par défaut a été prononcée, le contrevenant peut faire opposition par lettre recommandée dans les quinze jours qui suivent la date de la notification de la décision rendue par la chambre décisionnelle.

Une nouvelle date d'audience est fixée. Si le contrevenant est à nouveau en défaut de comparaître, il n'est plus admis à former opposition. »

**Art. 81.** L'article 129 du même décret est complété par un quatrième alinéa, rédigé comme suit :

« Le mandat des membres de la chambre décisionnelle et des membres effectifs et suppléants de la chambre consultative en fonction au 30 avril 2011 prend fin quatre années après la réunion que ces membres ont tenue le 5 mai 2010. »

**Art. 82.** Dans le même décret, il est inséré un article 129.1, rédigé comme suit :

« Article 129.1. Vérification en cas de restrictions à des droits existants.

§ 1<sup>er</sup>. Pendant une période de cinq ans commençant le 25 mai 2011, les titulaires de droits d'utilisation de radiofréquences qui ont été accordés avant cette date et qui resteront valides pour une durée de cinq ans au moins après ladite date peuvent demander à la chambre décisionnelle un réexamen des restrictions à leurs droits établies conformément à l'article 49, §§ 4 et 5.

Avant d'arrêter sa décision, la chambre décisionnelle notifie au titulaire du droit la conclusion de son réexamen des restrictions, en précisant l'étendue du droit après réévaluation, et lui laisse un délai raisonnable pour, le cas échéant, retirer sa demande.

Si le titulaire du droit retire sa demande, le droit reste inchangé jusqu'à son expiration ou jusqu'à la fin de la période de cinq ans, la date la plus proche étant retenue.

§ 2. Après la période de cinq ans visée au § 1<sup>er</sup>, la chambre décisionnelle prend toutes les mesures appropriées pour faire en sorte que l'article 49, §§ 4 et 5, s'applique à l'ensemble des autres autorisations générales ou droits individuels d'utilisation et attributions de fréquences aux fins des services de communications électroniques existant à la date du 25 mai 2011.

§ 3. Lors de l'application du présent article, la chambre décisionnelle prend les mesures appropriées pour favoriser une concurrence équitable.

§ 4. Des mesures prises conformément à cet article ne constituent pas un octroi de nouveaux droits d'utilisation. »

**Art. 83.** Dans le même décret, il est inséré un article 129.2, rédigé comme suit :

« Article 129.2. Autorisations existantes.

Sans préjudice de l'article 129.1, les autorisations générales et droits individuels existant au 31 décembre 2009 sont mis en concordance avec les articles 45 à 61 pour le 19 décembre 2011 au plus tard.

Lorsque l'application du premier alinéa conduit à restreindre les droits ou à étendre les autorisations générales et les droits individuels d'utilisation existants, la validité de ces autorisations et droits est prorogée jusqu'au 30 septembre 2012 au plus tard, sous réserve qu'une telle mesure n'affecte pas les droits d'autres entreprises au titre du droit de l'Union européenne. La chambre décisionnelle notifie cette prorogation à la Commission européenne et en indique les raisons. »

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 13 février 2012.

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,  
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,  
Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,  
H. MOLLERS

—  
Note

(1) *Session 2011-2012.*

*Documents parlementaires* : 97 (2011-2012), n° 1 Projet de décret.

97 (2011-2012), n° 2 Propositions d'amendement.

97 (2011-2012), n° 3 Rapport.

*Compte rendu intégral* : 13 février 2012, n° 34 Discussion et vote.

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2012 — 1186

[2012/202065]

**13 FEBRUARI 2012. — Decreet tot wijziging van de bepalingen inzake telecommunicatie vervat in het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

**Artikel 1.** Dit decreet voorziet in de omzetting van Richtlijn 2009/136/EG van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2009 tot wijziging van Richtlijn 2002/22/EG inzake de universele dienst en gebruikersrechten met betrekking tot elektronische-communicatienetwerken en -diensten, Richtlijn 2002/58/EG betreffende de verwerking van persoonsgegevens en de bescherming van de persoonlijke levenssfeer in de sector elektronische communicatie en Verordening (EG) nr. 2006/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 27 oktober 2004 betreffende samenwerking tussen de nationale instanties die verantwoordelijk zijn voor handhaving van de wetgeving inzake consumentenbescherming en Richtlijn 2009/140/EG van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2009 tot wijziging van Richtlijn 2002/21/EG inzake een gemeenschappelijk regelgevingskader voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten, Richtlijn 2002/19/EG inzake de toegang tot en interconnectie van elektronische-communicatienetwerken en bijbehorende faciliteiten, en Richtlijn 2002/20/EG betreffende de machtiging voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten.

**Art. 2.** In artikel 2 van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 8°, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, worden tussen de woorden "de transmissiesystemen en in voorkomend geval de schakel- of routeringsapparatuur en andere middelen" en de woorden "die het mogelijk maken signalen" de woorden ", waaronder netwerkelementen die niet actief zijn," ingevoegd;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 18.1, luidende :

« 18.1. schadelijke interferentie : interferentie die het functioneren van een radionavigatiedienst of van andere veiligheidsvoorzieningen in gevaar brengt, of die een overeenkomstig de geldende internationale, communautaire of nationale voorschriften werkende radiocommunicatiedienst op een andere wijze ernstig verslechtert, hindert of herhaaldelijk onderbreekt; »;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 18.2, luidende :

« 18.2. BEREC : het orgaan van Europese regelgevende instanties voor elektronische communicatie, opgericht overeenkomstig Verordening (EG) nr. 1211/2009 van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2009 tot oprichting van het orgaan van Europese regelgevende instanties voor elektronische communicatie (BEREC) en het Bureau; »;

4° de bepaling onder 25° wordt vervangen als volgt :

« 25° transnationale markten : door de Europese Commissie gedefinieerde markten die de Europese Unie of een aanzienlijk, zich over meer dan één lidstaat uitstrekkend, deel daarvan beslaan; »;

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 27.1.1, luidende :

« 27.1.1. netwerkaansluitpunt (NAP) : het fysieke punt waarop een abonnee de toegang tot een openbaar communicatienetwerk wordt geboden; in het geval van netwerken met schakelings- of routeringsfuncties wordt het NAP bepaald door middel van een specifiek netwerkadres, dat met een abonneenummer of -naam kan zijn verbonden; »;

6° de bepaling onder 31° wordt vervangen als volgt :

« 31° openbaar communicatienetwerk : een elektronische-communicatienetwerk dat geheel of hoofdzakelijk wordt gebruikt om voor het publiek beschikbare elektronische-communicatiediensten aan te bieden ter ondersteuning van de overdracht van informatie tussen netwerkaansluitpunten; »;

7° de bepaling onder 44° wordt vervangen als volgt :

« 44° toegang : het beschikbaar stellen van faciliteiten en/of diensten aan een andere onderneming, onder uitdrukkelijke voorwaarden, hetzij op exclusieve hetzij op niet-exclusieve basis, met het oog op het aanbieden van elektronische-communicatiediensten, voor zover die gebruikt worden om diensten voor de informatiemaatschappij of inzake inhoud voor radio- en televisieomroepen aan te bieden. Deze term bestrijkt onder meer : toegang tot netwerkelementen en verwante faciliteiten waarbij eventueel apparatuur kan worden verbonden met vaste of niet-vaste middelen (dit omvat met name toegang tot het aansluitnet en tot faciliteiten en diensten die noodzakelijk zijn om diensten te kunnen aanbieden via het aansluitnet); toegang tot materiële infrastructuur waaronder gebouwen, kabelgoten en masten; toegang tot relevante programmatuursystemen waaronder operationele ondersteunings-systemen; toegang tot informatiesystemen of databases voor reservering, levering, bestelling, onderhouds- en herstelverzoeken en facturering; toegang tot voorwaardelijke toegangssystemen voor digitale televisiediensten en toegang tot virtuele netwerkdiensten; »;

8° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 45.1, luidende :

« 45.1. bijbehorende diensten : de bij een elektronische-communicatienetwerk en/of een elektronische-communicatiedienst behorende diensten die het aanbieden van diensten via dat netwerk en/of dienst mogelijk maken en/of ondersteunen of het potentieel hiertoe bezitten en onder meer nummervertaalsystemen of systemen met soortgelijke functies, voorwaardelijke toegangssystemen en elektronische programmagidsen alsmede andere diensten zoals identiteit, locatie en presentie-informatiediensten omvatten; »;

9° de bepaling onder 46° wordt vervangen als volgt :

« 46° bijbehorende faciliteiten : de bij een elektronische-communicatienetwerk en/of een elektronische-communicatiedienst behorende diensten, fysieke infrastructuur en andere faciliteiten of elementen die het aanbieden van diensten via dat netwerk en/of die dienst mogelijk maken en/of ondersteunen of het potentieel hiertoe bezitten en onder meer gebouwen of toegangen tot gebouwen, bekabeling in gebouwen, antennes, torens en andere ondersteunende constructies, kabelgoten, kabelbuizen, masten, mangaten en straatkasten omvatten; ».

**Art. 3.** Na artikel 5.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 5.2. Registratieplicht en inzagerecht.

De aanbieders van audiovisuele mediadiensten nemen de uitzendingen volledig op en bewaren ze volledig. Van programma's die als opname of als film uitgezonden worden, kan, bij wijze van afwijking, de opname of de film bewaard worden of de vervanging ervan gewaarborgd worden.

De verplichtingen vermeld in het eerste lid gelden tot drie maanden na de dag van uitzending. Indien binnen die termijn een bezwaar tegen een uitzending wordt ingediend, gelden de verplichtingen tot de zaak via een in kracht van gewijsde gegane gerechtelijke beslissing of via bemiddeling beslecht is.

Binnen de termijnen bepaald in het tweede lid kan de Mediaraad te allen tijde kopieën van uitzendingen, opnames en films gratis inkijken of vragen om ze hem gratis toe te zenden.

Wie schriftelijk aannemelijk maakt dat zijn rechten geschonden zijn, kan binnen de termijnen vermeld in het tweede lid eisen dat de aanbieder van mediadiensten inzage in de kopieën van de uitzendingen, opnames en films geeft. Op aanvraag krijgt hij tegen betaling van de kostprijs exemplaren, fragmenten of kopieën van de opname of de film toegezonden. »

**Art. 4.** Artikel 6.1, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 december 2009, wordt gewijzigd als volgt :

1° in de eerste zin worden tussen het woord "zijn" en het punt de woorden "en moet onderscheidbaar zijn van de redactionele inhoud" ingevoegd;

2° tussen de eerste zin en de tweede zin, die de derde zin wordt, wordt een zin ingevoegd, luidende :

« Ze moet met visuele en/of akoestische middelen van andere programma-onderdelen gescheiden zijn. »

**Art. 5.** In titel 3 van hetzelfde decreet wordt vóór artikel 20.1 een artikel 20.0 ingevoegd, luidende :

« Artikel 20.0. Waarborgen van de meningsverscheidenheid.

§ 1. Een machtspositie in de audiovisuele sector die uitgaat van één of meer aanbieders van audiovisuele mediadiensten die direct of indirect een gemeenschappelijke aandeelhouder hebben, mag geen belemmering vormen voor de vrijheid van het publiek om toegang tot een pluralistisch aanbod aan audiovisuele mediadiensten te hebben.

Onder een pluralistisch aanbod wordt een media-aanbod verstaan dat gekenmerkt wordt door een veelheid van onafhankelijke en zelfstandige media die een zo groot mogelijke verscheidenheid aan meningen weerspiegelen.

§ 2. Indien de beslissingskamer vaststelt dat een onderneming een machtspositie heeft, onderzoekt ze de verscheidenheid van het aanbod aan audiovisuele mediadiensten van de aanbieders die in § 1 worden genoemd.

Een machtspositie wordt inzonderheid vermoed indien :

1° een natuurlijke persoon of rechtspersoon die meer dan 24 % van het kapitaal van een aanbieder van televisiediensten in handen heeft, indirect of direct meer dan 24 % van het kapitaal van een andere aanbieder van televisiediensten van de Duitstalige Gemeenschap bezit;

2° een natuurlijke persoon of rechtspersoon die meer dan 24 % van het kapitaal van een aanbieder van klankdiensten in handen heeft, indirect of direct meer dan 24 % van het kapitaal van een andere aanbieder van klankdiensten van de Duitstalige Gemeenschap bezit;

3° het aantal kijkers van verscheidene aanbieders van televisiediensten 20 % van de kijkers van alle aanbieders van televisiediensten van de Duitstalige Gemeenschap bedraagt en één enkele natuurlijke persoon of rechtspersoon indirect of direct meerderheids- of minderheidsaandeelhouder van die aanbieders van televisiediensten is;

4° een aanbieder van televisiediensten meer dan één vierde van de radiofrequenties gebruikt die voor particuliere televisiediensten bedoeld zijn;

5° het aantal luisteraars van verscheidene aanbieders van klankdiensten 20 % van de luisteraars van alle aanbieders van klankdiensten van de Duitstalige Gemeenschap bereikt en één enkele natuurlijke of rechtspersoon indirect of direct meerderheids- of minderheidsaandeelhouder van die aanbieders van klankdiensten is;

6° een aanbieder van klankdiensten meer dan één vierde van de radiofrequenties gebruikt die voor particuliere klankdiensten bedoeld zijn.

§ 3. Indien de beslissingskamer vaststelt dat de vrijheid van het publiek om toegang te krijgen tot een pluralistisch aanbod aan audiovisuele mediadiensten belemmerd wordt, deelt ze de betrokkenen haar bezwaren mee en overlegt ze met hen om maatregelen overeen te komen die de naleving van een gediversifieerd aanbod mogelijk maken.

§ 4. Indien binnen zes maanden na aanvang van het overleg geen overeenstemming wordt bereikt over de maatregelen die overeenkomstig § 3 een pluralistisch aanbod mogelijk maken of indien de afgesproken maatregelen niet in acht worden genomen, kan de beslissingskamer overeenkomstig artikel 120 sancties opleggen.

§ 5. Voor de toepassing van die bepaling kan de beslissingskamer advies inwinnen bij de mededingingsoverheden. »

**Art. 6.** In artikel 21, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 3 december 2009, wordt de tweede zin vervangen als volgt :

« De erkenning wordt voor negen jaar toegekend. »

**Art. 7.** Artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt gewijzigd als volgt :

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting" vervangen door de woorden "een financieringsplan voor een periode van drie jaar";

2° in de bepaling onder 7° wordt tussen het woord "geplande" en het woord "programmaschema" het woord "wekelijks" ingevoegd.

**Art. 8.** In artikel 26, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt tussen het woord "het" en het woord "programmaschema" het woord "wekelijkse" ingevoegd en worden na het woord "programmaschema" de woorden "samen met inlichtingen over herhalingen van programma's, geleverde en niet-gepresenteerde programmaonderdelen" ingevoegd.

**Art. 9.** In titel 3, hoofdstuk 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 26.1. ingevoegd, luidende :

« Art. 26.1. Het recht op verplichte verbreiding voor lineaire televisiediensten.

§ 1. De Regering kan een aanbieder van audiovisuele mediadiensten het recht op verplichte verbreiding van één of meer van zijn lineaire televisiediensten toekennen. De toekenning van dat recht veronderstelt dat de aanbieder van mediadiensten en de Regering een overeenkomst hebben gesloten. Dit recht wordt overeenkomstig artikel 81, § 1, 2<sup>o</sup>, uitgeoefend ten aanzien van kabelmaatschappijen van wie de kabelnetwerken door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele mediadiensten te ontvangen.

§ 2. Het recht op verplichte verbreiding wordt bij de Regering per aangetekende brief aangevraagd. De Regering bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig dagen na ontvangst ervan. De Regering bezorgt de aanvraag en de ontwerpovereenkomst aan de beslissingskamer. De beslissingskamer verstrekt binnen zestig dagen advies daarover.

§ 3. Het recht op verplichte verbreiding van een lineaire televisiedienst kan alleen toegekend worden als die dienst aan de volgende minimumvoorwaarden voldoet :

1<sup>o</sup> bijdragen tot de luister van het erfgoed - inzonderheid het culturele erfgoed - van de Duitstalige Gemeenschap, waarbij die bijdrage verder reikt dan het bepaalde in artikel 12, § 3;

2<sup>o</sup> dagelijks een minimumaantal zenduren aanbieden, waarbij de uitgezonden programma's niet alleen uit heruitzendingen mogen bestaan;

3<sup>o</sup> dagelijks op zijn minst een algemeen journaal aanbieden.

§ 4. In de in § 1 genoemde overeenkomst worden de bijzonderheden van de in § 3 genoemde verplichtingen vastgelegd. In die overeenkomst kunnen ruimere verplichtingen worden opgenomen indien dit wegens het formaat en de aard van de lineaire televisiedienst noodzakelijk is.

§ 5. De aanbieder van lineaire televisiediensten, aan wie een recht op verplichte verbreiding is toegekend, legt in het in artikel 26 genoemde activiteitenverslag uit hoe de verplichtingen die in de overeenkomst worden vermeld, zijn nagekomen.

§ 6. De aanbieder van lineaire televisiediensten, aan wie een recht op verplichte verbreiding is toegekend, verbreidt de dienst in kwestie uiterlijk zes maanden na toekenning van het recht. »

**Art. 10.** Artikel 28, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt aangevuld met een tweede zin, luidende :

« Onverminderd artikel 33 wordt de erkenning voor negen jaar toegekend. »

**Art. 11.** In artikel 30, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1<sup>o</sup> in de bepaling onder 1<sup>o</sup> worden de woorden "productie- en zendinstallaties" vervangen door het woord "zendinstallaties";

2<sup>o</sup> in de bepaling onder 5<sup>o</sup> worden de woorden "ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door het woord "Mediaraad" en het woord "kunnen" door het woord "kan".

**Art. 12.** In artikel 34, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1<sup>o</sup> in de bepaling onder 3<sup>o</sup> worden de woorden "de balansen en de jaarrekeningen m.b.t. de laatste drie dienstjaren of vanaf de oprichting" vervangen door de woorden "een financieringsplan voor een periode van drie jaar";

2<sup>o</sup> in de bepaling onder 5<sup>o</sup> worden de woorden "de geografische ligging van de productie-installaties;" vervangen door de woorden "de vermelding van het adres van de maatschappelijke zetel en de bedrijfszetel van de aanvrager;"

3<sup>o</sup> in de bepaling onder 7<sup>o</sup> wordt tussen het woord "geplande" en het woord "programmaschema" het woord "wekelijks" ingevoegd;

4<sup>o</sup> de bepaling onder 11 wordt vervangen als volgt :

« 11<sup>o</sup> bij het uitzenden van nieuwsprogramma's, de beschrijving van het geplande informatiesysteem, alsook in voorkomend geval het bewijs dat journalisten in dienst zijn genomen of de verplichting om vanaf de toekenning van de erkenning journalisten in dienst te nemen. Overeenkomstig de wet van 30 december 1963 betreffende de erkenning en de bescherming van de titel van beroepsjournalist wordt onder journalisten verstaan : erkende beroepsjournalisten of personen die aan de voorwaarden voldoen om beroepsjournalist te worden; ».

**Art. 13.** Artikel 35 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 3 december 2009, wordt hersteld als volgt :

« Artikel 35. Criteria.

De beslissingskamer waarborgt de diversiteit in het radiolandschap en het evenwicht tussen de verschillende radioformaten met betrekking tot het muziek-, cultuur- en informatieaanbod.

Ze beoordeelt de erkenningsaanvragen overeenkomstig artikel 27.2 op basis van de volgende criteria :

1<sup>o</sup> de manier waarop de aanvragers zich ertoe verplichten te voldoen aan de voorwaarden die uit de artikelen 30 tot 33 voortvloeien, in het bijzonder wanneer het gaat om programmaonderdelen over de Duitstalige Gemeenschap of over gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap;

2<sup>o</sup> de relevantie van het financieringsplan dat in artikel 34, eerste lid, 3<sup>o</sup>, wordt vermeld;

3<sup>o</sup> de originaliteit en het innovatieve karakter van de aanvraag;

4<sup>o</sup> het aandeel van de producties die in de Duitstalige Gemeenschap worden gemaakt;

5<sup>o</sup> de ervaring van de aanvrager in de radiosector;

6<sup>o</sup> de haalbaarheid van het project;

7<sup>o</sup> het waarborgen van de meningsverscheidenheid in de zin van artikel 20.0;

8<sup>o</sup> het efficiënt en storingvrij gebruik van de frequenties, zonder betwisting door het Belgisch Instituut voor Post- en Telecommunicatie (BIPT);

9<sup>o</sup> de doeleinden vermeld in artikel 89. »

**Art. 14.** In artikel 36 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt het woord "Regering" vervangen door het woord "beslissingskamer";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De beslissingskamer legt de datum vast waarop het verslag bij haar moet binnenkomen. »

**Art. 15.** Artikel 44 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 44. Wijziging van rechten en verplichtingen.

Indien de beslissingskamer van plan is om wijzigingen aan te brengen in de rechten, voorwaarden en procedures die van toepassing zijn bij de algemene machtiging en bij de gebruiksrechten of rechten om faciliteiten te installeren, geeft ze de belanghebbende partijen, met inbegrip van gebruikers en consumenten, de gelegenheid om binnen een termijn van ten minste vier weken hun standpunt kenbaar te maken. In uitzonderlijke gevallen kan de termijn korter zijn. Wijzigingen mogen slechts in objectief gerechtvaardigde gevallen en op proportionele wijze worden aangebracht. Dat doet geen afbreuk aan de mogelijkheid kleine wijzigingen aan te brengen die met de houder van de rechten of de houder van de algemene machtiging overeengekomen zijn.

Behalve in met redenen omklede gevallen mogen de rechten om faciliteiten te installeren of de rechten om radiofrequenties te gebruiken, niet beperkt of ingetrokken worden voordat de termijn waarvoor zij verleend zijn, verstreken is. »

**Art. 16.** Artikel 46 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in het eerste lid worden de woorden "en de Regering" opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

« Ondernemingen die grensoverschrijdende elektronische-communicatiediensten verlenen aan ondernemingen die in België of in één of meer lidstaten gevestigd zijn, hoeven in België slechts één kennisgeving af te geven. »

**Art. 17.** Artikel 48, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

« 3° de vermelding van de criteria en procedures volgens welke overeenkomstig artikel 72, eerste lid, bijzondere verplichtingen aan specifieke ondernemingen kunnen worden opgelegd. »

**Art. 18.** Artikel 49 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° het eerste lid wordt § 1;

2° in § 1 wordt het woord "radiofrequentieplan" vervangen door de woorden "plan met de radiofrequenties die aan de verschillende audiovisuele mediadiensten kunnen worden toegewezen";

3° in § 1 worden tussen de woorden "federale technische normen" en het woord "op" de woorden "en van het federale plan voor de verdeling tussen civiele en militaire frequentiebanden" ingevoegd;

4° in § 1 worden tussen de woorden "internationale" en "normen" de woorden "en supranationale" ingevoegd;

5° het artikel wordt aangevuld met de §§ 2 tot 7, luidende :

« § 2. Met inachtneming van de bevoegdheid van de federale overheid, werkt de beslissingskamer met de bevoegde instanties in binnen- en buitenland en met de Europese Commissie samen om het gebruik van het radiospectrum in de Europese Unie strategisch te plannen, te coördineren en te harmoniseren, voor zover die radiofrequenties gebruikt worden om signalen van audiovisuele mediadiensten over te brengen. Daartoe houdt zij onder meer rekening met economische, veiligheids-, gezondheids-, maatschappelijke, vrijemeningsuitings-, culturele, wetenschappelijke, sociale en technische aspecten van het beleid van de Europese Unie, alsmede met de uiteenlopende belangen van de kringen van radiospectrumgebruikers met het oog op de optimalisatie van het gebruik van het radiospectrum en het vermijden van schadelijke interferentie.

§ 3. In samenwerking met de andere lidstaten en de Europese Commissie bevordert de beslissingskamer - voor zover de radiofrequenties gebruikt worden om signalen van audiovisuele mediadiensten over te brengen - de coördinatie van de aanpak van het radiospectrumbeleid in de Europese Unie en, in voorkomend geval, de harmonisatie van de voorwaarden inzake beschikbaarheid en efficiënt gebruik van het radiospectrum die voor het tot stand brengen en het functioneren van de Europese interne markt op het gebied van elektronische communicatie vereist zijn.

§ 4. De beslissingskamer zorgt ervoor dat alle soorten voor elektronische-communicatiediensten gebruikte technologie kunnen worden gebruikt op de radiofrequentiebanden die in overeenstemming met het recht van de Europese Unie beschikbaar zijn verklaard voor elektronische-communicatiediensten.

De beslissingskamer kan echter proportionele en niet-discriminerende beperkingen opleggen met betrekking tot de soorten voor elektronische-communicatiediensten gebruikte technologie, indien dat nodig is om :

1° schadelijke interferentie te vermijden;

2° de volksgezondheid te beschermen tegen elektromagnetische velden;

3° de technische kwaliteit van de dienst te garanderen;

4° te zorgen voor zoveel mogelijk gedeeld gebruik van de radiofrequenties;

5° een efficiënt spectrumgebruik te waarborgen, of

6° een doelstelling van algemeen belang te verwezenlijken overeenkomstig § 5.

§ 5. De beslissingskamer zorgt ervoor dat alle soorten elektronische-communicatiediensten kunnen worden aangeboden op de radiofrequentiebanden die in overeenstemming met het recht van de Europese Unie beschikbaar zijn verklaard voor elektronische-communicatiediensten in het nationale frequentietoewijzingsplan. De beslissingskamer kan echter proportionele en niet-discriminerende beperkingen opleggen met betrekking tot de soorten elektronische-communicatiediensten die worden aangeboden, ook, waar nodig, om te voldoen aan vereisten van de radioregelgeving van de ITU.

Maatregelen die vereisen dat een elektronische-communicatiedienst in een specifieke voor elektronische-communicatiediensten beschikbare band wordt aangeboden, worden gerechtvaardigd door de verwezenlijking van een doelstelling van algemeen belang die de lidstaten in overeenstemming met de EU-wetgeving gedefinieerd hebben, maar niet beperkt tot :

- 1° de veiligheid van het menselijk leven;
- 2° het bevorderen van de sociale, regionale of territoriale samenhang;
- 3° het vermijden van een ondoelmatig gebruik van radiofrequenties;
- 4° de bevordering van culturele en taalkundige diversiteit en pluralisme van de media, bijvoorbeeld door het aanbieden van radio- en televisieomroepdiensten.

Een maatregel die het verlenen van iedere andere elektronische-communicatiedienst in een specifieke band verbiedt, mag alleen worden opgelegd wanneer zij gerechtvaardigd is op grond van de noodzaak de veiligheid van het menselijk leven te beschermen. De beslissingskamer kan een dergelijke maatregel in uitzonderingsgevallen ook uitvaardigen voor de verwezenlijking van andere doelstellingen van algemeen belang zoals door de lidstaten in overeenstemming met de EU-wetgeving gedefinieerd.

§ 6. De beslissingskamer heronderzoekt geregeld de noodzaak van de in de §§ 4 en 5 bedoelde beperkingen en maakt de resultaten van dat heronderzoek bekend.

§ 7. De §§ 4 en 5 zijn van toepassing op spectrum dat is toegewezen voor elektronische-communicatiediensten, algemene machtigingen en individuele gebruiksrechten voor radiofrequenties die na 25 mei 2011 zijn verleend.

Spectrumtoewijzingen, algemene machtigingen en individuele gebruiksrechten die op 25 mei 2011 bestonden, vallen onder artikel 129.1. »

**Art. 19.** Artikel 50, derde lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin :

« In het kader van de toewijzing van één of meer radiofrequenties aan een aanbieder van mediadiensten worden daarenboven geen andere radiofrequenties voor de signaaltoevoer toegewezen. »

**Art. 20.** In artikel 53, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "productie- en" opgeheven;
- 2° de bepaling onder 5° wordt vervangen als volgt :
 

« het soort antenne(s), de typische kenmerken van de antenne(s), met inbegrip van de antennewinst in dBd, het richtdiagram en de gedetailleerde beschrijving van de antenne (aantal dipolen, aantal en soort elementen); »;
- 3° in de bepaling onder 6° worden na het woord "antenne" de woorden "met vermelding van de demping in dB" toegevoegd;
- 4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6.1, luidende :
 

« 6.1. Ongeacht welke soort van elementen voor signaaltoevoer tussen zenderuitgang en antenne-ingang is ingevoegd; »;
- 5° in de bepaling onder 7° wordt tussen het woord "de" en het woord "vergunning" het woord "stedenbouwkundige" ingevoegd;
- 6° in de bepaling onder 8° worden na het woord "zender" de woorden "in watt" toegevoegd.

**Art. 21.** Artikel 55 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 55. Doorgifte of verhuur van gebruiksrechten voor radiofrequenties.

Het doorgeven of verhuren van individuele gebruiksrechten voor radiofrequenties is verboden. »

**Art. 22.** Artikel 60 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde en een vijfde lid, luidende :

« De beslissingskamer bezorgt het Belgische Instituut voor Post- en Telecommunicatie (BIPT) een kopie van de toegewezen radiofrequenties.

Het toewijzingsbewijs bevat de volgende inlichtingen :

- 1° de benaming van de mediadienst;
- 2° de naam van de houder van het toewijzingsbewijs;
- 3° het adres van de maatschappelijke zetel van de houder;
- 4° de toegewezen radiofrequentie(s);
- 5° de frequentie-afwijking per frequentie;
- 6° in voorkomend geval de lijst van de radiofrequenties die in het kader van een bedrijfsovereenkomst of een soortgelijke overeenkomst ter beschikking worden gesteld, alsook de naam van de technische dienstverlener(s);
- 7° in voorkomend geval het adres van de maatschappelijke zetel van de technische dienstverlener(s);
- 8° de aard van het gebruik;
- 9° de geografische coördinaten in lengte- en breedtegraad van de antennestandplaats(en), met verwijzing naar de WGS-84-datum;
- 10° het maximale stralingsvermogen, uitgedrukt in watt, dat via de zendantenne wordt afgegeven en de opgelegde beperkingen;
- 11° de antennehoogte of in voorkomend geval de hoogte van het elektrische zwaartepunt van de antenne;
- 12° de datum van inwerkingtreding van de toewijzing;
- 13° het adres van de bedrijfszetels en de studio's;
- 14° het maximaal toegestane zenderuitgangsvermogen in Watt;
- 15° het soort antenne(s), de typische kenmerken van de antenne(s), met inbegrip van de hoofdstraalrichting in graad, de antennewinst in dBd, het richtdiagram en de gedetailleerde beschrijving van de antenne (aantal dipolen, aantal en soort elementen);



16° het soort en de lengte van de verbindingkabel tussen zender en antenne, met vermelding van de demping in dB;

17° het soort elementen voor signaaltoevoer die tussen zenderuitgang en antenne-ingang worden geplaatst;

18° het volledige verlies aan signaaltoevoer tussen zenderuitgang en antenne-ingang in dB. »

**Art. 23.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 60.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 60.1. Wijziging van toegewezen radiofrequenties.

Elke wijziging inzake zendplaats, toegewezen radiofrequentie of antennehoogte en elke verhoging van het equivalent isotroop uitgestraald vermogen wordt schriftelijk aangevraagd bij de Mediaraad, met vermelding van de redenen daarvoor, en moet vooraf door de beslissingskamer zijn toegestaan. Er wordt onderzocht of de aanvraag technisch compatibel is. Indien deze technische compatibiliteit niet voorhanden is, wordt de aanvraag afgewezen.

Voordat de aanvraag behandeld wordt, betaalt de aanvrager voor elke aanvraag een berekeningsvergoeding van 125 euro. Die vergoeding wordt jaarlijks op basis van het indexcijfer van de consumptieprijzen geïndexeerd. De vergoeding wordt niet geheven wanneer de berekening voortvloeit uit de verplichting van een aanbieder van mediadiensten om een bestaande radiozender aan te passen aan de technische kenmerken die de beslissingskamer heeft opgelegd. De vergoeding wordt niet geheven wanneer voor die aanpassing een tweede berekening nodig is. De Regering kan het bedrag van de berekeningsvergoeding wijzigen. »

**Art. 24.** Artikel 61, § 1, van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 3° opgeheven;

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt :

« De intrekking wordt ter kennis gebracht bij aangetekende brief, met vermelding van de termijn waarbinnen de intrekking ingaat. »

**Art. 25.** Artikel 61*bis* van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 3 december 2009, wordt hersteld als volgt :

« Artikel 61*bis*. Vervallenverklaring van toegewezen radiofrequenties.

Toegewezen radiofrequenties vervallen wanneer ze langer dan een jaar niet of niet meer gebruikt worden of wanneer aan de houder van die radiofrequenties een nieuwe radiofrequentie - die de oude vervangt - wordt toegewezen voor hetzelfde programma. »

**Art. 26.** Artikel 63 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1, tweede lid, wordt de zin "Binnen drie maanden te rekenen van de datum waarop deze documenten werden ingezonden, moet de overheid een advies uitbrengen en de belanghebbende haar beslissing ter kennis geven." vervangen door de volgende zin : "Binnen zes maanden te rekenen vanaf de datum waarop deze documenten werden verzonden, brengt de overheid - behalve in geval van onteigening - een advies uit en brengt ze haar beslissing ter kennis van de belanghebbende.";

2° in § 5 worden de woorden "exploitanten van elektronische communicatiediensten" vervangen door de woorden "exploitanten van openbare elektronische communicatiediensten" en worden de woorden "aanbieders van elektronische communicatienetwerken" vervangen door de woorden "aanbieders van openbaar toegankelijke elektronische communicatienetwerken".

**Art. 27.** Artikel 64 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 64. Collocatie en gedeeld gebruik van netwerkelementen en bijbehorende faciliteiten door exploitanten van elektronische communicatienetwerken.

§ 1. Wanneer een onderneming die elektronische-communicatienetwerken aanbiedt, krachtens de nationale wetgeving het recht heeft om faciliteiten te installeren op, over of onder openbaar of particulier eigendom, dan wel een procedure kan volgen voor de onteigening of het gebruik van eigendom, kan de beslissingskamer met volledige inachtneming van het evenredigheidsbeginsel het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom, met inbegrip van gebouwen, toegangen tot gebouwen, bekabeling in gebouwen, masten, antennes, torens en andere ondersteuningsgebouwen, kabelgoten, leidingen, mangaten en straatkasten, verplicht stellen.

§ 2. De houders van de in § 1 bedoelde rechten kunnen worden verplicht tot het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom (met inbegrip van fysieke collocatie) of tot het treffen van maatregelen om de coördinatie van publieke werken te vergemakkelijken ten einde het milieu, de volksgezondheid en de openbare veiligheid te beschermen of om stedenbouwkundige of planologische redenen, doch zulks pas na een passende periode van openbare raadpleging waarin alle belanghebbende partijen in staat zijn gesteld hun standpunt naar voren te brengen. Dergelijke regelingen kunnen een omslagregeling bevatten voor de kosten van het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom.

§ 3. De beslissingskamer is bevoegd om na een passende periode van openbare raadpleging waarin alle belanghebbende partijen in staat zijn gesteld hun standpunt naar voren te brengen, verplichtingen op te leggen voor het gedeeld gebruik van bekabeling in gebouwen of tot aan het eerste punt van samenkomst of distributie indien dit zich buiten het gebouw bevindt, aan de houders van de in § 1 bedoelde rechten en/of aan de eigenaar van de bekabeling, indien dit gerechtvaardigd is omwille van het feit dat duplicatie van dergelijke infrastructuur economisch inefficiënt of fysiek onuitvoerbaar zou zijn. Dergelijke regelingen kunnen een omslagregeling voor de kosten van het gedeeld gebruik van faciliteiten of eigendom bevatten, waar nodig aangepast aan de risico's.

§ 4. De beslissingskamer kan van ondernemingen verlangen dat ze de nodige informatie verstrekken, zodat ze, samen met de andere nationale regelgevende instanties, een gedetailleerd overzicht van de aard, de beschikbaarheid en de geografische locatie van de in § 1 bedoelde faciliteiten kan opstellen en dit overzicht ter beschikking kan stellen van de belanghebbende partijen.

§ 5. De maatregelen die de beslissingskamer in overeenstemming met dit artikel heeft genomen, zijn objectief, transparant, niet-discriminerend en evenredig.

Zo nodig worden deze maatregelen in overleg met plaatselijke instanties uitgevoerd. »

**Art. 28.** Artikel 65 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 65. Marktdefinitie.

Nadat de Europese Commissie haar overeenkomstig artikel 15, lid 1, van Richtlijn 2002/21/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 inzake een gemeenschappelijk regelgevingskader voor elektronische communicatienetwerken en -diensten (Kaderrichtlijn) gedane aanbeveling inzake relevante markten voor producten en diensten heeft aangenomen of eventueel heeft geactualiseerd of wanneer de daadwerkelijke marktomstandigheden in de Duitstalige Gemeenschap het vereisen, legt de beslissingskamer in overeenstemming met de beginselen van het mededingingsrecht vast welke relevante markten luidens dit hoofdstuk in aanmerking komen voor een regulering en, indien die afwijken van de markten die in de aanbeveling waren vastgelegd, na de raadplegingen bedoeld in artikel 103 te hebben uitgevoerd. »

**Art. 29.** Artikel 66 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in het eerste lid, derde zin, worden de woorden "Bij het onderzoek houdt de beslissingskamer zoveel mogelijk rekening met de door de Europese Commissie vastgelegde criteria" vervangen door de woorden "Bij het onderzoek houdt de beslissingskamer zoveel mogelijk rekening met de in de overeenkomstig artikel 15, lid 1, van de Kaderrichtlijn gedane aanbeveling van de Europese Commissie vastgelegde markten en vastgestelde criteria";

2° het derde lid wordt vervangen als volgt :

« Wanneer een onderneming op een relevante markt (de eerste markt) een aanmerkelijke marktmacht bezit, kan ze ook op een nauw verwante, krachtens artikel 65 bepaalde relevante markt (de tweede markt) als onderneming met een aanmerkelijke marktmacht worden aangemerkt. Dat is het geval als de koppelingen tussen beide markten van dien aard zijn dat de marktmacht van de eerste markt op de tweede markt wordt overgedragen en de totale marktmacht van de onderneming wordt vergroot. Bijgevolg kunnen overeenkomstig de artikelen 72.1, 72.2, 72.3 en 72.5 maatregelen worden genomen om de overdracht van die marktmacht aan banden te leggen; wanneer die maatregelen ontoereikend blijken, kunnen maatregelen worden genomen overeenkomstig artikel 69. »

**Art. 30.** Artikel 68 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in het vierde lid worden de woorden "onder de leden 1 en 2" vervangen door de woorden "in het eerste en het derde lid";

2° het vierde lid wordt aangevuld als volgt :

« Overeenkomstig artikel 103 brengt ze de desbetreffende ontwerpmaatregel ter kennis :

1° binnen drie jaar na de aanneming van een eerdere maatregel met betrekking tot die markt. Die termijn kan in uitzonderlijke gevallen echter met maximaal nog eens drie jaar worden verlengd wanneer de beslissingskamer daartoe bij de Europese Commissie een gemotiveerd verzoek heeft ingediend en de Commissie binnen één maand geen bezwaar heeft gemaakt tegen de verlenging;

2° voor markten waarvoor nog niet eerder kennisgeving is gedaan bij de Commissie, binnen twee jaar na goedkeuring van een herziene aanbeveling inzake relevante markten. »;

3° tussen het vierde lid en het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, wordt het volgende lid ingevoegd :

« Wanneer de beslissingskamer haar analyse van een in de aanbeveling geïdentificeerde relevante markt niet heeft afgerond binnen de termijn die in het vierde lid is vastgesteld, kan ze BEREC om ondersteuning verzoeken bij de voltooiing van de analyse van de specifieke markt en de specifieke verplichtingen die moeten worden opgelegd. Met deze ondersteuning stelt de beslissingskamer de Commissie binnen zes maanden in kennis van de ontwerpmaatregel, conform artikel 103. »

**Art. 31.** Artikel 69, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 32.** Artikel 70 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Onderhandelingsplicht.

Elke geregistreerde exploitant van een openbaar communicatienetwerk is gerechtigd en op verzoek verplicht over interconnectie te onderhandelen met andere exploitanten van openbare communicatienetwerken die binnen de Europese Unie aan de voorwaarden voldoen om communicatiediensten en -netwerken te mogen aanbieden, teneinde de verlening en interoperabiliteit van diensten te waarborgen.

Exploitanten verlenen andere ondernemingen toegang en interconnectie onder voorwaarden die verenigbaar zijn met de verplichtingen die door de beslissingskamer worden opgelegd. »

**Art. 33.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.1. Transparantieverplichtingen.

De verplichtingen inzake transparantie genoemd in artikel 72, eerste lid, 1°, kunnen betrekking hebben op bepaalde inlichtingen, zoals boekhoudkundige informatie, technische specificaties, netwerkenmerken, eisen en voorwaarden voor levering en gebruik - met inbegrip van voorwaarden ter beperking van de toegang tot en/of het gebruik van diensten en toepassingen indien dergelijke voorwaarden in overeenstemming met het recht van de Europese Unie toegestaan zijn - alsmede tarieven.

In het bijzonder wanneer voor een exploitant verplichtingen inzake non-discriminatie gelden, kan de beslissingskamer van die exploitant eisen dat hij een referentieofferte publiceert die voldoende gespecificeerd is om te garanderen dat de ondernemingen niet behoeven te betalen voor faciliteiten die voor de gewenste dienst niet nodig zijn, en waarin een beschrijving wordt gegeven van de betrokken offertes, uitgesplitst in diverse elementen naar gelang van de marktbehoeften, en van de daaraan verbonden eisen en voorwaarden, met inbegrip van de tarieven. De beslissingskamer kan onder meer eisen dat een referentieofferte wordt gewijzigd om uitvoering te geven aan de verplichtingen die uit hoofde van dit decreet zijn opgelegd.

De beslissingskamer kan preciseren welke informatie beschikbaar moet worden gesteld, hoe gedetailleerd die moet zijn en op welke wijze ze moet worden gepubliceerd.

Wanneer een exploitant overeenkomstig artikel 72.4 verplichtingen aangaande groothandelstoegang tot netwerk-infrastructuur heeft, zorgt de beslissingskamer ervoor dat een referentieofferte wordt gepubliceerd, onverminderd het derde lid. »

**Art. 34.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.2. Verplichtingen inzake non-discriminatie.

De verplichtingen inzake non-discriminatie genoemd in artikel 72, eerste lid, 2<sup>o</sup>, zorgen er in het bijzonder voor dat de exploitant, ten aanzien van andere ondernemingen die gelijkwaardige diensten aanbieden, onder gelijkwaardige omstandigheden gelijkwaardige voorwaarden toepast, en ten aanzien van derden diensten en informatie aanbiedt onder dezelfde voorwaarden en van dezelfde kwaliteit als die welke hij zijn eigen diensten of diensten van zijn dochterondernemingen of partners biedt. »

**Art. 35.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.3 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.3. Verplichting tot het voeren van gescheiden boekhoudingen.

Bij het opleggen van de verplichtingen genoemd in artikel 72, eerste lid, 3<sup>o</sup>, kan de beslissingskamer met name van een verticaal geïntegreerde onderneming eisen dat deze opening van zaken geeft over haar groothandelsprijzen en verrekenprijzen, onder andere om ervoor te zorgen dat eventuele non-discriminatievoorschriften als bedoeld in artikel 72.2 nageleefd worden of om, zo nodig, onbillijke kruissubsidiëring te voorkomen. De beslissingskamer kan nader bepalen welk formaat en welke boekhoudkundige methode moeten worden gehanteerd.

Onverminderd de artikelen 101, 104, 105, 106 en 107 kan de beslissingskamer, om het toezicht op de naleving van verplichtingen inzake transparantie en non-discriminatie te vergemakkelijken, eisen dat boekhouddocumenten, met inbegrip van gegevens over van derden ontvangen inkomsten, op verzoek worden overgelegd. De beslissingskamer kan deze informatie publiceren, voor zover dit bijdraagt tot een open en concurrerende markt. Daarbij moeten de bepalingen tot bescherming van handelsgeheimen in acht worden genomen. »

**Art. 36.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.4 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.4. Verplichtingen inzake toegang tot en gebruik van specifieke netwerkfaciliteiten.

§ 1. Overeenkomstig artikel 72, eerste lid, 5<sup>o</sup>, kan de beslissingskamer exploitanten de verplichting opleggen in te gaan op redelijke verzoeken om toegang tot en gebruik van bepaalde netwerkdelen en bijbehorende faciliteiten, onder andere wanneer ze van mening is dat het weigeren van toegang of het opleggen van onredelijke voorwaarden met eenzelfde effect de ontwikkeling van een door duurzame concurrentie gekenmerkte detailhandelsmarkt zou belemmeren of niet in het belang van de eindgebruiker zou zijn.

Van exploitanten kan onder meer worden verlangd dat zij :

1<sup>o</sup> derden toegang verlenen tot bepaalde netwerkelementen en/of -faciliteiten, met inbegrip van toegang tot netwerkelementen die niet actief zijn en/of ontbundelde toegang tot het aansluitnetwerk, onder meer om carrièrkeuze en/of carrièrvoorkeur en/of doorverkoop aanbod van abonneelijnen mogelijk te maken;

2<sup>o</sup> te goeder trouw onderhandelen met ondernemingen die verzoeken om toegang;

3<sup>o</sup> reeds verleende toegang tot faciliteiten niet intrekken;

4<sup>o</sup> op groothandelsbasis bepaalde diensten aanbieden voor doorverkoop door derden;

5<sup>o</sup> open toegang verlenen tot technische interfaces, protocollen of andere kerntechnologieën die onmisbaar zijn voor de interoperabiliteit van diensten of virtuele netwerkdiensten;

6<sup>o</sup> collocatie of andere vormen van gedeeld gebruik van bijbehorende faciliteiten aanbieden;

7<sup>o</sup> bepaalde diensten aanbieden die nodig zijn voor de interoperabiliteit van de aan gebruikers geleverde eind-tot-eind-diensten, inclusief faciliteiten voor intelligente netwerkdiensten of roaming binnen mobiele netwerken;

8<sup>o</sup> toegang verlenen tot operationele ondersteuningssystemen of vergelijkbare softwaresystemen die nodig zijn om billijke concurrentie bij het aanbieden van diensten te waarborgen;

9<sup>o</sup> zorgen voor interconnectie van netwerken of netwerkfaciliteiten;

10<sup>o</sup> toegang verschaffen aan verwante diensten zoals identiteit-, locatie- en presentie-informatiediensten.

De beslissingskamer kan aan die verplichtingen voorwaarden verbinden aangaande billijkheid, redelijkheid en opportuniteit.

§ 2. Wanneer de beslissingskamer overweegt de in § 1 genoemde verplichtingen op te leggen, en in het bijzonder bij de evaluatie van de vraag of dergelijke verplichtingen wel evenredig zijn met de doelstellingen van artikel 89, betreft zij met name de volgende factoren in haar overwegingen :

1<sup>o</sup> de technische en economische levensvatbaarheid van het gebruik of de installatie van concurrerende faciliteiten, in het licht van het tempo van de marktontwikkeling, rekening houdend met de aard van en het soort interconnectie en/of toegang, inclusief de levensvatbaarheid van andere toeleveringsproducten zoals toegang tot kabelgoten;

2<sup>o</sup> de haalbaarheid van de voorgestelde toegangverlening, rekening houdend met de beschikbare capaciteit;

3<sup>o</sup> de door de eigenaar van de faciliteit verrichte initiële investering, rekening houdend met de verrichte overheidsinvesteringen en de aan de investering verbonden risico's;

4<sup>o</sup> de noodzaak om op de lange termijn de concurrentie in stand te houden, met speciale aandacht voor economisch doeltreffende concurrentie op basis van de infrastructuur;

5<sup>o</sup> in voorkomend geval, ter zake geldende intellectuele-eigendomsrechten;

6<sup>o</sup> het verlenen van pan-Europese diensten.

§ 3. Als de beslissingskamer, in overeenstemming met dit artikel, een exploitant ertoe verplicht toegang te verlenen, kan ze technische of operationele voorwaarden opleggen aan de aanbieders en/of de gebruikers van die toegang, wanneer dat nodig is om de normale werking van het netwerk te garanderen. Verplichtingen om specifieke technische normen of specificaties te volgen, moeten in overeenstemming zijn met de overeenkomstig artikel 69, eerste lid, vastgestelde normen en specificaties. »

**Art. 37.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.5 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.5. Verplichtingen inzake prijscontrole en kostentoerekening.

§ 1. De beslissingskamer kan overeenkomstig artikel 72, eerste lid, 6°, verplichtingen inzake het terugverdienen van kosten en prijscontrole opleggen, inclusief verplichtingen inzake kostenoriëntering van prijzen en kostentoerekeningssystemen, voor het verlenen van specifieke interconnectie- en/of toegangstypes, wanneer uit een marktanalyse blijkt dat de betrokken exploitant de prijzen door het ontbreken van werkelijke concurrentie op een buitensporig hoog peil kan handhaven of de marges kan uithollen, ten nadele van de eindgebruikers. Om investeringen door de exploitant in nieuwegeneratienetwerken ook aan te moedigen, houdt de beslissingskamer rekening met de door de exploitant gedane investeringen en laat zij toe dat hij een redelijke opbrengst krijgt uit zijn kapitaalbreng, waarbij zij de specifieke risico's van een bepaald nieuw netwerkproject waarin wordt geïnvesteerd in aanmerking neemt.

§ 2. De beslissingskamer ziet erop toe dat regelingen voor het terugverdienen van kosten en tarifieringsmethoden die worden opgelegd erop gericht zijn efficiëntie en duurzame concurrentie te bevorderen en de consument maximaal voordeel te bieden. In dat verband kan de beslissingskamer ook rekening houden met beschikbare prijzen van vergelijkbare concurrerende markten.

§ 3. Wanneer voor een exploitant een verplichting inzake kostenoriëntering van zijn tarieven geldt, is het aan hem om aan te tonen dat de tarieven worden bepaald op basis van de kosten verhoogd met een redelijk investeringsrendement. Voor de berekening van de kosten verbonden aan efficiënte dienstverlening, kan de beslissingskamer boekhoudkundige kostenberekeningsmethoden gebruiken die los staan van de door de onderneming gebruikte methoden. De beslissingskamer kan van een exploitant verlangen dat deze volledige verantwoording aflegt over zijn tarieven en indien nodig dat deze worden aangepast.

§ 4. De beslissingskamer zorgt ervoor dat, wanneer de invoering van een kostentoerekeningssysteem verplicht wordt gesteld met het oog op prijscontrole, een beschrijving van dit systeem ter beschikking van het publiek wordt gesteld waarin ten minste de hoofdcategorieën waarin de kosten worden ingedeeld en de voor de toerekening van de kosten toegepaste regels worden vermeld. Een gekwalificeerde onafhankelijke instantie ziet toe op de inachtneming van het kostentoerekeningssysteem. Ieder jaar wordt een verklaring betreffende de inachtneming van het systeem gepubliceerd. »

**Art. 38.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.6 ingevoegd, luidende :

« Artikel 72.6. Functionele scheiding.

§ 1. Wanneer de beslissingskamer besluit dat de passende verplichtingen die krachtens artikel 72, eerste lid, zijn opgelegd, geen daadwerkelijke concurrentie tot stand hebben kunnen brengen en dat er belangrijke en blijvende concurrentieproblemen en/of markttekortkomingen zijn vastgesteld met betrekking tot het aanbod op groothandelsniveau op bepaalde markten voor toegangsproducten, kan zij in overeenstemming met artikel 73, eerste lid, een verplichting opleggen aan verticaal geïntegreerde ondernemingen om activiteiten die verband houden met het aanbieden van de desbetreffende toegangsproducten op groothandelsniveau in een onafhankelijke bedrijfseenheid te plaatsen. Die bedrijfseenheid moet toegangsproducten en diensten leveren aan alle ondernemingen met inbegrip van andere bedrijfseenheden binnen de moedermaatschappij, binnen dezelfde tijdspanne, en tegen dezelfde voorwaarden, met inbegrip van de prijs en diensten, en door middel van dezelfde systemen en processen.

§ 2. Wanneer de beslissingskamer voornemens is functionele scheiding verplicht te stellen, dient zij hiertoe een verzoek in te dienen bij de Europese Commissie met :

1° het bewijs dat de in § 1 bedoelde besluiten van de beslissingskamer gerechtvaardigd zijn;

2° een gemotiveerde evaluatie die stelt dat er binnen een redelijke termijn weinig of geen kans is op daadwerkelijke en duurzame op infrastructuur gegronde concurrentie;

3° een analyse van de verwachte impact op de beslissingskamer, de onderneming, met name op het personeel van de gescheiden onderneming en op de elektronische communicatiesector als geheel, en op de stimuli om in haar sector als een geheel te investeren, met name in verband met de noodzaak te zorgen voor sociale en territoriale cohesie, en op andere belanghebbenden, met name de verwachte impact op de mededinging en eventuele gevolgen voor de consument;

4° een analyse van de redenen waarom deze verplichting het efficiëntste middel zou zijn om de geïdentificeerde mededingingsproblemen/ markttekortkomingen op te lossen.

§ 3. De ontwerpmaatregel omvat de volgende elementen :

1° de exacte aard en het niveau van scheiding, waarbij met name de rechtsstatus van de afzonderlijke bedrijfseenheid wordt vermeld;

2° de identificatie van de activa van de afzonderlijke bedrijfseenheid en de producten of diensten die door deze eenheid moeten worden geleverd;

3° de bestuursregelingen om te zorgen voor de onafhankelijkheid van het personeel van de afzonderlijke bedrijfseenheid, en de dienovereenkomstige stimulerende structuur;

4° voorschriften om te zorgen voor naleving van de wetgeving;

5° voorschriften om te zorgen voor transparantie van de operationele procedures, met name ten aanzien van de andere belanghebbenden;

6° een toezichtprogramma om te zorgen voor naleving, met inbegrip van de publicatie van een jaarverslag.

§ 4. Naar aanleiding van het besluit van de Europese Commissie inzake de ontwerpmaatregel die overeenkomstig artikel 73, eerste lid, moet worden genomen, voert de beslissingskamer overeenkomstig de in artikel 66 beschreven procedure een gecoördineerde analyse uit van de verschillende markten die verbonden zijn aan het toegangsnetwerk. Op basis van dit onderzoek moet de beslissingskamer overeenkomstig artikel 103 verplichtingen opleggen, handhaven, wijzigen of opheffen.

§ 5. Een onderneming die functionele scheiding kreeg opgelegd kan worden onderworpen aan alle in artikel 72, eerste lid, vermelde verplichtingen op elke specifieke markt wanneer is vastgesteld dat het een onderneming betreft met aanmerkelijke marktmacht overeenkomstig artikel 66, of andere verplichtingen die op grond van artikel 73, eerste lid, door de Europese Commissie zijn goedgekeurd. »

**Art. 39.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 72.7 ingevoegd, luidende :

« Art. 72.7. Vrijwillige scheiding door een verticaal geïntegreerde onderneming.

§ 1. Ondernemingen waarvan is vastgesteld dat zij overeenkomstig artikel 66 aanmerkelijke marktmacht in een markt of verschillende markten hebben, brengen de beslissingskamer vooraf en tijdig, zodat de beslissingskamer het effect van de voorgenomen transactie kan beoordelen, op de hoogte wanneer zij voornemens zijn hun plaatselijke toegangsnetwerkactiva of een belangrijk deel ervan over te dragen aan een afzonderlijke rechtspersoon met een verschillende eigenaar, of een afzonderlijke bedrijfseenheid op te richten om alle kleinhandelaren, met inbegrip van de eigen kleinhandelafdelingen, volledig equivalente toegangsproducten aan te bieden.

De ondernemingen stellen de beslissingskamer tevens in kennis van eventuele veranderingen van dat voornemen, alsmede van het eindresultaat van het scheidingsproces.

§ 2. De beslissingskamer onderzoekt welke weerslag de voorgenomen transactie op de bestaande verplichtingen zal hebben.

Hiertoe voert de beslissingskamer, in overeenstemming met de in artikel 66 beschreven procedure, een gecoördineerde analyse uit van de verschillende markten die aan het toegangsnetwerk verbonden zijn.

Op basis van dit onderzoek moet de beslissingskamer overeenkomstig artikel 103 verplichtingen opleggen, handhaven, wijzigen of opheffen.

§ 3. De juridisch en/of operationeel gescheiden bedrijfseenheden kunnen worden onderworpen aan alle in artikel 72, eerste lid, vermelde verplichtingen op alle specifieke markten waar is vastgesteld dat de onderneming aanmerkelijke marktmacht heeft overeenkomstig artikel 66, of andere verplichtingen die de Europese Commissie op grond van artikel 73, eerste lid, heeft toegestaan. »

**Art. 40.** Artikel 73, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Onverminderd artikel 76 kan de beslissingskamer in buitengewone omstandigheden en na goedkeuring van de Europese Commissie ondernemingen met aanmerkelijke marktmacht andere verplichtingen inzake toegang en interconnectie opleggen dan die vermeld in artikel 72, eerste lid. »

**Art. 41.** Artikel 74 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in het eerste lid worden tussen de woorden "andere toegangsverplichtingen" en "opleggen" de woorden "en verplichtingen om hun diensten interoperabel te maken" ingevoegd;

2° het tweede lid wordt aangevuld met een tweede zin, luidende :

« Verplichtingen en voorwaarden die overeenkomstig het eerste lid worden opgelegd, zijn objectief, transparant, evenredig en niet-discriminerend. »

**Art. 42.** In artikel 80, § 1, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 3 december 2009, worden de woorden "2° en 3°" vervangen door de woorden "2°, of wordt aangezet tot haat op grond van ras, geslacht, godsdienst of nationaliteit".

**Art. 43.** In artikel 81 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, worden tussen de woorden "van de Duitstalige Gemeenschap" en "rekening te houden" de woorden "als grensregio in een meertalige staat zonder nationale radio- en televisieomroeporganisatie" ingevoegd;

2° § 1, 2°, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« 2° de lineaire televisiediensten die over een recht zoals bedoeld in artikel 26.1 beschikken; »

3° in § 1, 3°, worden de woorden "twee lineaire televisiediensten" vervangen door de woorden "de lineaire televisiediensten";

4° in § 1, 4°, worden de woorden "twee lineaire televisiediensten" vervangen door de woorden "de lineaire televisiediensten";

5° § 2, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

« De beslissingskamer kan kabelmaatschappijen van wie de kabelnetwerken door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele mediadiensten te ontvangen, ertoe verplichten nog andere audiovisuele mediadiensten aan te bieden. De Regering bepaalt de desbetreffende criteria en vermeldt uitdrukkelijk welke doelstellingen van algemeen belang daarmee worden nagestreefd. Voordat zij haar besluit neemt, verzoekt de beslissingskamer de betrokken kabelmaatschappijen en verbruikers via haar website om binnen een termijn van ten minste zestig dagen hun standpunt omtrent het ontwerpbesluit te kennen te geven. Indien binnen die termijn geen standpunt te kennen wordt gegeven, kan de beslissingskamer haar besluit uitvaardigen. »;

6° in § 3, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt tussen de eerste en de tweede zin, die de derde zin wordt, een zin ingevoegd, luidende :

« De resultaten van het onderzoek worden op de website van de Mediaraad bekendgemaakt. »

**Art. 44.** Artikel 82 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 82. Aanvullende verplichte diensten.

"De beslissingskamer kan kabelmaatschappijen van wie de kabelnetwerken door een significant aantal eindgebruikers gebruikt worden als voornaamste middel om lineaire audiovisuele mediadiensten te ontvangen, ertoe verplichten aanvullende diensten aan te bieden, in het bijzonder toegankelijkheidsdiensten om een passende toegang voor eindgebruikers met een handicap mogelijk te maken. »

**Art. 45.** Artikel 85 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een § 3, luidende :

« § 3. Aanbieders van digitale tv-diensten en -apparatuur werken samen om interoperabele tv-diensten voor eindgebruikers met een handicap aan te bieden. »

**Art. 46.** Artikel 86 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1 wordt tussen de eerste zin en de tweede zin, die de derde zin wordt, een zin ingevoegd, luidende :

« Het gaat om een regelgevende instantie die haar bevoegdheden onpartijdig, transparant en tijdig uitoefent. »;

2° in § 1, tweede zin, die de derde zin wordt, worden de woorden "die de Regering ter goedkeuring moet worden voorgelegd" vervangen door de woorden "die in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt";

3° in § 2, eerste lid, wordt het woord "en" vervangen door een komma en worden na de woorden "de advieskamer" de woorden ", het dagelijks bestuur en het secretariaat" toegevoegd;

4° in § 2, tweede lid, worden tussen de woorden "wijst de voorzitter" en "aan" de woorden "van de beslissingskamer" ingevoegd; voorts wordt § 2, tweede lid, aangevuld met de volgende zin : "De voorzitter van de advieskamer wordt door de leden van die kamer uit haar midden gekozen."

5° § 2, derde lid, wordt opgeheven;

6° § 3, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

" § 3 - De Regering stelt de Mediaraad voldoende financiële en menselijke middelen ter beschikking om ervoor te zorgen dat die raad de hem toegewezen taken kan vervullen.;"

7° in § 4 schrijve men "De betrokken voorzitter" in plaats van "De voorzitter";

8° § 4 wordt aangevuld als volgt :

« Het lid van het dagelijks bestuur dat de beslissingskamer begeleidt woont de vergaderingen van de beslissingskamer bij, met het recht om zijn standpunt te kennen te geven over de onderwerpen die om advies zijn voorgelegd. Het lid van het dagelijks bestuur dat de advieskamer begeleidt woont de vergaderingen van de advieskamer bij, met het recht om zijn standpunt te kennen te geven over de onderwerpen die om advies zijn voorgelegd. De adviseurs en deskundigen kunnen de vergaderingen van de kamers bijwonen, met het recht om hun standpunt te kennen te geven over de onderwerpen die om advies zijn voorgelegd. »

**Art. 47.** In artikel 87 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de eerste en de tweede zin vervangen als volgt :

« De duur van het mandaat van de leden van de beslissingskamer en van de gewone leden en de plaatsvervangende leden van de advieskamer bedraagt vier jaar. Het mandaat gaat in op de eerste vergadering van de Mediaraad. »;

2° in het eerste lid, derde zin, wordt het woord "organen" telkens vervangen door het woord "kamers".

3° het tweede lid wordt aangevuld als volgt :

« Het mandaat van de voorzitter van de beide kamers kan één keer worden verlengd. »

**Art. 48.** Artikel 89 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 89. Doeleinden.

§ 1. De beslissingskamer heeft tot taak, door alle maatregelen bepaald bij dit decreet, volgende doeleinden te bereiken :

1° ze bevordert de mededinging bij het aanbieden van audiovisuele mediadiensten, onder meer op de volgende wijze :

a) ze zorgt ervoor dat de gebruikers, met inbegrip van gebruikers met een handicap, oudere gebruikers en gebruikers met speciale sociale behoeften optimaal profiteren wat betreft keuze, prijs en kwaliteit;

b) ze zorgt ervoor dat er in de sector elektronische communicatie geen verstoring of beperking van de concurrentie is, ook niet in de doorgifte van inhoud;

c) ze zorgt voor een efficiënt gebruik van de radiofrequenties en waarborgt een efficiënt beheer van de radiofrequenties.

2° ze draagt bij tot de ontwikkeling van de interne markt, onder meer op de volgende wijze :

a) ze heft resterende belemmeringen voor het aanbieden van audiovisuele mediadiensten op Europees niveau op;

b) ze moedigt het opzetten en ontwikkelen van trans-Europese netwerken en de interoperabiliteit van pan-Europese diensten aan en eind-tot-eind connectiviteit;

c) ze werkt samen met de andere nationale regelgevende instanties, de Europese Commissie en BEREC om de ontwikkeling van een consistente regelgevende praktijk en de consistente toepassing van het Europese regelgeving-skader te waarborgen.

3° ze behartigt de belangen van de burgers van de Europese Unie, onder meer op de volgende wijze :

a) ze waarborgt dat alle burgers toegang hebben tot een universele dienst als omschreven in Richtlijn 2002/22/EG inzake de universele dienst en gebruikersrechten met betrekking tot elektronische-communicatienetwerken en -diensten (universeledienstrichtlijn);

b) ze waarborgt de consument een hoog niveau van bescherming bij zijn transacties met leveranciers, met name door ervoor te zorgen dat er eenvoudige en goedkope geschillenprocedures beschikbaar zijn die worden toegepast door een van de betrokken partijen onafhankelijke instantie;

c) ze draagt bij tot het waarborgen van een hoog niveau van bescherming van persoonsgegevens;

d) ze zorgt voor de verstrekking van duidelijke informatie, met name door te verplichten tot transparantie ten aanzien van tarieven en de voorwaarden voor het gebruik van openbare elektronische-communicatiediensten;

e) ze schenkt aandacht aan de behoeften van specifieke maatschappelijke groepen, met name gebruikers met een handicap, oudere gebruikers en gebruikers met speciale sociale behoeften;

f) ze waarborgt de integriteit en de veiligheid van de openbare communicatienetwerken;

g) ze bevordert het vermogen van de eindgebruikers om toegang te krijgen tot informatie en deze te verspreiden of om gebruik te maken van toepassingen en diensten van hun keuze.

§ 2. De beslissingskamer past bij het nastreven van de in § 1 vastgelegde beleidsdoelstellingen objectieve, transparante, niet-discriminerende en evenredige principes in de regelgeving toe, onder meer op de volgende wijze :

a) ze bevordert de voorspelbaarheid van de regelgeving door te zorgen voor een consistente aanpak in de regelgeving tijdens geschikte herzieningsperiodes;

b) ze waarborgt dat er bij gelijke omstandigheden geen discriminatie plaatsvindt bij de behandeling van ondernemingen die elektronische-communicatienetwerken en -diensten leveren;

c) ze beschermt de concurrentie in het belang van de consument en bevordert waar nodig een op infrastructuur gebaseerde concurrentie;

d) ze bevordert efficiënte investeringen en innovatie in nieuwe en betere infrastructuur, onder meer door te zorgen dat er in de toegangsverplichtingen voldoende rekening wordt gehouden met het door de investering genomen risico en door verschillende samenwerkingsovereenkomsten tussen investeerders en partijen die toegang willen hebben, toe te staan om het investeringsrisico te spreiden, waarbij ervoor wordt gezorgd dat de concurrentie op de markt en het non-discriminatiebeginsel worden gevrijwaard;

e) ze houdt naar behoren rekening met de uiteenlopende omstandigheden die wat betreft concurrentie en consumenten in de verschillende geografische gebieden binnen een lidstaat bestaan;

f) ze legt regelgevende verplichtingen ex ante uitsluitend daar op waar geen effectieve en duurzame concurrentie is en ze verlicht de verplichtingen of heft deze op zodra er wel aan die voorwaarde is voldaan.

§ 3. De beslissingskamer draagt binnen haar bevoegdheden bij tot het waarborgen van de uitvoering van beleid ter bevordering van culturele en taalkundige verscheidenheid en pluralisme in de media.

Bij de uitoefening van haar taken houdt de beslissingskamer zoveel mogelijk rekening met de relevante aanbevelingen van de Europese Commissie. Ze stelt de Europese Commissie in kennis van met redenen omklede afwijkingen. Er wordt geen afbreuk gedaan aan artikel 103.

Voorts bevordert en waarborgt ze passende toegang en interconnectie, alsook interoperabiliteit van diensten, en oefent ze daarbij haar bevoegdheid uit op een wijze die bevorderlijk is voor efficiëntie en duurzame concurrentie, efficiënte investeringen en innovatie, en die de eindgebruikers het grootste voordeel biedt. »

**Art. 49.** Artikel 90 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° het eerste lid wordt aangevuld met een derde zin, luidende :

« Voor de mandaten van de leden van de beslissingskamer wordt een openbare oproep tot de gegadigden gedaan. »

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt : "De leden van de beslissingskamer leggen de eed bepaald in het decreet van 20 juli 1831 betreffende de eedaflegging bij de aanvang der grondwettelijke vertegenwoordigende monarchie af ten overstaan van de minister die bevoegd is voor de audiovisuele sector."

**Art. 50.** Artikel 93 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Het besluit tot afzetting van leden van de beslissingskamer wordt bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* op het ogenblik dat dit besluit wordt genomen. De afgezette leden moeten een motivering ontvangen en hebben het recht de openbaarmaking van die motivering te verlangen, indien zulks anders niet zou geschieden; in dat geval wordt de motivering openbaar gemaakt. »

**Art. 51.** In artikel 94, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 4° wordt het woord "en" geschrapt en vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een nieuwe bepaling onder 4.1 ingevoegd, luidende :

« 4.1. BEREC overeenkomstig artikel 107.2; »

**Art. 52.** Artikel 95 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De beslissingskamer verzamelt informatie over de algemene strekking van de beroepen, het aantal beroepen, de duur van de beroepsprocedures en het aantal besluiten om voorlopige maatregelen te nemen. Ze verstrekt die gegevens aan de Europese Commissie, respectievelijk BEREC, ingevolge een met redenen omkleed verzoek van de Europese Commissie, respectievelijk BEREC. »

**Art. 53.** Artikel 96, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 54.** Artikel 97 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 97. Principe.

Overeenkomstig dit decreet en met inachtneming van de doeleinden genoemd in artikel 89 heeft de beslissingskamer inzonderheid de volgende taken :

1° overeenkomstig artikel 17, eerste lid, 4°, deelt ze de RDS-PI-code mee;

2° overeenkomstig de artikelen 20.1, 27.1 en 38 ontvangt ze de aanvragen om registratie;

3° overeenkomstig de artikelen 21, 27.2 en 33 kent ze de erkenningen toe;

4° overeenkomstig de artikelen 21 en 28 herroept ze erkenningen;

5° overeenkomstig de artikelen 26, 36 en 41 ontvangt ze de activiteitenverslagen;

6° overeenkomstig artikel 30, § 3, houdt ze toezicht op de afspraken over de levering van programmaonderdelen;

7° ze brengt advies uit over aanvragen en ontwerpovereenkomsten betreffende het recht op verplichte verbreiding die overeenkomstig artikel 26.1 bij haar zijn ingediend;

8° om de vier jaar - voor het eerst op 1 juli 2011 - stelt ze een verslag op over de bevordering van de vervaardiging van en de toegang tot Europese producties in de niet-lineaire audiovisuele mediadiensten;

9° ze zorgt voor de naleving van de voorwaarden voor de algemene machtiging of het gebruik van radiofrequenties, alsook van de bijzondere verplichtingen vermeld in artikel 48, derde lid;

10° overeenkomstig artikel 46 ontvangt ze de mededelingen betreffende het aanbieden van elektronische-communicatienetwerken en -diensten;

11° overeenkomstig artikel 46, derde lid, houdt ze een register van de exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en van de aanbieders van elektronische-communicatiediensten bij en publiceert ze dat register;

12° ze stelt de in artikel 48 genoemde registratieverklaring op;

13° overeenkomstig de artikelen 50 en 57 kent ze de radiofrequenties toe;

14° overeenkomstig artikel 51 maakt ze de informatie over de beschikbaarheid van de radiofrequenties bekend;

15° overeenkomstig artikel 54 ontvangt ze de mededelingen;

16° overeenkomstig artikel 61, § 1, trekt ze toegewezen radiofrequenties in;

17° overeenkomstig artikel 61, § 2, ontvangt ze de verklaringen dat afstand wordt gedaan van een toewijzing;

18° ze neemt de maatregelen overeenkomstig artikel 64;

19° overeenkomstig hoofdstuk 3 van titel 4 zorgt ze voor de marktregulering, maakt ze de marktanalyse overeenkomstig artikel 66 en neemt ze regulerende maatregelen;

20° overeenkomstig artikel 79, § 2, wordt ze op de hoogte gebracht van de klankdiensten die door kabelmaatschappijen worden uitgezonden;

21° overeenkomstig artikel 80 legt ze voorlopige schorsing en verbod op doorgifte van mediadiensten op;

22° overeenkomstig artikel 80.1 neemt ze maatregelen tegen bepaalde niet-lineaire audiovisuele mediadiensten;

23° overeenkomstig de artikelen 81 en 82 legt ze verplichtingen op en houdt ze toezicht op de naleving van die verplichtingen;

24° overeenkomstig de in artikel 89 genoemde doeleinden stelt ze informatie ter beschikking om de digitale kloof te verkleinen;

25° overeenkomstig de artikelen 94 en 107.1 werkt ze samen met andere instanties;

26° ze neemt de in de artikelen 99 en 100 genoemde maatregelen om geschillen te beslechten;

27° overeenkomstig artikel 101 doet ze alle nodige mededelingen aan de Europese Commissie;

28° overeenkomstig artikel 102 verzoekt ze om inlichtingen;

29° overeenkomstig artikel 103 wint ze advies in;

30° ze volgt de procedure beschreven in artikel 103.1;

31° overeenkomstig artikel 104 hoort ze belanghebbenden;

32° overeenkomstig artikel 105 publiceert ze informatie;

33° overeenkomstig de artikelen 106 en 107 verstrekt ze informatie;

34° overeenkomstig titel 7, afdeling 1, legt ze sancties op;

35° ze doet voorstellen overeenkomstig artikel 119.1;

36° ze controleert de naleving van de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap. »

**Art. 55.** In artikel 98 van hetzelfde decreet wordt de tweede tot en met de vierde zin opgeheven.

**Art. 56.** De eerste zin van artikel 99, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Onverminderd de bevoegdheid van de gewone rechterlijke instanties kunnen geschillen tussen consumenten en ondernemingen die elektronische-communicatienetwerken of -diensten aanbieden, met betrekking tot de voorwaarden en/of de uitvoering van de overeenkomsten over het aanbieden van zulke netwerken en/of diensten, aan de beslissingskamer worden voorgelegd. De consument behoudt de rechtsbescherming die hij op grond van andere rechtsbepalingen geniet. »

**Art. 57.** In artikel 100 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden tussen het woord "aanbieden" en het woord "dan" de volgende woorden ingevoegd : "of tussen die ondernemingen en andere ondernemingen in de lidstaten waaraan toegangs- en/of interconnectieverplichtingen ten goede komen";

2° § 2, eerste lid, wordt aangevuld als volgt :

« Ze hebben het recht BEREC te raadplegen om een consistente oplossing voor het geschil te vinden, overeenkomstig de in artikel 89 genoemde doeleinden. Verplichtingen die de nationale regelgevende instanties aan ondernemingen opleggen in het kader van de beslechting van een geschil zijn in overeenstemming met titel 4 en houden zo veel mogelijk rekening met de aanbeveling van BEREC. »



3° § 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De bevoegde nationale regelgevende instanties kunnen gezamenlijk besluiten een geschil niet te beslechten wanneer er andere mechanismen bestaan, met inbegrip van bemiddeling, die beter zouden kunnen bijdragen tot het tijdig beslechten van het geschil overeenkomstig artikel 89. Zij stellen de partijen onverwijld daarvan in kennis. Wanneer het geschil binnen vier maanden niet is beslecht, indien het geschil niet voor de rechter is gebracht en indien een van beide partijen daarom verzoekt, coördineren de nationale regelgevende instanties hun werkzaamheden om een oplossing voor het geschil te vinden, overeenkomstig artikel 89, waarbij zoveel mogelijk rekening wordt gehouden met de door BEREK gegeven aanbeveling. »

**Art. 58.** Artikel 102 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° in de bepaling onder 2° vervallen de woorden "in dit decreet vastgelegde" en worden tussen het woord "verplichtingen" en het woord "en" de volgende woorden ingevoegd : "die voortvloeien uit de algemene machtiging en de bijzondere verplichtingen overeenkomstig artikel 48, derde lid,;"

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 2.1, luidende :

« 2.1. een efficiënt gebruik en een efficiënt beheer van radiofrequenties te kunnen waarborgen; »

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 2.2, luidende :

« 2.2. toekomstige ontwikkelingen van het netwerk of de diensten die gevolgen zouden kunnen hebben voor de groothandelsdiensten die beschikbaar zijn gesteld aan concurrenten, te kunnen evalueren; »

4° het artikel wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

« Van ondernemingen met een aanmerkelijke macht op groothandelsmarkten kan ook worden verlangd dat zij gegevens verstrekken over de detailhandelsmarkten die verbonden zijn met die groothandelsmarkten.

Ondernemingen verstrekken dergelijke informatie op verzoek onverwijld, binnen de termijnen die de beslissingskamer vaststelt en zo gedetailleerd als de beslissingskamer verlangt. De door de beslissingskamer aangevraagde informatie dient in evenredigheid te zijn met de uitvoering van die taak. De beslissingskamer noemt de redenen voor haar verzoek om informatie en behandelt de informatie overeenkomstig artikel 108. »

**Art. 59.** Artikel 103 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 103. Raadplegingsprocedure.

§ 1. Behalve in de gevallen die onder § 2, vijfde lid, of artikel 100 vallen, stelt de beslissingskamer de belanghebbenden in staat binnen een redelijke termijn hun zienswijzen te geven op ontwerpmaatregelen die ze krachtens dit decreet voornemens is te nemen of waarmee ze overeenkomstig artikel 49, §§ 4 en 5, voornemens is beperkingen vast te stellen en die aanzienlijke gevolgen voor de relevante markt hebben. De hoorzittingen en de resultaten ervan worden door de beslissingskamer openbaar gemaakt. Hiermee wordt geen afbreuk gedaan aan het beschermen van de bedrijfs- en handelsgeheimen van de belanghebbende partijen overeenkomstig artikel 108. Te dien einde richt de beslissingskamer een centraal informatiepunt op waar een lijst met alle lopende hoorzittingen wordt bewaard.

§ 2. Daarenboven stelt de beslissingskamer de Europese Commissie, BEREK, alsook de nationale regelgevende instanties van de andere lidstaten in kennis van de maatregelen ontworpen overeenkomstig dit decreet, voor zover deze onder artikelen 65, 66, 73 of 74 vallen en invloed zouden hebben op de handel tussen de lidstaten en voor zover in aanbevelingen of richtsnoeren van de Europese Commissie niets anders bepaald is.

De beslissingskamer houdt zoveel mogelijk rekening met de opmerkingen die de Europese Commissie, BEREK en de regelgevende instanties van de andere lidstaten binnen een bepaalde termijn maken. Ze zendt het eruit voortvloeiende ontwerp aan de Europese Commissie toe.

Indien een ontwerp betrekking heeft op de vaststelling van een relevante markt die verschilt van de markten die in de aanbeveling inzake relevante markten voor producten en diensten, gepubliceerd door de Europese Commissie overeenkomstig artikel 15, lid 1, van de Richtlijn 2002/21/EG van het Europees Parlement en van de Raad van 7 maart 2002 inzake een gemeenschappelijk regelgevingskader voor elektronische-communicatienetwerken en -diensten (Kaderrichtlijn), in hun respectievelijke versie gedefinieerd zijn, of indien één of meerdere ondernemingen aanzienlijke marktmacht bezitten, waarbij die beslissing van invloed zou zijn op de handel tussen de lidstaten, en de Europese Commissie binnen de termijn bedoeld in de tweede zin van het eerste lid verklaart dat het ontwerp een belemmering voor de interne markt opwerpt of dat zij ernstige twijfels heeft omtrent de verenigbaarheid van het ontwerp met het recht van de Europese Unie en inzonderheid met de in artikel 8 van de Kaderrichtlijn genoemde doelstellingen, dan wordt de beslissing omtrent de ontworpen maatregel door de beslissingskamer met nog eens twee maanden uitgesteld. Als de Europese Commissie binnen deze termijn beslist van de beslissingskamer de intrekking van haar ontwerp te verlangen, dan is de beslissingskamer aan deze beslissing gebonden. Wenst de beslissingskamer de door de Europese Commissie voorgestelde wijzigingen te volgen, dan wijzigt ze het ontwerp rekening houdend met de beslissing van de Europese Commissie binnen zes maanden na de datum van de beslissing van de Commissie, houdt ze overeenkomstig § 1 een hoorzitting en bezorgt ze het gewijzigde ontwerp aan de Commissie.

De beslissingskamer deelt de Europese Commissie en BEREK alle aangenomen definitieve maatregelen mee die onder de eerste zin van het eerste lid vallen.

Indien de beslissingskamer in uitzonderlijke omstandigheden oordeelt dat dringend - zonder de procedure bepaald in § 1 en in het eerste tot het derde lid na te leven - moet worden gehandeld teneinde de concurrentie te waarborgen en de belangen van de gebruikers te beschermen, kan zij onmiddellijk evenredige en voorlopige maatregelen vaststellen. Zij deelt die maatregelen onverwijld, samen met een volledige verantwoording, aan de Europese Commissie en aan de overige nationale regelgevende instanties mede. Een beslissing van de beslissingskamer, deze maatregelen permanent te maken of de geldigheidsduur ervan te verlengen, valt onder de bepalingen van § 1 en van het eerste tot het vierde lid. »

**Art. 60.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 103.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 103.1. Procedure voor de consequente toepassing van bepaalde maatregelen.

Indien de Europese Commissie de beslissingskamer binnen de termijn van één maand, die is vastgelegd in artikel 103, § 2, eerste lid, meedeelt waarom ze van oordeel is dat de ontwerpmaatregel een belemmering voor de interne markt opwerpt of waarom ze ernstige twijfels heeft omtrent de verenigbaarheid van het ontwerp met het EU-recht, kan de ontwerpmaatregel binnen een periode van nog eens drie maanden na de kennisgeving van de Commissie niet aangenomen worden. Bij uitblijven van een dergelijke kennisgeving kan de beslissingskamer de ontwerpmaatregel vaststellen, waarbij zoveel mogelijk rekening wordt gehouden met de opmerkingen van de Commissie, BEREC of andere nationale regelgevende instanties.

Binnen de periode van drie maanden vermeld in het eerste lid werken de Europese Commissie, BEREC en de beslissingskamer nauw samen om de meest geschikte en effectieve maatregel vast te stellen in het licht van de doeleinden van artikel 89, waarbij rekening wordt gehouden met de standpunten van marktdeelnemers en de noodzaak om te zorgen voor de ontwikkeling van een consequente regelgevingspraktijk.

Vóór het einde van de in het eerste lid bedoelde periode van drie maanden kan de beslissingskamer :

1° de ontwerpmaatregel wijzigen of intrekken, rekening houdend met de in het eerste lid bedoelde kennisgeving van de Commissie en het advies en de aanbeveling van BEREC;

2° de ontwerpmaatregel handhaven.

Binnen een maand na de aanbeveling van de Europese Commissie overeenkomstig artikel 7bis, lid 5, onder a), van de kaderrichtlijn of de intrekking van haar voorbehouden overeenkomstig artikel 7bis, lid 5, onder b), van de kaderrichtlijn deelt de beslissingskamer de vastgestelde definitieve maatregel aan de Commissie en BEREC mee. Deze periode kan worden verlengd om de beslissingskamer in staat te stellen overeenkomstig artikel 103, § 1, een openbare raadpleging te houden.

Indien de beslissingskamer besluit de ontwerpmaatregel niet te wijzigen of in te trekken op basis van de aanbeveling die overeenkomstig artikel 7bis, lid 5, onder a), van de kaderrichtlijn is gedaan, dient zij dit met redenen te omkleden.

De beslissingskamer kan de voorgestelde ontwerpmaatregel op elk moment tijdens de procedure intrekken. »

**Art. 61.** Artikel 104 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De beslissingskamer zet een raadplegingsmechanisme op dat waarborgt dat bij haar besluitvorming inzake vraagstukken die verband houden met de rechten van eindgebruikers en consumenten wat openbare elektronische communicatiediensten betreft op passende wijze rekening wordt gehouden met de belangen van de consument op het gebied van elektronische communicatie. »

**Art. 62.** In artikel 105, eerste lid, van hetzelfde decreet worden tussen het woord "gebruiksrechten" en de woorden "en marktregulering" de woorden ", rechten om faciliteiten te installeren" ingevoegd.

**Art. 63.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 107.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 107.2. BEREC.

De beslissingskamer ondersteunt actief de doelstellingen van BEREC ter bevordering van de coördinatie van de regelgeving en ter bevordering van de coherentie.

Bij de aanneming van beslissingen die betrekking hebben op haar eigen markten houdt de beslissingskamer zeer zorgvuldig rekening met de door BEREC gegeven adviezen en gemeenschappelijke standpunten. »

**Art. 64.** In artikel 108 van hetzelfde decreet worden de woorden "De beslissingskamer moet de haar ter kennis gegeven bedrijfs- en handelsgeheimen" vervangen door de woorden "De leden, de plaatsvervangende leden, de leden van het dagelijks bestuur, de adviseurs, de deskundigen en de personeelsleden van de Mediaraad moeten de hun ter kennis gegeven bedrijfs- en handelsgeheimen".

**Art. 65.** In artikel 110 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden tussen de eerste en de tweede zin, die de vierde zin wordt, twee zinnen ingevoegd, luidende :

« Indien de beslissingskamer administratieve bijdragen heft, publiceert ze een jaarlijks overzicht van haar bestuurskosten en van de bijdragen die in totaal zijn geïnd. Overeenkomstig het verschil tussen het totaal van de bijdragen en de bestuurskosten worden rechtzettingen doorgevoerd. »;

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« De beslissingskamer beschikt over een eigen jaarlijkse begroting die wordt opgemaakt door het dagelijks bestuur. De begrotingen worden op de website van de Mediaraad bekendgemaakt. Voorts beschikt de beslissingskamer over voldoende financiële middelen om bij te dragen tot BEREC. »

**Art. 66.** In titel 5, hoofdstuk 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 110.1. ingevoegd, luidende :

« Artikel 110.1. Transparantieplichtingen.

Het dagelijks bestuur maakt jaarlijks een jaarrekening en een begroting voor de beide kamers op. Die documenten worden aan de Regering bezorgd. Het dagelijks bestuur voert de boekhouding van de Mediaraad. »

**Art. 67.** Artikel 114 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° § 1, 2°, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt opgeheven;

2° in § 1, 5°, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt het woord "bezwaren" opgeheven.

**Art. 68.** In titel 5 van hetzelfde decreet wordt na artikel 116 een hoofdstuk 4 met het opschrift "Hoofdstuk 4 - Dagelijks bestuur en auditoraat" ingevoegd.

**Art. 69.** In hoofdstuk 4, ingevoegd bij artikel 68, wordt een artikel 116.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 116.1. Dagelijks bestuur.

Het dagelijks bestuur is samengesteld uit de begeleider van de beslissingskamer, de begeleider van de advieskamer en een juridische adviseur. Het oefent de taken uit die in dit decreet worden vermeld. Het vertegenwoordigt de Mediaraad bij elke gerechtelijke en buitengerechtelijke handeling, het regelt de lopende zaken, bereidt de beslissingen van de kamers voor en voert ze uit. Het dagelijks bestuur treedt op als collegiaal orgaan. De artikelen 91, 93, 96, eerste lid, eerste volzin, en 108 zijn van overeenkomstige toepassing.

Het dagelijks bestuur bepaalt welke bevoegdheden aan een lid of aan medewerkers worden overgedragen, alsook in welke vorm en onder welke voorwaarden die bevoegdheden worden overgedragen. Het dagelijks bestuur kan in het bijzonder de dagelijkse aangelegenheden van de Mediaraad, de vertegenwoordigingen die daarmee verband houden en de uitvoering van zijn beslissingen overdragen.

Het dagelijks bestuur coördineert en organiseert het werk van de Mediaraad, zorgt ervoor dat de adviezen en beslissingen in overeenstemming zijn met het volkenrecht en het Europees recht en beslecht alle geschillen die tussen de kamers zouden kunnen rijzen. Het kan aanbevelingen die het voor de uitoefening van de taken van de Mediaraad nuttig acht, aan de Regering verzenden. Het kan bij de diensten van de Regering inlichtingen en verslagen opvragen die voor de uitoefening van de taken van de Mediaraad en de kamers noodzakelijk zijn. Het kan zich tot derden of deskundigen wenden om de Mediaraad en de kamers bij de uitoefening van hun taken te ondersteunen. De Regering deelt het dagelijks bestuur mee hoe ze van plan is de aanbevelingen en adviezen van het dagelijks bestuur te behandelen. Het dagelijks bestuur brengt elke betrokken kamer daarvan op de hoogte.

Het dagelijks bestuur stelt een huishoudelijk reglement vast dat bekendgemaakt wordt in het *Belgisch Staatsblad*. »

**Art. 70.** In hoofdstuk 4, ingevoegd bij artikel 68, wordt een artikel 116.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 116.2. Auditoraat.

Het auditoraat onderzoekt de klachten die aan de Mediaraad worden gericht en die betrekking hebben op de toepassing van dit decreet of de uitvoeringsbepalingen ervan, met uitzondering van de klachten over beslissingen van de Mediaraad. De artikelen 91, 93, 96, eerste lid, eerste volzin, en 108 zijn van overeenkomstige toepassing.

Voor de uitoefening van de hem toevertrouwde taken kan het auditoraat :

1° van op afstand of ter plaatse bij de overheidsinstanties, de aanvragers, de aangemelde of erkende aanbieders van audiovisuele mediadiensten, de exploitanten van elektronische-communicatienetwerken en -diensten alle nodige inlichtingen inwinnen om te kunnen vaststellen of de verplichtingen die uit dit decreet voortvloeien of op grond van dit decreet gelden, worden nageleefd;

2° overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen, onderzoek instellen bij de personen genoemd in de bepaling onder 1°.

De Regering wijst de beëdigde personeelsleden van het auditoraat aan die bevoegd zijn om notulen op te stellen. Die notulen gelden tot het tegendeel bewezen is. De personeelsleden leggen de eed af overeenkomstig artikel 572 van het Gerechtelijk Wetboek. »

**Art. 71.** In artikel 117.1, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 december 2009, wordt het woord "postproductie" vervangen door het woord "productie".

**Art. 72.** Artikel 120 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« Art. 120. Sanctie bij niet-naleving van titel 2 en 3.

Worden de bepalingen van titel 2 en 3 van dit decreet, de uitvoeringsbepalingen ervan, de wetten betreffende de radio-omroep en in het bijzonder de overeenkomsten die overeenkomstig de artikelen 20.0 en 26.1 zijn gesloten of de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap niet nageleefd, dan kan de beslissingskamer de volgende sancties opleggen aan erkende televisieomroeporganisaties, erkende private radio-omroeporganisaties, erkende aanbieders van andere diensten dan radio- en televisieprogramma's en aan het BRF als het zich niet houdt aan de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap :

1° een waarschuwing;

2° de publicatie van een bericht in de pers;

3° de voorlopige schorsing, de verkorting of de intrekking van de erkenning;

4° de betaling van een administratieve geldboete die kan oplopen tot 25.000 euro.

Bij herhaling binnen een termijn van vijf jaar bedraagt de geldboete 5 pct van de jaarlijkse omzet zonder belastingen. De geldboete kan worden opgelegd naast elke andere sanctie waarin dit artikel voorziet. »

**Art. 73.** In artikel 121 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, derde lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 2.1, luidende :

« 2.1. de opdracht om de levering van een dienst of dienstenpakket die - bij voortzetting - zou leiden tot een aanzienlijke versterking van de mededinging te staken of uit te stellen zolang niet wordt voldaan aan de toegangsverplichtingen die na een marktanalyse uitgevoerd overeenkomstig artikel 66 en volgende zijn opgelegd; »

2° § 2, tweede zin, wordt vervangen als volgt :

« Doelmatige, evenredige en afschrikkende sancties kunnen worden toegepast tijdens de volledige periode van een inbreuk, zelfs indien vervolgens aan de voorwaarden of verplichtingen is voldaan. »;

3° tussen § 2 en § 3, die § 4 wordt, wordt een § 3 ingevoegd, luidende :

« § 3. In geval van directe of ernstige bedreiging van de openbare orde, de openbare veiligheid of de volksgezondheid of indien ernstige economische of bedrijfstechnische problemen voor andere aanbieders of gebruikers van elektronische-communicatienetwerken of -diensten ontstaan, kan de beslissingskamer voorlopige spoedmaatregelen nemen. De betrokken onderneming krijgt vervolgens een redelijke gelegenheid om haar standpunt kenbaar te maken en een oplossing voor te stellen. In voorkomend geval kan de beslissingskamer de voorlopige maatregelen bevestigen; die kunnen maximaal drie maanden gelden, maar kunnen met nog eens twee tot drie maanden verlengd worden indien bepaalde tenuitvoerleggingsprocedures nog niet afgesloten zijn. »

**Art. 74.** Artikel 122 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 122. Vervolging en strafbaarstelling van strafbare feiten, uitvoering.

Overeenkomstig artikel 127.2 is het auditoraat bevoegd voor de vervolging van de strafbare feiten vermeld in de artikelen 120 en 121. Voor de strafbaarstelling van die feiten is de beslissingskamer bevoegd.

Het dagelijks bestuur is belast met de uitvoering van de beslissing van de beslissingskamer, met inbegrip van de inning van de verschuldigde geldboeten, alsook met de uitvoering van de inbeslagneming. Voordat het bevelschrift wordt opgesteld, maant het dagelijks bestuur de schuldenaar per aangetekende brief aan de geldboete te betalen. Indien geen gevolg wordt gegeven aan die aanmaning, stelt het dagelijks bestuur het bevelschrift op binnen een termijn van drie maanden die ingaat vanaf die aanmaning. Het bevelschrift wordt uitvoerbaar binnen acht dagen na kennisgeving aan de schuldenaar. De gerechtsdeurwaarder voert het bevelschrift uit in de vormen bepaald door het Gerechtelijk Wetboek.

De termijn van drie maanden die in het tweede lid wordt vermeld, wordt niet op straffe van nietigheid opgelegd. De uitvoering van het bevelschrift kan alleen worden geschorst door een met redenen omkleed verzet met dagvaarding. Op straffe van verval moet dit verzet bij deurwaardersexploot worden aangetekend bij het kabinet van de Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap binnen een maand na de kennisgeving van het bevelschrift. De vordering wordt ingesteld bij het gerecht van het ambtsgebied waar de schuldenaar zijn maatschappelijke zetel heeft.

De geldboeten vloeien in de kas van de Duitstalige Gemeenschap. »

**Art. 75.** Artikel 123 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 123. Uitzenden zonder erkenning.

Wie willens en wetens een audiovisuele mediadienst aanbiedt of een radiofrequentie gebruikt zonder zich aangemeld te hebben of de in dit decreet bepaalde erkenningen of radiofrequentietoewijzing te hebben gekregen, of wanneer die erkenningen of die radiofrequentietoewijzing geschorst, ingetrokken of verstreken zijn, wordt bestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijf jaar en met een geldboete van ten minste 26 euro of met één van die straffen.”

**Art. 76.** Artikel 126 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 126. Verboden programma's.

Wie wetens en willens een audiovisuele mediadienst aanbiedt die in strijd is met artikel 4, wordt bestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot vijf jaar en met een geldboete van ten minste 26 euro of met één van die straffen alleen. »

**Art. 77.** In titel 7 van hetzelfde decreet wordt na artikel 127 een afdeling 3 met het opschrift "Afdeling 3 - civielrechtelijke sancties" ingevoegd.

**Art. 78.** In afdeling 3, ingevoegd bij artikel 77, wordt een artikel 127.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 127.1. Civielrechtelijke sancties.

Onverminderd de bevoegdheid van de rechtbank van koophandel, kan de voorzitter van de rechtbank van koophandel het bestaan van een in artikel 125 vermelde handeling vaststellen en de beëindiging ervan bevelen.

De vordering wordt ingesteld en behandeld zoals in kort geding.

Over de vordering wordt uitspraak gedaan niettegenstaande vervolging wegens dezelfde feiten voor enig strafrecht.

Het vonnis is uitvoerbaar bij voorraad, niettegenstaande elk rechtsmiddel en zonder borgtocht, tenzij de rechter enige borgtocht heeft bevolen.

Los van de beëindiging van de omstreden handeling kan de voorzitter van de rechtbank van koophandel de bekendmaking van de gehele of gedeeltelijke tekst van het vonnis op de door hem geschikt geachte wijze bevelen, op kosten van de overtreder.

Bovendien kan de overtreder bestraft worden met inbeslagneming van de onwettige installaties of, in voorkomend geval, indien hij die onwettige installaties reeds vervreemd heeft, met betaling van een bedrag ten belope van de waarde van de onwettige installaties. »

**Art. 79.** In titel 7 van hetzelfde decreet wordt na afdeling 3, ingevoegd bij artikel 77, een afdeling 4 met het opschrift "Afdeling 4 - Procedurebepalingen" ingevoegd.

**Art. 80.** In afdeling 4, ingevoegd bij artikel 79, wordt een artikel 127.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 127.2. Procedurebepalingen.

§ 1. Zodra de Medieraad kennis heeft van een bezwaar of een daad die een in de artikelen 120 of 121 genoemde inbreuk of niet-naleving zou kunnen inhouden, stelt het auditoraat een procedure in en beslist het over de ontvankelijkheid van de handeling.

Is de handeling ontvankelijk, dan stelt het auditoraat vervolging in. Het auditoraat kan de zaak seponeren.

Het auditoraat brengt de beslissingskamer regelmatig op de hoogte van de dossiers die bij de Medieraad zijn ingediend.

De beslissingskamer kan de beslissingen van het auditoraat over niet-ontvankelijkheid en seponering naar zich toe trekken.

Het verslag wordt aan de beslissingskamer bezorgd.

§ 2. De beslissingskamer stelt de overtreder in kennis van zijn middelen en van het verslag. De overtreder heeft één maand de tijd om het dossier in te kijken en zijn schriftelijke opmerkingen in te dienen.

§ 3. De overtreder wordt verzocht te verschijnen op de datum die het dagelijks bestuur van de Mediaraad heeft vastgelegd en die per aangetekende brief ter kennis is gebracht. Hij kan zich laten vertegenwoordigen. De beslissingskamer kan elke persoon horen die haar nuttige inlichtingen kan verschaffen.

§ 4. De beslissingskamer doet een met redenen omklede uitspraak binnen zestig dagen na sluiting van de behandeling ter zitting. Die uitspraak wordt per aangetekende brief ter kennis gebracht. De beslissingskamer kan uitspraak doen bij verstek.

§ 5. Indien uitspraak wordt gedaan bij verstek, kan de overtreder binnen vijftien dagen na aangetekende kennisgeving van de beslissing van de beslissingskamer verzet aantekenen.

Er wordt een nieuwe zittingsdag bepaald. Indien de overtreder opnieuw verstek laat gaan, kan hij geen verzet meer aantekenen. »

**Art. 81.** Artikel 129 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

« Het mandaat van de leden van de beslissingskamer en van de leden en de plaatsvervangende leden van de advieskamer, die op 30 april 2011 in functie waren, eindigt vier jaar na de vergadering d.d. 5 mei 2010 van die leden. »

**Art. 82.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 129.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 129.1. Herziening van de beperkingen op bestaande rechten.

§ 1. Gedurende een periode van vijf jaar, die ingaat op 25 mei 2011, mogen houders van rechten op het gebruik van radiofrequenties die vóór die datum zijn verleend en die voor een periode van ten minste vijf jaar na die datum geldig zullen blijven, bij de beslissingskamer een aanvraag indienen om de beperkingen die overeenkomstig artikel 49, §§ 4 en 5, op hun rechten zijn gesteld, opnieuw te onderzoeken.

Alvorens de beslissingskamer een beslissing neemt, stelt zij de houder van het recht in kennis van haar hernieuwde toetsing van de beperkingen, waarbij zij haar bevindingen aangaande de omvang van dit recht vermeldt, en kent zij de houder een redelijke termijn toe om zijn verzoek in voorkomend geval in te trekken.

Wanneer de houder zijn verzoek intrekt, blijft het recht ongewijzigd tot het verstrijken ervan en uiterlijk tot het eind van de periode van vijf jaar, waarbij de vroegste datum doorslaggevend is.

§ 2. Na de in § 1 bedoelde periode van vijf jaar neemt de beslissingskamer alle passende maatregelen om ervoor te zorgen dat alle resterende algemene machtigingen of individuele gebruiksrechten en spectrumtoewijzingen voor elektronische-communicatiediensten die op 25 mei 2011 bestonden, voldoen aan het bepaalde in artikel 49, §§ 4 en 5.

§ 3. Bij de toepassing van dit artikel neemt de beslissingskamer passende maatregelen om een eerlijke mededinging te bevorderen.

§ 4. Maatregelen die overeenkomstig dit artikel zijn genomen, houden geen toekenning van nieuwe gebruiksrechten in. »

**Art. 83.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 129.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 129.2. Bestaande vergunningen.

Onverminderd artikel 129.1 worden algemene machtigingen en individuele gebruiksrechten die reeds op 31 december 2009 bestonden uiterlijk op 19 december 2011 in overeenstemming gebracht met de artikelen 45 tot 61.

Wanneer de toepassing van het eerste lid leidt tot een beperking van de rechten of een verzwaring van de verplichtingen in het kader van reeds bestaande algemene machtigingen of individuele gebruiksrechten, wordt de geldigheid van die rechten of machtigingen verlengd tot uiterlijk 30 september 2012, mits dit geen afbreuk doet aan de rechten van andere ondernemingen krachtens het recht van de Europese Unie. De beslissingskamer stelt de Europese Commissie in kennis van deze verlengingen en de redenen daarvoor. »

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 13 februari 2012.

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,  
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,  
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
H. MOLLERS

—  
Nota

*Zitting 2011-2012.*

*Parlementaire stukken* : 97 (2011-2012), nr. 1 Ontwerp van decreet.

97 (2011-2012), nr. 2 Voorstellen tot wijziging.

97 (2011-2012), nr. 3 Verslag.

*Integraal verslag* : 13 februari 2012, nr. 34 Bespreking en aanneming.